

REZENSIONEN

Ulrich Prehn: Max Hildebert Boehm. Radikales Ordnungsdenken vom Ersten Weltkrieg bis in die Bundesrepublik, Göttingen: Wallstein 2013, 576 S.

Das hier zu besprechende Buch lässt sich in eine ganze Reihe von biografischen Arbeiten zu Wissenschaftlern aus dem schon fast sprichwörtlich gewordenen Milieu der „Ostforscher“ einfügen. Zu nennen sind hier etwa die Studien zu Werner Conze, Hermann Aubin, Gotthold Rhode oder Theodor Schieder.¹ Ulrich Prehn hat sich dafür einen „Helden“ gewählt, dessen berufliche Aktivität jedoch, anders als bei den genannten Personen, bereits im Kaiserreich beginnt und sich bis in die Bundesrepublik erstreckt, mithin also die reizvolle Möglichkeit bietet, die „langen Linien“ im Denken Max Hildebert Boehms und rechter Intellektuellenkreise über die verschiedenen politisch-staatlichen Zäsuren hinweg zu verfolgen.

Der Autor folgt in zweierlei Hinsicht einem ganzheitlichen Ansatz: Zum einen stellt er in acht Kapiteln den gesamten Lebensweg Boehms dar, sozusagen von „der Wiege bis zur Bahre“; zum anderen wird Boehms beruflicher Werdegang stets in den strukturellen Gegebenheiten und seiner Vernetzung mit den intellektuellen Milieus der Zeit betrachtet, zu denen er trotz seiner „Selbst- und Fremdverortung [...] als intellektueller Außenseiter“ (S. 469) zweifellos gehörte. Der Autor bezeichnet sein Vorgehen dementsprechend selbst als „Sonde“, die mikro- und makrohistorischen Zugang verbinden soll. (S. 12) Diesem Ansatz folgend betrachtet Prehn daher etwa auch Schüler Boehms und geht immer wieder auf die Rezeption seiner Schriften ein. Die Studie wird abgerundet durch biografische Skizzen über „Boehms Netzwerke“ sowie ein detailliertes Publikationsverzeichnis seiner Schriften, das auch bisher Vergessenes bzw. Verdrängtes beinhaltet.

Prehn stützt seine Biografie auf umfangreiche Archivrecherchen, bei denen er keine Mühe gescheut und – neben zahlreichen anderen Quellen – nicht nur den verstreuten Nachlass Boehms vollständig ausgewertet, sondern auch dessen verlorene Korrespondenz durch Auffindung der „Gegenüberlieferungen“ wiederherzustellen versucht hat. Dies kann nur als mustergültig bezeichnet werden und lässt das präsentierte Bild Boehms ausdrucksstark und detailscharf erscheinen, ohne dabei dessen Bedeutung zu Lebzeiten überzubetonen – eine Gefahr, die bei einer derartig intensiven Beschäftigung mit einer Person ja stets im Hintergrund lauert.

Boehm war, wie der Autor zu Beginn selbst einräumt, zwar eher „ein Mann der zweiten Reihe“. Er war aber auch „der einzige deutsche, ja sogar der einzige europäische Forscher, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts den Versuch unternommen hat, eine Theorie zu begründen, deren Ausgangspunkt und zentrale Kategorie „Volk“ – und zwar in einem vornehmlich ethischen Sinn – ist: eine „Volkstheorie“. (S. 13)

¹ Thomas Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001; Eduard Mühle: Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung, Düsseldorf 2005; Eike Eckert: Zwischen Ostforschung und Osteuropahistorie. Zur Biographie des Historikers Gotthold Rhode (1916–1990), Osnabrück 2012; Christoph Nonn: Theodor Schieder. Ein bürgerlicher Historiker im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2013.

Führt man sich noch einmal vor Augen, wie inflationär der Begriff „Volk“ in unterschiedlichsten Komposita und Losungen (Volksgruppe, Volkskörper, Volksgemeinschaft, Volk ohne Raum etc.) seit dem Ersten Weltkrieg von breiten Bevölkerungskreisen verwendet wurde und welche fatalen Auswirkungen dies hatte, dann wird deutlich, dass es sich beim „Volkstheoretiker“ Boehm eben doch nicht nur um eine Nebenfigur aus dem Elfenbeinturm der Wissenschaft handelt.

Prehn gelingt es eindrucksvoll, den Lebensweg und die intellektuelle Entwicklung Boehms nachzuzeichnen und dabei die „Beharrungskraft“ von dessen „Kernüberzeugungen“ über alle politischen Brüche hinweg herauszuarbeiten. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, dass Boehm zu „den wichtigen Produzenten und Akkumulatoren einer deutschen ‚Volkstums‘-Ideologie, also zu den radikalen Verfechtern einer im Kern gegen Rationalismus, Aufklärung, Demokratie sowie gegen jegliche (ethnische und soziale) Gleichheitsgrundsätze“ gerichteten Ideologie gehörte und „vor allem aufgrund seiner immensen publizistischen Produktivität [...] als einer der deutungsaktivsten rechtsintellektuellen Ideologen der Zwischenkriegszeit bezeichnet werden [kann]“. (S. 467) In der Bundesrepublik habe er sich zwar gemäßigt, aber keineswegs deradikalisiert, wie der Autor betont. (S. 471)

Prehn verliert zudem in keinem Teil seiner Untersuchung die Ambivalenz der bis heute gängigen „Rechts-Links-Unterscheidung“, die er selbst verwendet, aus den Augen und merkt diesbezüglich an: „Die Aufrechterhaltung allzu starrer ‚Links-Rechts‘-Dichotomien bei der Analyse von ‚geistiger Arbeit‘, intellektuellen Milieus und Netzwerken nach dem Ersten Weltkrieg verstellt bisweilen den Blick auf übergreifende Problemlagen – etwa auf Habitusformen, auf das differenziert zu betrachtende Verhältnis von Konvergenzen und Differenzen intellektueller Positionen sowie auf eventuelle Korrespondenzen zwischen demokratischen und antidemokratischen, ‚linken‘ und ‚rechten‘ Intellektuellen.“ (S. 469) Man könnte noch ergänzen, dass dies auch für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg unbedingt anzuwenden ist, wenn man bedenkt, dass sich etwa einstige SS-Intellektuelle plötzlich in der Redaktion des linksliberalen „Spiegel“ wiederfanden und damit keine Probleme hatten.

Der Autor beruft sich in der Einleitung auf die Theorien Ludwik Flecks zu „Denkkollektiven“ und „Denkstilen“, kommt aber in der recht knappen Schlussbetrachtung (sechseinhalb Seiten) nur noch peripher darauf zurück. Ob etwa die Arbeiten des Akademie-Mitarbeiters Hanns Krannhals, der selbst frühes NSDAP-Mitglied und „Ostforscher“ war, zu den deutschen Kriegsverbrechen in Polen² von Boehm als ein Ausschere aus dem „Denkkollektiv“ der „Ostforscher“ (mit dessen Konsens über das Beschweigen der NS-Verbrechen bei gleichzeitiger Betonung des eigenen Leids) gewertet worden ist, bleibt eine offene Frage. Prehn merkt dazu nur an, dass Krannhals von Boehm zwar als „wertvoller Mitarbeiter“ angesehen wurde, gleichwohl jedoch auch als „Belastung“ für die Akademie in Lüneburg. (S. 419, Anm. 56) Vermutlich lässt sich die Frage aber auf Basis der vorhandenen schriftlichen Quellen ohnehin nicht klar beantworten.

Festzuhalten bleibt, dass Ulrich Prehn eine sehr gelungene Biografie des „Volkstumforschers“ Max Hildebert Boehm vorgelegt hat, die mit ihrer Ausleuchtung des „radikalen

2 Auch heute noch lesenswert ist die Monografie: Der Warschauer Aufstand, Frankfurt a.M. 1962, die eine sehr nüchterne und sachliche Analyse des Aufstands darstellt und in der sich Krannhals als wohl erster Historiker auch detailliert und quellengestützt mit den deutschen Kriegsverbrechen während des Aufstands von 1944 auseinandersetzt.

Ordnungsdenkens“ rund um den Begriff „Volk“ sehr erhellend wirkt, zumal in einer Zeit, in der die Losung „Wir sind das Volk“ wieder verstärkt auf den Straßen zu hören ist.

Matthias Barelkowski, Berlin

Andreas Oskar Kempf: Biographien in Bewegung. Transnationale Migrationsverläufe aus dem ländlichen Raum von Ost- nach Westeuropa, Wiesbaden: Springer VS 2013, 435 S.

Andreas Oskar Kempf stellt in seiner Arbeit zu „Biographien in Bewegung“ die Frage nach dem Einfluss von Migrationserfahrungen auf individuelle Biografien in den Mittelpunkt. Ausgehend von sozialwissenschaftlichen Vorstudien im weiten Feld der Migrationsforschung legt er seine „soziologisch-anthropologische Feldstudie“ (S. 16) am Schnittpunkt von Biografie- und Transnationalismusforschung an, womit ihm, wie Roswitha Breckner im Geleitwort zu Recht anmerkt, ein origineller Zugriff auf eines der „derzeit relevantesten Themen“ sowohl im öffentlichen wie im fachlichen Diskurs gelingt: das der europäischen Arbeitsmigration. Sein Entschluss, sich diesem Thema aus einer biografischen Perspektive zu nähern, basiert auf der Grundeinsicht, dass Migrationsverläufe nicht allein von den strukturellen Rahmenbedingungen gestaltet werden; vielmehr besteht auch ein wesentlicher Zusammenhang mit den „Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmuster[n]“ (S. 27) der Akteure. Er bediente sich dabei einer in der Ethnografie erprobten Untersuchungsmethode, indem er als teilnehmender Beobachter über bestimmte Zeiträume mit seinen Probanden lebte und mit ihnen zu verschiedenen Zeitpunkten eine Reihe von Leitfaden-Interviews führte.

Ein zentrales Merkmal seiner Feldforschung ist der Ansatz einer *multi-sited ethnography*, die sowohl den Herkunfts- als auch den Ankunftszusammenhang auf staatlicher, aber vor allem auf lokaler Ebene berücksichtigt. Ein dritter wichtiger Faktor ist dabei der Kontext nach der Rückkehr aus der Migration, da, wie der Autor feststellt, der Herkunftsort die bedeutendere Rolle für die Probanden spielt: Für den überwiegenden Teil der Arbeitsmigranten schien eine (dauerhafte oder temporäre) Rückkehr in die „Heimat“ ein von vornherein geplanter Punkt in der Biografie zu sein, die Zeit im Ausland lediglich ein in erster Linie aus ökonomischen Gründen in Kauf genommener Lebensabschnitt. Der allgemein festzustellende hohe Grad an Mobilität erhöht auch das Ausmaß an Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Lebenszusammenhängen der Migranten. Diese Tatsache berücksichtigt Kempf, wenn er in seiner historischen Einleitung auf einen Paradigmenwechsel in den Migrationsmustern nach 1989 hinweist: „An die Stelle vormals häufig einmaliger, mitunter gezwungenermaßen dauerhafter Ortswechsel traten zunehmend temporäre, zuweilen auch pendelartig verlaufende Wanderbewegungen.“ (S. 15)

Ein solcher qualitativ angelegter Ansatz bedingt eine radikale Beschränkung des Forschungsfeldes. So legte der Autor seinen Fokus auf ein Dorf „in einer ländlichen Region im Osten Rumäniens“ (S. 5), das er in seiner Studie *Satulești* (sat = rum. für Dorf) nennt, und die entsprechenden Migrationsbewegungen nach Italien von 1990 bis heute. Im ersten Teil der Studie werden theoretische Grundlagen der Migrations- und der Biografieforschung reflektiert und so wird zum Kern der Fragestellung vorgedrungen: Migration als spezifischer lebensgeschichtlicher Erfahrungszusammenhang (S. 74). Ebenso ergiebig ist Teil II, in dem

die im Vorkapitel erarbeiteten Grundlagen durch konkrete methodische Überlegungen ergänzt werden und insbesondere das Verhältnis von Erleben, Erinnern und Erzählen diskutiert wird. Als besonders sinnvoll und für die Nachvollziehbarkeit der Erkenntnisabsichten hilfreich erscheint dabei die Offenlegung der Genese des Forschungsdesigns: von einer Schwerpunktlegung auf die Transformation familiärer Settings bis hin zu individuellen Subjektpositionen und ihrer Verortung in den näheren sozialen Kontexten (Familie, Dorfgemeinschaft, Migrantennetzwerke). Der empirische Teil des Buches basiert auf drei Forschungsaufenthalten: einem zweiwöchigen in „Satulești“ im Jahr 2005 und zwei zweimonatigen, jeweils zu gleichen Teilen im Herkunfts- und im Zielkontext durchgeführten Explorationen in den Jahren 2007 und 2008. Zumeist selbst bei Familien vor Ort wohnend, führte Kempf 20 leitfadengestützte Interviews (2005) bzw. Interviews mit Mitgliedern von 65 von Migration betroffenen Familien und sechs mit nicht direkt davon betroffenen Personen durch (2007). Ein Jahr später folgte eine vertiefende Nachfrage bei einem begrenzten Kreis von zehn Probanden. Aus diesem auch generationelle Aspekte berücksichtigenden Sample wählte der Autor „nach Kriterien der Gestaltbildung“ (S. 130) drei „Ankerfälle“ für eine „extensive Fallrekonstruktion“ (S. 131) aus, die er ins Zentrum seiner Analyse stellt. Kempf führte die Interviews in der Muttersprache der Probanden. Seiner Feststellung, dass sich die Migrationserfahrung auch in der Sprache selbst widerspiegeln (– wohl nicht nur in der Lexik, sondern auch im Duktus –), ist vorbehaltlos zuzustimmen.

Bei der Beschreibung des konkreten Migrationsfeldes (Teil III) fällt ins Auge, dass der Autor hier verschiedene Schwerpunkte gesetzt hat: Während er den nationalen Herkunftszusammenhang und in der Folge das Herkunftsdorf ausführlich in seinen sozialen und wirtschaftlichen Facetten und insbesondere in seiner historischen Dimension zeigt, bleiben die italienischen Aufnahmeorte relativ farblos und scheinen nahezu ausschließlich als Kulisse für eine isolierte Migrantengesellschaft zu fungieren. Im Zentrum stehen die Arbeit und das Arbeitsumfeld. Die Frage, ob eine Involvierung in lokale Lebensbereiche bestehe, bleibt weitgehend unbeantwortet. Ein Umstand, der – falls diese Wahrnehmung tatsächlich den Gegebenheiten entspricht – durchaus für sich eine in der Interpretation stärker zu berücksichtigende Erkenntnis dargestellt hätte. Nichtsdestotrotz bieten die Teile I–III des Buches eine ausführliche, tiefgehende, zuweilen etwas redundante Grundlage für die richtige Lesart der Fallanalysen (Teil IV): Kempf entwickelt die Auswertung seiner Empirik, die das Ziel hat, „biographische Schemata“ (S. 23) zu deduzieren, entlang seiner „Ankerfälle“, die er wiederum jeweils einem Migrantentypus zuordnet. Typ 1 beleuchtet die Migrationserfahrung als Auslöser eines biografischen Wendepunkts (eine Scheidung), Typ 2 beschreibt gleichsam komplementär die Auswanderung als eine bruchlose Fortsetzung der Biografie (berufliche Familientradition). Die Rekonstruktion von Typ 3 zeigt eine biografische Erzählung, in deren Verlauf sich die Interpretation der Bedeutung der Migrationserfahrung verändert. Ergänzend werden den „Ankerfällen“ jeweils ein bis drei Kurzportraits als „Varianzen im Feld“ beigelegt.

Der Autor geht bei seiner zuerst sequenziellen Exegese des Materials und danach in der den Einzelfall rekonstruierenden Analyse weitgehend schematisch, aber nicht starr vor. Auf nachvollziehbare Weise bietet er für das jeweilige Beispiel eine tiefgehende, mitunter stark interpretierende Lesart der Narration an, ohne sich zu sehr auf Spekulationen einzulassen. Um dem Vorwurf, in die Falle des Quellenpositivismus getappt zu sein, adäquater begegnen zu können, stellt sich die Frage, wie das Wissen aus den dutzenden weiteren Interviews hätte

deutlicher sichtbar gemacht werden können. Denn trotz des grundsätzlich funktionierenden methodischen Konzepts der „Typenbildung am Einzelfall“ (S. 131) ist der Schritt, in dem das Empirische zum Thetischen erhoben wird, nicht ausreichend nachzuvollziehen.

Dies schmälert jedoch den besonderen Wert dieser innovativen Untersuchung, die viele Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen bietet, nur geringfügig. Kempf offeriert in einem Ausblick am Ende der Studie mehrere Möglichkeiten, um seinen Ansatz weiter auszubauen: sowohl die von ihm im Laufe der Untersuchung zurückgestellte Familienforschung und hier insbesondere die Frage nach generationenübergreifenden Konsequenzen von Migrationserfahrungen, als auch eine Verlängerung des Untersuchungszeitraums erscheinen vielversprechend. Darüber hinaus lohnte es sich in zukünftigen Studien, den Einfluss elektronischer Kommunikationsmittel auf die *multi-sitedness* von Migrationsgesellschaften zu berücksichtigen. Die auch aus geografischer Sicht als Miniatur angelegte Studie wirft zudem die Frage auf, ob es sich in erster Linie um *transnationale* oder nicht doch viel eher um *transregionale* oder gar *translokale* Migrationsprozesse handelt, die hier verfolgt worden sind. Regional dislozierte Vergleichsstudien könnten zur Klärung dieser heuristischen Problematik beitragen.

Ein wichtiger Schritt wäre nun, Maßnahmen zu treffen, um die vorliegende Studie auf die eine oder andere Weise zu popularisieren, da sich das Buch in der vorliegenden Form durch Umfang und Duktus, der dem einschlägigen Spezialdiskurs geschuldet ist, einer breiteren Rezeption entzieht. Andernfalls käme ein weiterer wichtiger Verdienst des Buches kaum zur Geltung: Ohne seinen eigenen wissenschaftlichen Erkenntniswert in seiner Tiefenschärfe zu schmälern, gelingt es dem Autor, mit dem von der Perspektive des Akteurs ausgehenden, qualitativ-narrativen Forschungsansatz, die „Migranten“ als Menschen mit individuellen Zielen, Wertvorstellungen und Bedürfnissen darzustellen.

Florian Kühner-Wielach, München

Eike Eckert: Zwischen Ostforschung und Osteuropahistorie. Zur Biographie des Historikers Gotthold Rhode (1916–1990), Osnabrück: fibre Verlag 2012, 330 S.

In den Reihen biografischer und wissenschaftshistorischer Arbeiten über deutsche Ostforscher und Osteuropahistoriker fehlte bislang eine Studie über Gotthold Rhode, den zwischenzeitlichen Referenten am Marburger Herder-Institut und späteren Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Mainz. Die Biografie des renommierten Polenhistorikers ist nicht nur wegen seines Ansehens von Interesse, sondern vor allem, weil er zu einer Generation von Osteuropahistorikern gehörte, die im Nationalsozialismus wissenschaftlich sozialisiert wurde und in dieser Zeit politisch zweckgebundene Aufträge erfüllte.

Im Unterschied zu etwas älteren Historikern wie Hermann Aubin, Werner Conze, Theodor Schieder oder Peter-Heinz Seraphim gibt es über diejenigen Ostmittel- und Osteuropahistoriker, die sich erst in der Nachkriegszeit habilitierten, bisher wenig Erkenntnisse. Für die Zeit nach 1945 stellt sich für alle, einschließlich der Ostforscher aus Rhodes Generation, die Frage nach Kontinuitäten. Wo kamen vorbelastete Osteuropahistoriker unter? Änderte sich ihr Osteuropabild? Lag ihnen daran, revisionistisches Gedankengut (pseudo-)wissenschaftlich zu untermauern oder strebten sie nach einer Geschichtswissenschaft ohne ideologische Prämissen? Aufgrund dieser und anderer Fragen war eine Abhand-

lung zu Gotthold Rhode überfällig. Hinzu kommt der Umstand, dass Rhode als Angehöriger der deutschen Minderheit in Polen aufwuchs, was eine Untersuchung seiner Tätigkeit als Polenforscher umso aufschlussreicher erscheinen lässt.

Eike Eckert hat diese Lücke mit seiner klugen und äußerst differenzierten Arbeit geschlossen. Sie ist chronologisch gegliedert und endet mit Rhodes Berufung nach Mainz im Jahr 1957, durch die sich vermehrt Kontakte zu polnischen Historikern ergaben. Methodisch liegt ihr ein biografischer Ansatz zugrunde, der auch zu erheblichen Teilen die *oral history* mit einbezieht – die Interviewliste weist 49 Gesprächspartner auf. Das Hauptanliegen der geringfügig überarbeiteten Dissertation Eckerts ist, einen Beitrag sowohl zur Wissenschaftsgeschichte als auch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte zu leisten (S. 14). Zu diesem Zweck wird die Biografie Rhodes in den Kontext anderer Osteuropahistoriker sowie der aus der deutschen Minderheit stammenden Vertriebenen eingeordnet.

Eckert beginnt mit Kindheit, Jugend und akademischer Ausbildung Rhodes. Er fährt fort mit einer sehr gründlichen und kritischen Analyse von Rhodes Dissertation, die einen der Schwerpunkte der Abhandlung bildet. Anhand der Dissertation gelingt es ihm, die Gratwanderung Rhodes zwischen Wissenschaft und Politik zu veranschaulichen. Die wissenschaftliche Leistung Rhodes in dessen Arbeit zu den Interventionen Brandenburg-Preußens in Polen im 17. und 18. Jahrhundert soll laut Eckert die bis heute fruchtbarste Studie auf dem Gebiet der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte sein (S. 96). Gleichzeitig gelingt es dem Verfasser, die politischen Überformungen parallel zur wissenschaftlichen Sorgfalt aufzuzeigen und beides analytisch voneinander zu trennen.

In der Diskussion über Ostforscher-Biografien sind vergleichende Elemente und das Aufzeigen von Parallelbiografien ein wichtiger Bestandteil. Daher ist es konsequent und zugleich bereichernd für die Debatten unter den Biografen, dass Eckert diesem Element ein ganzes Kapitel widmet und im Anschluss an die Erörterung von Rhodes Zeit am Osteuropa-Institut Breslau die „Generation Rhode“ diskutiert. Darin geht er der Frage nach, inwiefern sich Gemeinsamkeiten der wissenschaftlichen und politischen Sozialisation bei der Alterskohorte Rhodes ausmachen lassen und weist u.a. auf den zum Teil ausgeprägten „volkspolitischen“ Einsatzwillen hin.

Der Teil der Arbeit, der sich mit der Nachkriegszeit beschäftigt, beginnt naheliegender Weise mit einer Beschreibung von Rhodes Neuanfang 1946 als Tutor an der Universität Hamburg. Dass zumindest auf personeller Ebene durch Rhodes Nähe zu Aubin, der ihn protegierte, eine Kontinuität gegeben war, wird in der Diskussion um die Entnazifizierung Rhodes berücksichtigt. Nach seiner Zeit in Hamburg folgten vier Jahre als Referent im Herder-Forschungsrat, bis Rhode schließlich den Lehrstuhl in Mainz übernahm.

Auch was Rhodes Arbeit in der Bundesrepublik betrifft, wird der Verfasser seinem Anspruch gerecht, Wissenschaftsgeschichte mit deutsch-polnischer Beziehungsgeschichte zu verbinden. Ein Forschungsergebnis ist, dass Rhode durchaus politisch motiviert arbeitete und wissenschaftliche bzw. universitäre Arbeit mithin nicht *per se* als vollkommen neutral ansah, die politische Vorgabe jedoch stets mit hohen wissenschaftlichen Standards umsetzte, wie er es bereits in seiner Dissertation getan hatte. Hinsichtlich Rhodes persönlichen Werdegangs kommt Eckert zu dem Schluss, dass weniger dessen berufliche Anfänge im Nationalsozialismus als vielmehr seine jugendliche Sozialisation ausschlaggebend für seine spätere Tätigkeit als Ostforscher und Osteuropahistoriker war (S. 268). Der Beitrag zum Diskurs über Ostforscher-Biografien wird vor allem in der Schlussfolgerung deutlich, dass

die Motivationsstruktur eines Historikers für seine „volkspolitische“ Tätigkeit und seine etwaige bereitwillige Indienststellung für das NS-Regime in jedem Einzelfall zu hinterfragen sind.

Dass die Arbeit sich nicht mehr mit Rhodes Zeit in Mainz bis zu seiner Emeritierung beschäftigt und somit keine Gesamtbiografie ist, ergibt sich logisch aus der Fragestellung und ist eine Stärke der Untersuchung. Gerade durch die Einbeziehung der Kontaktpflege Rhodes zu polnischen Historikern, aber auch durch die Analyse von Rhodes Arbeiten hinsichtlich seines Polenbildes und seiner Motivationsstruktur wird der Aspekt der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte hervorragend ausdiskutiert. Gleichzeitig ist die Arbeit, wie vom Verfasser beabsichtigt, ein wichtiger Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte, da sie die wissenschaftliche Sozialisation des Protagonisten diskutiert, ihn in die Geschichte der Disziplin einordnet und mit anderen Historikern seiner Generation vergleicht.

Esther Abel, Bochum

Stephan Rindlisbacher: Leben für die Sache. Vera Figner, Vera Zasulič und das radikale Milieu im späten Zarenreich, Wiesbaden: Harrassowitz 2014, 364 S.

Die Dissertation von Stephan Rindlisbacher nimmt zwei der wichtigsten Terroristinnen in der Geschichte des 19. Jahrhunderts im Russischen Reich unter die Lupe. Von beiden Frauen liegen umfangreiche autobiografische Materialien vor, die dieser Arbeit als Quellengrundlage dienen. Die Memoiren von Vera Figner liegen in westlichen Sprachen vor, deshalb sind sie einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Vera Zasulič Erinnerungen sind weniger gut zugänglich, dafür ist ihre Person, zuletzt als „Angel of Vengeance“,¹ Gegenstand zahlreicher Untersuchungen gewesen. Der spektakuläre Gerichtsprozess, in dem sie freigesprochen wurde, obwohl sie versucht hatte, den Generalgouverneur von St. Petersburg zu erschießen, wurde von Richard Pipes als wichtigster Prozess der Russischen Geschichte bezeichnet.² Die beiden Frauen sind also der Fachöffentlichkeit wohlbekannt, deshalb wartet der Leser umso gespannter darauf, was die Arbeit von Rindlisbacher an neuen Erkenntnissen bringt.

In der Dissertationsschrift wird zunächst das autobiografische Schreiben selbst thematisiert und über das Wesen dieses Genres, sowie über seinen Quellenwert reflektiert. Dabei beleuchtet Rindlisbacher auf überaus nützliche und wohl überlegte Art und Weise die Schreibgegenwart der Autorinnen. Die Geschichte der beiden Frauen wird häufig allzu stark im Zusammenhang mit den revolutionären Ereignissen des 19. Jahrhunderts rezipiert. Die autobiografischen Materialien stammen aber aus einer späteren Zeit. Rindlisbacher rekonstruiert überzeugend die intellektuellen Kontexte und die historischen Zusammenhänge, in denen die Autobiografinnen ihre Texte vorlegen, z.T. zum Zweck der Selbstlegitimation, z.T. aus finanziellen Notwendigkeiten heraus. Diese überaus gelungenen Passagen verdienen es, zur Grundlage jeder weiteren Quellenkritik an den autobiografischen Materialien der beiden großen Frauen des russländischen Terrorismus zu werden.

1 Ana Siljak: *Angel of Vengeance. The girl assassin, the governor of St. Petersburg and Russia's revolutionary world*, New York, NY 2008.

2 Vgl. Richard Pipes: „The Trial of Vera Zasulich“, Sonderheft der Zeitschrift „Russian History“ 1 (2010).

Im Folgenden allerdings verlässt Rindlisbacher die Ebene der Quellenkritik und nutzt die Texte selbst als historische Quelle. Dabei behandelt er die beiden Frauen stets getrennt voneinander, auch wenn er innerhalb der Kapitel durchaus Verweise auf die jeweils andere Protagonistin macht. So stellt sich bereits angesichts der Gliederung die Frage, was die Doppelbiografie für einen Mehrwert bringt. Diesen Zweifel vermag Rindlisbacher bis zum Schluss nicht auszuräumen.

Zunächst reflektiert er die Politisierung der beiden Frauen unter dem Stichwort: „Die Sache (delo)“. Dort definiert er die „Sache“ im Kontext der Sozialisation Figners und Zasulič. Das Konzept der „Sache“ ist die für die gesamte Arbeit von entscheidender Bedeutung.

Das zweite Leitmotiv führt Rindlisbacher – abermals für jede der beiden Frauen einzeln – im nächsten Kapitel ein: „Das radikale Milieu“. Dabei orientiert sich der Verfasser am Milieubegriff von M. Rainer Lepsius, den er versucht, für die russländischen Radikalen im 19. Jahrhundert anhand von fünf idealtypischen Merkmalen zu schärfen. Ebenso wie „die Sache“, so ist auch das „radikale Milieu“ ein Konzept, das sich durch die ganze Arbeit zieht. Eine analytische Kraft gewinnt der Begriff allerdings in der gesamten Dissertationsschrift nicht. Er dient lediglich als Markierung für das soziale Umfeld der beiden Protagonistinnen, das dennoch insgesamt konturlos bleibt. Rindlisbacher stellt eindeutig die Frauen in den Mittelpunkt, über das „radikale Milieu“ erfährt man wenig. Selbst wenn ein analytisches Verständnis eines „radikalen Milieus“ zur Erklärung der revolutionären Bewegung beitragen würde, so vergibt Rindlisbacher diese Chance, indem er es bei der Benennung belässt. Der Begriff muss aber insgesamt kritisch gesehen werden, weil er den Blick auf die Heterogenität der „radikalen Milieus“ (Rindlisbacher verwendet stets den Milieu-Begriff im Singular) verstellt, er überdeckt die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen imaginierten Gemeinschaften, wie Nationen, Klassen oder Wertekontexten und suggeriert stattdessen eine Einheit, die es so nicht gegeben hat.

„Sache“, „radikales Milieu“ und schließlich das Leben der beiden Terroristinnen erzählt Rindlisbacher anhand der Autobiografien nach, dies allerdings angereichert um eine Fülle an zeitgenössischen Materialien. Die Quellenarbeit ist sehr intensiv und erlaubt einen Blick in die Vielfalt von Dokumenten, die von den radikalen Zeitgenossen der Protagonistinnen verfasst worden sind. Kritisch ist anzumerken, dass Rindlisbachers Narrativ die Ebene der Nacherzählung nicht verlässt. So schildert er etwa ausführlich Figners Erfahrung häuslicher Gewalt, ohne zu fragen, welche Funktion diese Beschreibung innerhalb von Figners Memoiren erfüllt. Das klassische Legitimationsnarrativ der Terrorist_innen, das von der Vergeblichkeit der Propaganda und der daraus erwachsenen Notwendigkeit zur Gewaltausübung erzählt, wird ebenso unreflektiert wiedergegeben.

Eine Arbeit über zwei bedeutende Terroristinnen wird nicht ohne geschlechtergeschichtliche Vorüberlegungen auskommen. Diese stellt Rindlisbacher an, allerdings löst er auch diese analytische Kategorie bei der Nacherzählung der Erinnerungen nicht ein, sondern übernimmt weitgehend die Rollenerwartungen der historischen Akteure.

Zur Motivation terroristischer Gewalt führt Rindlisbacher den Begriff der „politischen Religion“ ein. Allerdings ergibt sich hier ein ähnliches Problem wie beim „radikalen Milieu“. Rindlisbacher verharrt bei der Benennung des Konzeptes, lässt es aber keine analytische Kraft entfalten. Grundsätzlich erscheint dieses Konzept aber auch, wenn es denn angewendet werden würde, als ungeeignet dazu, die Beweggründe von Terrorist_innen zu verstehen. Die Übertragung des Wesens von Religionen in die Sphäre des Politischen ver-

mag zumindest mit Blick auf den russländischen Terrorismus nicht zu überzeugen. Demgegenüber ermöglicht das Gedankenmodell der emotionalen Gemeinschaften,³ die Beziehung zwischen dem Terroristen und dem Publikum seiner Taten (darunter die unterschiedlichen „radikalen Milieus“) und die daraus entstehenden Motivationen zu klären.

Alles in allem hat Stephan Rindlisbacher eine materialreiche Studie vorgelegt, die sehr gut in die zeitgenössischen Quellen einführt und die erfolgreich im Unterricht eingesetzt werden kann. Auf analytischer Ebene vermag die Arbeit allerdings nicht zu überzeugen.

Anke Hilbrenner, Bonn

- 3 Vgl. zum Konzept der emotionalen Gemeinschaften etwa: Barbara Rosenwein: Worrying about Emotions in History, in: *American Historical Review* 107 (2002), S. 821-845.

Hanspeter Marti (Hrsg.): Kulturaustausch. Baltisches Echo auf Gelehrte in der Schweiz und in Deutschland. Freundesgabe für Arvo Tering, Köln u.a.: Böhlau Verlag 2014, 312 S.

Dieser Band ist keine Festschrift, sondern eine „Freundesgabe“. Was es mit dieser zunächst kaum ins Auge fallenden Differenzierung auf dem Titelblatt auf sich hat, wird im Geleitwort des Herausgebers und bei der Lektüre der insgesamt sieben Beiträge von fünf Verfassern schnell deutlich: Hier geht es um die freundschaftliche Ehrung eines estnischen Wissenschaftlers, der „in entsagungsvoller Arbeit“ eine große Bandbreite an hervorragenden wissenschaftlichen Studien auf dem Gebiet der baltischen Gelehrten-geschichte vorgelegt hat, „denen aber bis heute die breite Anerkennung versagt blieb“. So ist es das erklärte Ziel des Bandes, „Arvo Terings Verdienste auf internationaler Ebene zu würdigen, seine Publikationen der Fachwelt besser bekannt zu machen und den estnischen Wissenschaftler zur Fortsetzung seiner Forschungen zu ermutigen“ (S. 7). Diese Ermutigung ist durchaus angebracht, ist Tering doch nach langen Jahren allmählicher Verschlechterung seiner Sehkraft mittlerweile erblindet und auf technische Hilfsmittel sowie Helfer angewiesen, um überhaupt weiterarbeiten zu können. Gerade vor diesem allzu menschlichen Hintergrund wird die „Freundesgabe“ umso verständlicher.

Der Gefeierte verfolgt als Wissenschaftler an der Universitätsbibliothek Tartu beharrlich mit der ihm eigenen Bescheidenheit seine wissenschaftlichen Fragestellungen. Häufig legte er zunächst die Basis, um dann vertiefende Studien folgen zu lassen. Sein Antrieb ist die gediegene, möglichst umfassende kulturgeschichtliche Absicherung der neuen Erkenntnisse aus historischen Quellen. Dies verdeutlicht insbesondere die bereits 1984 publizierte Matrikel der Universität Dorpat/Tartu, die wie kaum eine andere Matrikel zeitgenössische Drucke und das archivalische Material zu den Personen mit einbezog.¹ Von ähnlicher Gestalt und Bedeutung wird das (hoffentlich) bald erscheinende Nachschlagewerk zu den baltischen Studenten an europäischen Universitäten sein.² Die Erkenntnisse aus der langjährigen Be-

1 Arvo Tering (Hrsg.): *Album Academicum der Universität Dorpat (Tartu) 1632–1710*, Tallinn 1984. Leider sind Papier und Buchbindung dieses absolut einschlägigen Werkes von geringer Qualität.

2 Arvo Tering (Hrsg.): *Lexikon estländischer, livländischer und kurländischer Studenten an europäischen Universitäten 1561–1800*. Unter Mitwirkung von Jürgen Beyer.

schäftigung mit diesem Forschungsfeld hat Tering 2008 in einer umfangreichen Darstellung in estnischer Sprache zusammengefasst, die den gesamten kulturgeschichtlichen Hintergrund beispielhaft ausleuchtet und in einer vollständigen Übersetzung ins Deutsche zweifellos noch mehr Anerkennung erlangen würde.³ In den baltischen Forschungen freilich ist der Wert von Terings Untersuchungen und Darstellungen hinlänglich bekannt und anerkannt, denn sie haben mit den Grund gelegt zu einem enormen Aufschwung der kulturhistorischen Forschung in Estland und weit darüber hinaus. Das dem Band beigegebene „Verzeichnis der Publikationen Arvo Terings“ weist sie sämtlich nach.

Eröffnet wird der Sammelband mit einem Beitrag über „Verschollene Pflanzenzeichnungen aus dem Gessner-Nachlass in der Universitätsbibliothek Tartu/Dorpat“ von Mare Rand, der langjährigen Leiterin der Handschriften- und Rara-Abteilung in der Universitätsbibliothek Tartu. Sie zeigt auf, wie Material aus der Schweiz des 16. Jahrhunderts nach Estland gelangte und wie es mit dem übrigen Teil des Nachlasses von Konrad Gessner (1516–1565) zusammengehört. Anhand dieser gediegenen Erarbeitung der Provenienzgeschichte ist beispielhaft der Austausch von Kulturgütern zu sehen. Ebenso wird aber auch der Austausch von Wissen unter den Gelehrten seit Gessners Zeiten mithilfe des Mediums botanischer Zeichnungen und im Sinne eines Netzwerks deutlich. Wie verdienstvoll es ist, diesen Teil des Nachlasses wieder in der Forschung bekannt zu machen, lässt sich anhand der beigegebenen, großteils farbigen Abbildungen erahnen.

Gerichtsakten des 17. Jahrhunderts aus dem Estnischen Historischen Archiv in Tartu werden im zweiten Beitrag von Katre Kaju behandelt. Sie untersucht am Beispiel einer Klage gegen Christoph Otto Grewe, welcher der Jungfer Anna Katharina Romanowitz die Heirat versprochen und sie geschwängert hatte, nun aber das Eheversprechen bestritt, wie „Literatur“ in den Gerichtsakten erwähnt und benutzt wird. Gemeint ist damit zunächst das juristische Schrifttum, das konkret in der Argumentation genannt und zum Beleg eigener Rechtsauffassung benutzt wird, wie etwa das Estländische Ritter- und Landrecht, das schwedische Landrecht und das römische Recht bis hin zu aktuellen Resolutionen des schwedischen Königs, aber auch Schriften von Rechtsgelehrten wie Benedikt Carpzov, Joachim von Beust, Johannes Loccenius und anderen sowie nicht zuletzt die Schriften Martin Luthers. Überraschend wird darüber hinaus aber auch schöngestige und philosophische Literatur erwähnt, und zwar zur Kennzeichnung des Sprachstils. So wird Grewe und seinem Anwalt vorgeworfen, seine Verteidigungsschrift sei im Stil eines Romans gehalten; genannt werden der Ritterroman Amadis und Philip Sidneys Arcadia. Damit wird nicht nur, wie Kaju richtig hervorhebt, eine stilistische Variante abgelehnt, sondern vielmehr der – fehlende – Wahrheitsgehalt fiktiver Texte dem juristischen Schreiben entgegengehalten. Folgerichtig wird das „philosophische Schreiben“ als grundsätzlich der Wahrheit verpflichtet für die juristischen Schriftstücke eingefordert. Eine dritte Art von Literatur wird Gegenstand des Verfahrens in Form eines Namenstagsgedichts von Grewe. Enthält dieses nach Meinung der Kläger ein Heiratsversprechen, so verteidigte Grewe sich damit, dass er lediglich – der Gattung gemäß – Verse aus anderen Texten zusammengefügt habe und daher auch für die

3 Arvo Tering: Eesti-, liivi- ja kuramaalased Euroopa ülikoolides 1561–1798 [Est-, Liv- und Kurländer an europäischen Universitäten 1561–1798], Tartu 2008. Die sehr umfangreiche deutsche Zusammenfassung (S. 748–780) ist zwar äußerst hilfreich und verdienstvoll, kann aber natürlich nicht eine Übersetzung des vollständigen Textes ersetzen.

inhaltliche Aussage nicht verantwortlich sei. Schließlich sind weitere kleine Erwähnungen von Literatur in antiken Zitaten zu finden. Kaju zeigt mit ihrer Detailstudie eindrucksvoll den Quellenwert von Gerichtsakten für die Kultur- und Literaturgeschichte auf.

Der darauf folgende Beitrag von Hanspeter Marti widmet sich der Aufnahme von Christian Thomasius' Ethik und Vernunftlehre sowie Philipp Jakob Speners Gnadentheologie durch den Dorpater Philosophieprofessor Michael Dau (†1710). Marti zeigt, dass Dau in dem in der Historiografie noch immer verbreiteten Dualismus von pietistischer Frömmigkeit und frühaufklärerischem Rationalismus eine vermittelnde Position einnimmt. Anhand dieser wirkungsgeschichtlichen Studie ist insofern ersichtlich, dass die Koinzidenz von Pietismus und Frühaufklärung auch bei Thomasius genauer untersucht werden müsste. Dem hier gegenüber der Erstfassung von 1997 neu bearbeiteten Beitrag sind zwei Editionen zur Eklektik im Baltikum angehängt, die nicht nur die Analyse verdeutlichen, sondern auch entlegene Texte aus der Region für den größeren Forschungszusammenhang zur Verfügung stellen. Zunächst ist Michael Daus 1699 in Pernau gedruckter Brief an Johann Andreas Dorsch im lateinischen Faksimile und in deutscher Übersetzung mit Anmerkungen zu finden. Dann folgt der Abdruck von Daus „Sitten-Spiegel“ (Pernau 1701) mit Worterklärungen, einem Register der Bibelstellen und Hinweisen zu den Quellen für Daus Text bei Thomasius und Spener.

Die Bedeutung des Schweizers Johann Georg Sulzer (1720–1779) für die baltische Bildungsgeschichte untersucht Ursula Caffisch-Schnetzler in ihrem Beitrag, dem ebenfalls eine reiche Quellenedition beigelegt ist. Vor dem Hintergrund von Sulzers Lebenslauf und seiner zeitgenössischen pädagogischen Bedeutung wird sein Anteil an der Gründungsgeschichte der „Academia Petrina“ in Mitau (1775) ausführlich dargelegt. Sulzers Entwurf einer Schulordnung für dieses akademische Gymnasium von 1773 bescherte der baltischen Provinz eine moderne, ganz der Aufklärung verpflichtete Bildungsanstalt, die ihre Schüler weit in die Studienfächer einführte und auch moderne Sprachen sowie „deutsche Lecture“ vermittelte. Da Sulzer die Besetzung von sechs der neun Professuren mit ausländischen Kandidaten oblag, nutzte er seinen weiten Korrespondentenkreis zur Suche nach geeigneten Kandidaten. Unter diesen befand sich der aus Württemberg stammende Gottlob David Hartmann (1752–1775), der dann als Philosophieprofessor in Mitau angestellt wurde. Der Dichter und Philosoph galt als hoffnungsvolles Talent und stand in Verbindung mit Johann Kaspar Lavater und Johann Jakob Bodmer in Zürich, konnte sich in Mitau mit arrogantem Auftreten allerdings nicht in bürgerliche wie höfische Schranken fügen. Reichhaltige Auszüge aus den Briefen vor allem Lavaters und Hartmanns sowie Sulzers und Bodmers zeigen die zunehmende Sorge um Hartmanns Entwicklung, aber auch die Mitauer Verhältnisse. Die eingefügte Vorstellung eines Mitauer Vorlesungsverzeichnisses von 1778 durch Hanspeter Marti gibt zusätzlich genaueren Aufschluss über die wirkliche Arbeit an der Academia Petrina.

War in dem vorangegangenen Beitrag schon kurz Herder als möglicher, aber durch Sulzer verhandelter Professor für Mitau erwähnt worden, so geht im folgenden Marti der Frage nach, wie der junge Herder in Riga sich mit der Schule und der Form des Unterrichts in seiner Zeit auseinandersetzte. Es wird gezeigt, dass dieser die zeitgenössische Schulliteratur aktuell rezipierte. Als durchaus eigenständiger Kopf setzte er sich mit den Ideen der Zeit auseinander und hing nicht lediglich der etablierten „Schulphilosophie“ an, begründete andererseits aber auch keine eigene neue.

Die Aufklärung in Kurland thematisiert Marti dann in einem längeren Beitrag anhand der Korrespondenz zwischen dem Mitauer Professor Ferber und dem gebürtigen Schweizer

Bernoulli in Berlin. Von Johann Jakob Ferber (1743–1790), der von 1774 bis 1783 in Mitau Naturgeschichte und Physik lehrte, dann bis 1786 an der St. Petersburger Akademie der Wissenschaften Professor für Mineralogie und anschließend Oberbergrat in königlich-preußischen Diensten sowie Mitglied der Berliner Akademie war, liegen 26 Briefe aus den Jahren 1778–1784 vor. Nicht erhalten sind die Gegenbriefe von Johann III Bernoulli (1744–1807), königlicher Astronom und Leiter der Sternwarte in Berlin seit 1767. Trotzdem wird ein freundschaftlicher Austausch sichtbar – es geht u.a. um gemeinsame literarische Projekte – und ein tiefer Einblick in die Mitauer Verhältnisse der Zeit wird gewährt. Hier war die Literatur- und Informationsbeschaffung für Ferber schwierig und kostspielig, war doch das Interesse an Literatur in Kurland (noch) allgemein gering. Deutlich werden die allseitigen Bemühungen um den Aufbau der aufklärerischen Kultur, in denen sich gerade die Bedeutung des gelehrten Austauschs für Kurland zeigt.

Gelehrte Kontakte sind dann auch das Thema des letzten Beitrags von Urs B. Leu über den Briefwechsel des baltischen Anatoms und Embryologen Karl Ernst von Baer (1792–1876) mit den Zürcher Forschern Oswald Heer (1809–1883) und Jakob Messikommer (1828–1917). Aus dem Nachlass von Baers in der Universitätsbibliothek Gießen werden sieben Briefe von Messikommer aus den Jahren 1861 bis 1873 und zwei Briefe von Heer (1866/1876) sowie ein Brief von Baers an diesen (1876) und Heers Nachruf auf von Baer aus der Allgemeinen Schweizer Zeitung (7. Dezember 1876) mit Einleitungen und Kommentaren ediert. Geht es in Messikommers Briefen hauptsächlich um die archäologischen Funde des Pfahlbauforschers in der Schweiz, so zeigt sich bei Heer eine enge Geistesverwandtschaft mit von Baer, die speziell in der ablehnenden Auseinandersetzung mit Darwins Evolutionstheorie greifbar wird.

Die hier versammelten Beiträge spiegeln immer wieder ganz unterschiedliche Aspekte gelehrten Austauschs zwischen der Schweiz und dem baltischen Raum, wie er über die Jahrhunderte hin und bis in die Gegenwart gepflegt wurde und wird. Sie geben damit einen Eindruck davon, wie wissenschaftliche Arbeit und Freundschaft zusammengehen können und bereiten ihrem Leser auf diese Weise das Vergnügen, in der wissenschaftlichen Lektüre zugleich den Wert freundschaftlichen Austauschs – zumal in räumlicher Entfernung – entdecken zu können. Dass der Beitrag von Kaju sich kaum in dieses Konzept fügen lässt, ist angesichts seiner Originalität und Qualität leicht zu entschuldigen. Die erneute Publikation von Martis Beiträgen in zum Teil erheblicher Bearbeitung fügt sich mit dem Mitau-Beitrag von Caffisch-Schnetzler zu einem großen Aufklärungsblock zusammen, der in dieser Verbindung wichtige Impulse für die weitere Forschung geben kann.

Martin Klöker, Tallinn/Osnabrück

Debora Sommer: Eine baltisch-adlige Missionarin bewegt Europa. Barbara Juliane v. Krüdener, geb. v. Vietinghoff gen. Scheel (1764–1824), Göttingen: V&R unipress 2013, 725 S., 22 Abb.¹

In der deutschsprachigen Forschung ist Juliane Barbara v. Krüdener eine der wenigen Frauen aus dem Baltikum, deren Leben Interesse entgeggebracht wurde. Konzentrierte sich die

1 2014 stark gekürzt, auch erschienen beim Verlag Francke in Marburg a.d. Lahn.

historische Forschung v.a. auf das politische Wirken, blieben in der Religionswissenschaft die theologischen Aspekte von v. Krüdeners Missionsarbeit beinahe gänzlich ausgespart.² Debora Sommer begegnet mit ihrer Dissertationsschrift diesem Desiderat, indem sie den Fokus auf v. Krüdeners „christliche Identitätsentwicklung“, ihr „Sendungsbewusstsein“ und ihre aktive missionarische Arbeit lenkt. (S. 24)

Auch aus kulturgeschichtlicher Perspektive weckt das Buch insbesondere durch den auf die Salonkultur gerichteten Fokus Interesse. Sommer wirft kirchengeschichtliche Fragestellungen auf, die bislang in der ansonsten so vielfältig beanspruchten europäischen Salonkultur kaum thematisiert worden sind. Ist der Salon bis dato v.a. aus einem geschlechterzentrierten Blickwinkel, als Raum öffentlicher Debatten oder als Verknüpfungspunkt personaler kultureller und politischer Netzwerke untersucht worden, weitet Sommer in ihrer Arbeit das Analysespektrum auf den missionarischen Nutzen des Salons aus. So ist die Deutschbaltin Juliane v. Krüdeners ohne Frage als Mitgestalterin europäischer Salonkultur zu verstehen, die auf ihren Lebensstationen (Paris, St. Petersburg, Riga oder Basel) die Funktion des Salons ausweitet, um ihren pietistischen Glauben missionarisch zu verbreiten. Und genau hier setzt Sommer an. Sie schreibt ihre Protagonistin in die Geschichte des pietistischen Aufbruchs in Europa unter Berücksichtigung eines geschlechterzentrierten Blickwinkels und personaler Verflechtungsgeschichte ein.

Der enorme Umfang (725 S.) des Bandes ist v.a. dem arbeitsreichen Schaffen v. Krüdeners geschuldet, er ist zugleich aber auch das Ergebnis einer unglaublichen Fleißarbeit seiner Verfasserin, die sämtliche „biografischen Stationen“ sozialhistorisch, mentalitätsgeschichtlich sowie religionswissenschaftlich ausleuchtet. Nach theoretisch-methodischen Überlegungen bestimmen Fragen zur Identität den Aufbau des Bandes: Im zweiten Kapitel „Identität & Kontext“ steht der deutschbaltische Hintergrund im Fokus; im dritten Kapitel steht die religiöse Verortung, die „Christliche Identitätsbildung“ im Vordergrund. Im vierten und fünften Kapitel werden sodann die Handlungsräume v. Krüdeners in ihrem missionarischen Wirken vorgestellt: „Die Salongesellschaft als Missionsfeld“, „Missionarisches Wirken“ in verschiedenen Regionen und Höfen. In „Mission & Missionarin“ sowie „Erwecklicher Einfluss & Missionsreisen“ (sechstes und siebtes Kapitel) kommen die religiöse und missionarische Ausrichtung zum Tragen. Im achten Kapitel schließlich werden die Untersuchungsergebnisse noch einmal zusammengeführt. Der Band endet mit einem umfangreichen Literaturverzeichnis sowie drei Registern (Personen-, Sach- und Ortsregister).

Im zweiten Kapitel, „Identität und Kontext“, werden die wesentlichen Analyseraster der Untersuchung vorgestellt. Dabei geht die Verfasserin, anders als in kulturwissenschaftlichen Arbeiten üblich, nicht auf terminologische Probleme des Begriffs Identität bzw. Kontext ein, sondern verweist lediglich auf die Relationalität der Bezugsgrößen und benennt das Begriffspaar Identität und Kontext schlicht als „keine starren, determinierten Größen, ... [die] in dynamischer Spannung voneinander abhängig [sind].“ (S. 57) Mit diesem offenen, fluiden Konzept stellt Sommer „identitätsschaffende Kontexte“ wie den geografischen, den historisch-politischen oder den gesellschaftlichen und den kulturellen Kontext heraus. Großmaschig werden biografische Lebensstationen, historische Ereignisse vorgestellt, die den Lebenslauf v. Krüdeners (gerade in ihrer Funktion als Ehefrau eines russischen Diplomaten) prägten. In einem zweiten Schritt wird sodann die „Salongesellschaft und Beziehungskon-

2 Vgl. die Arbeiten von Peter Zimmerling und Michel Mercier.

text“ in den Mittelpunkt gerückt. Das Kapitel wird mit der Analyse „weibliche[r] Identität“ abgeschlossen.

Die Ausführungen in diesem Kapitel sind, da sie ja der eigentlichen Untersuchung vorangestellt sind, eher oberflächlich gehalten. Dies erklärt jedoch nicht, warum die „Kontexte“ kaum in bestehende wissenschaftliche Forschungen eingebettet werden. Es fehlen nicht nur theoretische Reflexionen, sondern auch grundlegende Fragen wie u.a. zur „Kultur der Deutschbalten“ (S. 71-73), bei der sich Sommer lediglich auf zeitgenössische Quellen aus dem Familienumfeld v. Krüdeners bezieht. Infolgedessen bleiben bei diesem Vorgehen manche Aussagen unklar, wie u.a. warum der „hohe Adel“ in Riga „aufgeteilt in eine englische und russische Gesellschaft“ oder warum die Kultur in den Ostseeprovinzen „kosmopolitisch“ gewesen sei. (S. 71 f.)

Ein Schwerpunkt des Abschnittes wird auf die personalen Netzwerke („Beziehungskontext“) von 1784–1804 gelegt. Es folgen Ausführungen zu v. Krüdeners Herkunft, ihrer Sozialisierung und zu ihrer „weiblichen“ Identitätsbildung. Ähnlich verfährt Sommer bei ihrer Forschungsfrage nach der „christlichen Identitätsbildung“ (mit S. 143 beginnend): Hier rekurriert Sommer auf die religiöse Entwicklung Liv- und Estlands seit der Reformation, um auf die christliche „Prägung“ des Herkunftsmilieus einzugehen. Warum sich die Verfasserin in der Passage unreflektiert Begriffen der Soziologie bedient, ist gerade bei einer Terminologie wie „Prägung“ fragwürdig (u.a. S. 171). Auch hätte es Sommer nicht nötig gehabt, sich in diesem Kapitel auf die zwar sehr lange, jedoch veraltete „Zwei-Welten-Theorie“ in v. Krüdeners Biografie zu berufen (S. 154). Die linear („wachstümlich“, S. 193) interpretierte Biografie an sich widerspricht einer Herangehensweise, in der die „vermeintliche Bekehrung“, 1805, als die tragende biografische Zäsur von einer nicht-„frömmigen“ hin zu einer frömmigen Lebensweise als zentraler Analyse- und Ausgangspunkt für v. Krüdeners „christliche Identitätsbildung“ angesetzt wird. (S. 174) Denn Sommer selbst wendet sich gegen diese Theorie, indem sie das Bekehrungserlebnis v. Krüdeners als Impuls für das weitere missionarische Wirken, als Wendepunkt hin zu einem befreiten Verständnis von Religion und Religionsausübung versteht. (S. 193)

Im vierten Kapitel, der zentrale und innovativste Teil der Untersuchung, distanziert sich Sommer mit Recht von den einschlägigen Forschungsarbeiten zu v. Krüdener, indem sie den in Paris geführten Salon v. Krüdeners als „Prototyp des religiösen Salons“ einführt. (S. 232) Sommer ordnet den Lebensstil ihrer Protagonistin in den Kanon der Lebensgemeinschaften der Frühromantiker ein und vermittelt ein plastisches Bild einer von Herrnhuter und frühromantischer Salonkultur geführten christlichen Lebensgemeinschaft. Den Lebensabschnitt zwischen 1808 und 1818 weist Sommer als Entwicklungsstufe hin zur „missionarischen Salonnière“ (S. 256), wobei sie hier den Begriff des „religiösen Wandersalons“ aufgreift.³ (S. 264) Überaus nachvollziehbar arbeitet Sommer das religiöse Moment des Salons heraus, das abhängig von der jeweiligen biografischen Station unterschiedlich ausfiel: Wurde in Riga das gemeinsame Abendmahl gefeiert, befolgte v. Krüdener in Paris den „liturgischen Plenumstil“ mit gemeinsamem Gebet und gemeinsamer Andacht. (S. 285)

Im fünften Kapitel werden die weiteren missionarischen Wirkungsfelder vorgestellt – auf der einen Seite die Form der Arbeit, die Wohltätigkeit, sowie auf der anderen Seite die Zielgruppen: Arme, Notleidende, Hochadel und Politik. Nach der Analyse der Adressatengruppe und der Handlungsräume folgt im sechsten Kapitel die Darstellung der eigentlichen missiologischen Überzeugungen v. Krüdeners. Sodann nimmt sich Sommer der Selbstzu-

schreibungen ihrer Protagonistin in ihrem christlichen Wirken an und rekurriert dabei auf v. Krüdeners schlichte Definition missionarischer Arbeit, nämlich „die Botschaft des Evangeliums in Wort und Tat weiter zu tragen.“ (S. 438)

Der Untersuchung des „erwecklichen Einflusses“ v. Krüdeners auf ihren zahlreichen Missionsreisen, beginnend mit der ersten Reise zur Herrnhuter Gemeinschaft nach Genf 1813 (Genfer Réveil), widmet sich die Verfasserin im siebten Kapitel. Höchst interessant ist in diesem Abschnitt der finanzielle Aspekt, der Aufwand der Reiseunternehmungen mit dem zum Teil 80 Personen zählenden Gefolge, dem v. Krüdener mit ihrem persönlichen Vermögen sowie mit gezielter Akquise nachkam.

Das Fazit geht weit über das Zusammengetragene hinaus: Konzise werden noch einmal die Rezeptionen zu v. Krüdener zusammengefasst, die „Nachhaltigkeit“ (S. 624) ihres Wirkens dargelegt und darüber hinaus neben ihrem christlichen Sendungsbewusstsein der Genderaspekt bei der Bewertung ihrer Arbeit angesprochen.

Obleich der Monografie an einigen Stellen Kürzungen gut getan hätten, bleibt festzuhalten, dass die Verfasserin mit viel Fleiß eine Biografie erarbeitet hat, in der erstmals Juliane v. Krüdener als Salonnière eines religiösen Salons ausgewiesen wird. Damit hat die Verfasserin eine gänzlich neue Perspektive auf das Schaffen der Deutschbaltin gelenkt und v. Krüdener in einem breiteren Forschungskontext positioniert, auf den in weiteren Forschungsarbeiten zurückgegriffen werden sollte.

Anja Wilhelmi, Lüneburg

- 3 Hier übernimmt Sommer die für die Salonführung von Germaine de Staël gebräuchliche Bezeichnung.

Per Bolin: Between National and Academic Agendas, Stockholm: Södertörn University Press 2012, 354 S.

„Between National and Academic Agendas“ von Per Bolin ist ein begrüßenswerter Beitrag zur Erforschung der ethnischen Verhältnisse im Baltikum sowie zur Universitätsgeschichte in Lettland während der Zwischenkriegszeit. Das Buch wurde nicht nur als Institutionsgeschichte geschrieben, sondern auch als Fallstudie, in der wichtige gesellschaftliche Fragen diskutiert werden. Es werden die Schwierigkeiten, v.a. ethnische Auseinandersetzungen, aufgezeigt, mit denen sich Administratoren und Lehrkräfte konfrontiert sahen. Zudem werden die Lösungsversuche der jungen Universität bei der Entschärfung der Probleme dargestellt. Hierin liegt die Stärke der Publikation, wenngleich als Schwachpunkte die Vernachlässigung ethnischer Zugehörigkeiten und der etwas enttäuschend ausfallende Vergleich mit Estland und Litauen zu nennen sind.

Bolins Projekt war ursprünglich als Doktorarbeit konzipiert, wie an der Strukturierung deutlich wird: Der Autor beginnt mit einer kurzen Zusammenfassung der neueren Literatur über den Nationalismus, die zwar präzise und detailgetreu abgehandelt wird, jedoch wenig neue Einsichten bietet. Danach geht Bolin über zu der Frage nach dem Mitwirken westeuropäischer Akademiker des 19. und 20. Jahrhunderts bei der Förderung nationalistischer Projekte, wobei sein Augenmerk auf die Archäologen und die Historiker fällt. Bolin hebt auch hervor, dass, obwohl der Rolle einzelner Personen bereits Aufmerksamkeit zu Teil

wurde, der weitere akademische Zusammenhang, in dem sie lebten und arbeiteten, größtenteils unerforscht blieb. Dies ist ein Defizit, zu dessen Beseitigung sein Werk beitragen soll.

Bei der ausführlichen Diskussion über die Funktion der Universitäten bei der Förderung (oder Hinderung) nationalistischer Zwecke legt Bolin den Schwerpunkt auf die Tätigkeit der Universitäten im Habsburgerreich und im Zarenreich. Bolin behauptet, dass im Untersuchungszeitraum die gesamte akademische Welt Europas paradoxerweise gleichzeitig nationale und internationale Ansichten vertrat. Zur selben Zeit, als in einigen Disziplinen nationale Agenden vorangetrieben wurden, wurden in anderen (v.a. in den Naturwissenschaften) zunehmend internationale Perspektiven eingenommen, nicht zuletzt bei der Zirkulation von Texten.

Dieser Widerspruch bildet den Kern des Buches, weil er das Hauptproblem der Akteure darstellt. Einzelne Professoren, Administratoren, Beamte und sogar Staatsmänner beschäftigten sich mit dem Problem, meist ohne eine wirkliche Lösung zu finden. Die Erfüllung nationaler Ziele, vor allem die Einführung von Lettisch als Sprache des Hochschulwesens, befand sich im Konflikt mit dem Ziel, eine prestigeträchtige, international anerkannte Universität zu schaffen. Bolins Einleitung endet mit einer gebündelten Zusammenfassung wirtschaftlicher und politischer Ereignisse in den Ostseeprovinzen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. Hier wird der Begriff des „ethnischen Umschwungs“ („ethnic reversal“) eingeführt, der die neue Machtdynamik zwischen ehemals untergeordneten Letten und herrschenden Deutschbalten beschreiben soll und in den Abschnitten, welche die ethnischen Beziehungen zum Gegenstand haben, als Leitbegriff dient.

Nachdem Bolin die Rahmenbedingungen seines Werkes skizziert hat, schreibt er den historischen Horizont vor, vor dem sein Narrativ stattfindet. Das erste Kapitel beginnt mit einer Beschreibung des Hochschulwesens im Zarenreich etwa 30 Jahre vor der Gründung der Republik Lettland. Hier wird auf jene Letten eingegangen, die sich ein akademisches Leben außerhalb der Ostseeprovinzen aufgebaut hatten. Die Anzahl der Letten war bemerkenswert im Vergleich zu anderen Nationalitäten, was im Übrigen auch auf die Deutschbalten zutrifft. Folgt man Bolin, hatten die Versuche St. Petersburgs, das Hochschulwesen im ganzen Zarenreich zu russifizieren, besonders unter Deutschbalten und Finnen die Wirkung, Akademiker von der Regierung zu entfremden. Diese Entwicklung bereitete der Gründung nationaler Universitäten den Weg.

Mit dem Fokus auf die tatsächliche Gründung und Tätigkeit der Universität Lettlands (Latvijas Universitāte) gerichtet, die anstelle des früheren Baltischen Polytechnikums in Riga etabliert wurde, erkennt Bolin für die Verwaltung der neuen Universität v.a. ein Problem, mit dem es sich auseinanderzusetzen galt: Es ist der fortwährende Mangel an qualifizierten Akademikern lettischer Herkunft, der in den ersten Jahren des Bestehens der Universität besonders deutlich wurde, bevor eine neue Generation von lettischen Gelehrten ausgebildet werden konnte. Der Universitätsrat, teilweise von Lehrkräften und teilweise von Beamten gebildet, versuchte so viele lettische Professoren wie möglich im Ausland zu kontaktieren, um ihnen, falls sie über eine gute Reputation verfügten, Stellen an der neuen Hochschule anzubieten. Trotz dieser Bemühungen konnten nicht alle Dozentenstellen besetzt werden, weshalb auf Dozenten anderer Nationalitäten zurückgegriffen werden musste. Dies führte gleich zum zweiten Problem: der Unmöglichkeit, den Unterricht in lettischer Sprache abzuhalten. Viele der neuen Lehrer waren nicht in der Lage, auf Lettisch zu unterricht-

ten, auch fehlten Lehrbücher und Terminologien in lettischer Sprache. Daher musste die Administration von Anfang an Kompromisse eingehen.

Bolin beschreibt ausführlich die Debatte innerhalb der Verwaltung über die Frage, wer eingestellt und in welcher Sprache unterrichtet werden durfte. Es gab zwei Fraktionen, die schon aus dem Titel des Buches ersichtlich sind. Die eine Fraktion, die „Nationalen“, stellte sich gegen die Einstellung nicht-lettischer Professoren (außer in Notfällen, von denen es bereits am Anfang etliche gab). Wenn Nicht-Letten eingestellt werden mussten, dann sollten Deutschbalten und Russen nachdringlich behandelt werden. Die andere Fraktion waren die ausschließlich akademisch Interessierten, die der Frage der Nationalität relativ gleichgültig gegenüberstanden. Ihnen ging es lediglich um die Fähigkeiten und den internationalen Ruf der Kandidaten.

Letztlich waren die Nationalen siegreich. Das belegt der allmähliche Wandel der Einstellungsentscheidungen: Jahr für Jahr wurden weniger Angehörige ethnischer Minderheiten eingestellt. Der Universität gelang es zwar nie, ausschließlich lettische Lehrkräfte zu gewinnen oder Vorlesungen komplett auf Lettisch abzuhalten, doch mit dem Nachrücken jüngerer Generationen von lettischen Akademikern nahm der Druck, Nicht-Letten einzustellen, ständig ab. Während der Zeit dieses Wandels (1920er Jahre) gingen die Verantwortlichen eine Reihe von Kompromissen ein, infolge derer nicht-lettische Lehrer entweder auf Deutsch oder Russisch lehren durften – in der Regel für eine begrenzte Zeit, in der sie die lettische Sprache erlernen mussten.

Die Frage der Sprachkenntnisse und der ethnischen Zugehörigkeiten wendet Bolin auch auf die Untersuchungsgruppe der Studentenschaft an. Er bemerkt einen verhältnismäßig kleinen Anteil von Studenten deutschbaltischer Herkunft, die sich lieber an Universitäten in Deutschland immatrikulierten, und den verhältnismäßig großen Anteil von Studenten jüdischer Nationalität. Die Universitätsverwaltung versuchte, dem mit strengen Sprachkenntnisvorgaben entgegenzuwirken, da ein *Numerus Clausus* politisch nicht durchsetzbar war und die meisten jüdischen Studenten über nur geringe Kenntnisse der lettischen Sprache verfügten. Bolin zufolge führte dies zu Streitigkeiten zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Studenten, gerade weil die meisten jüdischen Studenten Fakultäten angehörten, in denen Deutsch oder Russisch die eigentliche Lehrsprache war.

Das nächste, kurze Kapitel handelt von der akademischen Zeitschrift der Universität Lettlands. Da die Zeitschrift die Universität international vertreten sollte, erschienen nur wenige Artikel auf Lettisch, doch diese Tatsache wurde nicht unbedingt als problematisch angesehen. Was jedoch geändert werden sollte, war der Umstand, dass die Mehrzahl der Artikel auf Deutsch erschien, da das zu sehr an die frühere kulturelle Dominanz der Deutschbalten erinnerte. Obwohl die Mehrzahl der Professoren ihre Ausbildung in russischsprachigen Gebieten erworben hatte, wurde schließlich entschieden, dass wissenschaftliche Artikel nur auf Englisch, Französisch und – nur in der Ausnahme – auch auf Deutsch publiziert werden durften. Dies deutet auf eine klare Abwendung vom Russischen Reich und der späteren Sowjetunion hin.

Im siebten Kapitel geht es um die Entwicklung „nationaler“ Fächer, namentlich der Archäologie, Folklore, Volkskunde, Geschichte, lettischen Linguistik und lettischen Literatur. Hier bemerkt Bolin eine von Generation zu Generation zunehmende Nationalisierung. Als die Lehre der älteren Generation, die ihre Ausbildung noch im Zarenreich absolviert hatte, endete, wurden diese Fächer schließlich völlig „lettisiert“ („latvianized“).

Das letzte Kapitel handelt von der Entwicklung der „nationalen“ Fächer nach der Macht-ergreifung Kārlis Ulmanis' im Jahre 1934. Bolin skizziert die Veränderungen, die der neue, autoritäre Staat mit seiner Politik der Lettisierung („latviskosana“) in diesen Fächern bewirkte. Bolin behauptet, dass die neue Politik eine entscheidende Rolle für den Wandel der Geschichtsschreibung gespielt habe, wobei der gleiche Prozess im Fach Archäologie schon am Ende der 1920er Jahre begonnen habe.

Im Ganzen gesehen, stellt „Between National and Academic Agendas“ ein nützliches Werk dar, es ist erklärend und detailreich. Der Autor hat neue, unbekannte Quellen verwendet, um die Problematik klar und informativ zu zeigen. Fehlerlos ist das Buch allerdings nicht. Bolin gelingt es leider nicht, ein häufiges Problem der älteren Literatur zu überwinden, bei der ethnische Identität als ein starres Konzept gehalten wird, trotz der Einbeziehung mehrerer biografischer Beispiele, die einem solchen Modell widersprechen. Jedem Kapitel ist ein Schlussteil beigelegt, welcher eine komparative Analyse mit ähnlichen Entwicklungen in Estland (Tartu) und Litauen (Vilnius) zum Gegenstand hat. Diese Abschnitte sind in der Regel unzureichend abgehandelt und liefern nur wenige Einsichten, besonders beim Vergleich mit Litauen, welches sich in ethnischer Hinsicht von Lettland stark unterschied. Trotz dieser Mängel werden sich die Leser, die sich für die ethnische Verhältnisse im Baltikum interessieren, für dieses Buch begeistern können.

Adam Brode, Pittsburgh, PA

Jörg Ganzenmüller: Russische Staatsgewalt und polnischer Adel. Elitenintegration und Staatsausbau im Westen des Zarenreiches (1772–1850), Köln u.a.: Böhlau 2013, 425 S.

Die für den Druck überarbeitete Habilitationsschrift geht der Frage nach, wie die östlichen Territorien des ehemaligen Königreichs Polen nach den Teilungen Polens in das Russische Reich integriert wurden. Dabei geht es in der Untersuchung nicht um den polnischen Kernbereich, dessen Gebiet seit dem 19. Jahrhundert als Vasallenstaat Russlands charakterisiert werden kann, sondern um die mit den Teilungen Polens entstandenen „russischen Westgouvernements“ in Weißrussland und der Ukraine, die einen integralen Bestandteil des Zarenreiches darstellten und in denen der polnische Adel weithin einer russischsprachigen und orthodoxen Bauernbevölkerung gegenüberstand. Der Untersuchungszeitraum setzt mit der ersten Teilung Polens 1772 ein und endet 20 Jahre nach dem polnischen Aufstand von 1830, als die darauf reagierende russische Gesetzgebung zu einem Abschluss gekommen war. Ausgeblendet bleiben damit die „Maßnahmen der zarischen Regierung nach dem Januaraufstand von 1863/64“, die, wie der Autor hervorhebt, „zu Recht als Russifizierungspolitik bezeichnet“ werden (S. 17) und eine eigene Interpretation verlangen. Minutiös wird in der Arbeit der allmähliche Übergang von einer indirekten Herrschaft durch den polnischen Adel als heimischer Elite zu einer direkten Herrschaftswahrnehmung durch das Imperium aufgezeigt und in den Rahmen einer fortschreitenden herrschaftlichen Durchdringung des Russischen Reiches durch die Zentralmacht gestellt.

Das Problem gewinnt für den Untersuchungsraum insofern an Brisanz, als hier von der graduellen Inkorporation ins Zarenreich eine historische Region betroffen war, die als Teil der vormaligen Adelsrepublik in besonderer Weise eine ständische Tradition entwickelt hatte. Die zarische Regierung stand vor der Herausforderung, „ein Kernland des ständischen

Ostmitteleuropas in ein autokratisch verfasstes Imperium zu integrieren“ (S. 10). Der Erfolg dieses Unterfangens hing wesentlich davon ab, inwieweit es der russischen Staatsmacht gelingen sollte, den polnischen Provinzadel zur Kooperation zu bewegen. Eine solche Kooperation war freilich nicht als wechselseitiges Geben und Nehmen zu verstehen, bei dem die überkommene politische und kulturelle Eigenheit des polnischen Adels respektiert worden wäre, sondern als ein Prozess, der von der Staatsmacht bestimmt wurde und der längerfristig – der russischen Reichstradition entsprechend – zu einer Einebnung der Unterschiede führen sollte.

Wie Ganzenmüller hervorhebt, folgt die Untersuchung bewusst nicht den nationalen Narrativen einer Konfliktgeschichte, welche die „spätere Russifizierungspolitik“ in „anachronistischer Weise auf das 18. und beginnende 19. Jahrhundert“ übertragen. Ebenso wenig will der Autor dem „teleologischen Geschichtsbild“ des polnischen Volkes als einer „Nation ohne Staat“ folgen, sondern ausdrücklich auch alternative Entwicklungen im Blick behalten (S. 22 f.).

Verhandlungspartner der russischen Politik war nach den Teilungen Polens – ebenso wie zuvor bei der Annexion der östlichen Ukraine oder des Baltikums – allein der Adel als indigene Elite. „Die nichtadlige Bevölkerung, die Stadtbürger und die litauischen, weißrussischen und ukrainischen Bauern spielten dagegen als Ansprechpartner russischer Integrationspolitik kaum eine Rolle“ (S. 24). In der Untersuchung wird somit nach der sozialen Integration allein des polnischen Adels der Westgouvernements gefragt, verstanden als Teil der Bevölkerung im russländischen Vielvölkerreich. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie sich die adlige Selbstverwaltung trotz einer zunehmenden Anpassung an die Etablierung staatlicher Herrschaft im Raum behaupten konnte.

Wie gezeigt werden kann, etablierte sich das russische Imperium aufgrund seiner strukturellen Schwäche in den annektierten Gebieten nur schrittweise. Dabei wurde ein innerer Widerspruch sichtbar: Indem die vormodernen Strukturen des Zarenreiches an die Herausforderungen der Zeit angepasst wurden, entzog man zugleich der traditionellen russischen Integrationspolitik die Grundlage; die Integration des polnischen Adels und der russische Staatsausbau gerieten in einen Gegensatz. Längerfristig wurde der polnische Adel, der Kleinadel ebenso wie die Magnaten, in Opposition zum russischen Staat gedrängt – eine Situation, die leicht national aufzuladen war, ohne dass die Staatsmacht nun meinte, nachgeben zu müssen. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts schließlich gab es für das Imperium keinerlei pragmatischen Grund mehr, die bisherige Form der Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten. Die Politik des Zarenreichs war nicht mehr an einem Interessenausgleich mit dem polnischen Adel interessiert, der nun nur noch als agrarsoziale Funktionselite wahrgenommen wurde.

Dabei stellt sich die Frage, warum das Zarenreich in den Westgouvernements mit der früheren Integrationspolitik zu einer Zeit brach, in der die lokale Herrschaft in den Ostseeprovinzen und in Finnland nach wie vor den regionalen Adelskorporationen überlassen blieb (S. 371 ff.). Der Verfasser führt dies einerseits darauf zurück, dass es in den Ostseeprovinzen – anders als in Polen – zu keiner Unterwerfung der Ritterschaften gekommen war, sondern zu einer Inkorporation auf Vertragsbasis, wenn auch unter ungleichen Vertragspartnern. Zudem war zur Zeit der Teilungen Polens unter Katharina II. der russische Staatsausbau weiter fortgeschritten als zur Zeit des Nordischen Krieges, als das Baltikum an Russland fiel. Während die polnischen Landtage in den russischen Westgouvernements längst in russische Adelsversammlungen umgewandelt wurden, blieb die Stellung der überkommenen

Landtage des Adels in den Ostseeprovinzen noch für Jahrzehnte unangetastet. Vor allem aber war im Baltikum beim deutschbaltischen Adel bereits vor dem Herrschaftswechsel die Bereitschaft erkennbar gewesen, die russische Herrschaft zu akzeptieren: „Darauf konnte die zarische Regierung aufbauen“ (S. 375).

Gerade in einem solchen Vergleich zwischen verschiedenen Regionen des Zarenreichs liegt die Stärke der Arbeit, auch wenn damit auf die einleitende Frage, „wie das Russische Reich in Europa funktionierte“, keine erschöpfende Antwort gegeben wird. Mögen weitere, ähnliche Fallstudien folgen.

Manfred von Boetticher, Hannover

Mari Tarvas (Hrsg.): Bibliothekskataloge der Tallinner Literaten des 18. Jahrhunderts. Quellenedition aufgrund überlieferter Nachlassverzeichnisse, Würzburg: Verlag Königshausen und Neumann 2014, 253 S.

Nachlassverzeichnisse und Testamente sind seit Langem als wichtige Quellen für kulturgeschichtliche Forschungen anerkannt. Aus ihnen ist viel über die Alltagskultur der Gebildeten, durchaus aber auch der Kaufleute und Handwerker und anderer sozialer Schichten zu ersehen. Nachlassverzeichnisse und Testamente enthalten seit der Zeit des Humanismus oftmals von privaten Sammlern zusammengetragene Listen von Handschriften und Büchern. Die Beachtung dieser Listen nicht nur als Teil eines für wirtschaftliche Zwecke notwendigen Verzeichnisses, also der pekuniären Schätzung, des Hab und Gut eines Menschen, führt zur Bewertung derselben als historische Quelle. Sie sind als eine „via regia zur Erforschung der Sozialgeschichte des Lesens, der Lesegewohnheiten in zeitlicher, sozialer und regionaler Auffächerung“ (S. 9) zu bewerten, wie die Bearbeiterin des hier anzugehenden Werkes, Mari Tarvas, die Worte Reinhard Wittmanns zitiert (Bücherkataloge 1985, S. 13). Sie geben aber auch allgemein Auskunft zu dem Wissensstand und zu den verschiedenen Aspekten von Kultur. Dies gilt auch für die baltische Region und ganz besonders für Tallinn/Reval.

In der Einführung nennt Mari Tarvas die entscheidenden Veröffentlichungen: Raimo Pullat hat sich mit seinen zahlreichen Editionen solcher Verzeichnisse und mit deren Erforschung im heutigen Estland sicher die größten Verdienste erworben. Trotzdem ist festzustellen, dass diese Quellengattung noch längst nicht in allen Teilen zeitlich und geografisch erfasst und forschungsmäßig ausgeschöpft ist. Allen Fachleuten ist bewusst, dass immer wieder neue ähnliche Quellen auftauchen bzw. Regionen in den Blick genommen werden können, aus denen bislang nur wenige oder noch gar keine Verzeichnisse bekannt sind, wie Tarvas in einem „Ausblick“ anführt (S. 29).

Das hier vorzustellende Werk weist drei Abschnitte auf: die Einleitung mit einem analytischen Teil (S. 7-31), die Bücherkataloge selbst, also den editorischen Teil (S. 33-222) sowie ein drittes Kapitel, welches das Register der Autoren enthält, die in den Bücherverzeichnissen vorkommen.

Den analytischen Teil gliedert die Bearbeiterin in elf Abschnitte. Es geht dabei um die „Nachlassverzeichnisse als Quelle“ (S. 7-10), um die „Bibliotheksinhaber und die allgemeine Charakteristik der Bestände“ (S. 11-13), die „Struktur der Nachlassverzeichnisse“ (S. 14-17), den „Umfang der Buchbestände“ (S. 18 f.), die „Verteilung der Bücher nach

Sprachen“ (S. 19-21), die „thematische Verteilung“ (S. 21-25), die „historischen Dimensionen“ (S. 26 f.) sowie um die „Autoren, deren Werke am meisten vertreten sind“ (S. 27 f.) und um die „Editionsprinzipien und Quellen des Index und der Ergänzungen“ (S. 29 f.). Vor den Abschnitt „Editionsprinzipien“ mit eher praktischen Hinweisen setzt Tarvas den kurzen, prägnanten, eben schon genannten „Ausblick“.

Tarvas knüpft ausdrücklich an die Veröffentlichungen von Pullat an, der sich seit Mitte der 1990er Jahre mit Nachlassverzeichnissen und Bibliotheken in Tallinn/Reval beschäftigt, die sich in großer Dichte im dortigen Stadtarchiv erhalten haben (vgl. die Liste der Veröffentlichungen von 1997 bis 2009, S. 7). Mit Schwerpunkt auf dem 18. Jahrhundert, ist der zeitliche Rahmen der Betrachtung im vorliegenden Buch ähnlich wie der bei Pullat, wenngleich Tarvas dezidiert nur die Bücherverzeichnisse in den Nachlassverzeichnissen ediert und analysiert, die bislang von Pullat noch nicht einbezogen worden sind. Ihr Blick fällt auf „die Literaten“ bzw. – wie sie selbst schreibt – die „Gebildeten“ (S. 7), die – soweit sie nicht den Ritterschaften angehörten – als Angehörige akademischer Berufe im Baltikum im 18. und 19. Jahrhundert gleichsam einen sozialen Stand bildeten.

Im Brennpunkt des Interesses stehen zentrale Anliegen der Forschung: Welche Bücher haben die Leser vor 200 bis 300 Jahren besessen und rezipiert? Wo kann man diese Bücher heute in Bibliotheken nachweisen? Existieren die alten, nur schwer ermittelbaren und bislang selten vorgefundenen Besitzvermerke, die eine Zuordnung zum entsprechenden Bücherverzeichnis ermöglichen? Wer waren die Eigentümer der Bibliotheken? Es konnte festgestellt werden, dass es sich hier meist um Schullehrer, um Juristen und höhere städtische Beamte handelte. Da Tarvas das gesamte 18. Jahrhundert als Untersuchungszeitraum zu Grunde legt, war es ihr möglich, die Hauptentstehungszeit der Bücherlisten auf die Zeit von 1770 bis 1790 zu datieren. Eine mögliche Erklärung für diese Ballung sieht Tarvas im Großen Nordischen Krieg, in dessen Folge es erst zu einer allmählichen Erholung auch der kulturellen Gewohnheiten der Menschen bedurfte, die zwei, drei Generationen erforderte.

In den hier vorgelegten 28 Bücherlisten konnte die Bearbeiterin insgesamt 4000 Titel finden. Viele Nachlasser besaßen nur ein Exemplar der Bibel, ein Gesangbuch und wenige Bände geistlicher Erbauungsliteratur. Durchschnittlich enthielten die Bibliotheken jeweils 20 bis 50 Titel. Bei den hier im Zentrum des Interesses stehenden Literaten waren immerhin 100 bis 150 Bände üblich. Privatbibliotheken mit 200 bis 300 Bänden galten auch noch im 18. Jahrhundert als groß. An der Spitze der großen Sammlungen steht die von Justus Johannes Riesenkauff (1772) mit 800 Titeln. „Diese Bibliothek ist nach den Tallinner Maßstäben des 18. Jahrhunderts geradezu riesig“, beschreibt Tarvas den Umfang dieses Nachlasses (S. 19).

Ausgehend davon, dass die Buchbestände immer kulturelle Beziehungen widerspiegeln, also Einblicke in den Kulturtransfer der damaligen Zeit ermöglichen, beschäftigt sich Tarvas v.a. mit der Frage, in welchen Sprachen die Bücher geschrieben wurden und welchen prozentualen Anteil die einzelnen Sprachen hatten. Im Ergebnis überwogen die Werke in lateinischer und vor allem in deutscher Sprache. Nur wenige waren in schwedischer und russischer Sprache verfasst; sehr gering war auch die Zahl der estnisch- oder lettischsprachigen Veröffentlichungen, bei ihnen handelte es sich vor allem um religiöse Themen und Frömmigkeitsgeschichte. Diese Beobachtungen lassen laut Tarvas die Schlussfolgerung zu, dass sich die baltischen „Intellektuellen“ in dieser Zeit vor allem an Mitteleuropa, insbesondere an Deutschland, orientierten; kaum dagegen an Russland, zu dem sie ja machtpolitisch

gehörten. An den aufgefundenen Schulbüchern kann Tarvas darüber hinaus belegen, dass es sich um die gleichen handelte wie in anderen ehemaligen Hansestädten rings um die Ostsee. Mit dem Schwerpunkt in Norddeutschland zeigt sich die besondere Verbundenheit Revals mit dieser Region. Dass in diesen privaten Bibliotheken des 18. Jahrhunderts Autoren fehlen, die wir für diese Zeit als wichtig einschätzen, erstaunt. Angemerkt sei in diesem Kontext, dass Tarvas zu den fehlenden Autoren auch Johann Gottfried Herder hinzurechnet, der freilich als „Gottlieb“ und ungewöhnlicherweise mit seinem erst spät erworbenen und für ihn persönlich nicht relevanten Adelsprädikat „von“ erscheint (S. 23).

Im zweiten Teil der vorliegenden Veröffentlichung werden die edierten Bücherlisten vorgestellt. Soweit ermittelbar, führt Tarvas jede Liste mit einer kleinen Biografie des Nachlassers ein. Behutsam sind Ergänzungen und leichte Normierungen der Eigennamen vollzogen worden. Im anschließenden, hilfreichen Index erscheinen die Namen selbstverständlich in diesen normierten Formen. Wünschenswert wäre an dieser Stelle ein zusammenhängendes Verzeichnis der genutzten Literatur gewesen.

Die Veröffentlichung von Mari Tarvas ist nicht nur wegen des stringent ausgeführten ersten Analyseteils ein wegweisender Baustein für die Erforschung der Kulturgeschichte des 18. Jahrhunderts in Tallinn/Reval und im Baltikum überhaupt, bei der insbesondere auch Fragen des Buchwesens, der Bibliotheksgeschichte und des Kulturtransfers allgemein angesprochen werden.

Dorothee M. Goeze, Marburg

Mārtiņš Kaprāns, Olga Procevska u.a.: Padomju deportāciju pieminēšana Latvijā. Atmiņu politika un publiskā telpa [Das Gedenken an die sowjetischen Deportationen in Lettland. Erinnerungspolitik und öffentlicher Raum], Rīga: Mansards 2012, 191 S.

Die Erinnerung an die Deportationen der Stalinzeit, die zwischen 1940 und 1953 stattfanden und denen mehr als 40000 Einwohner Lettlands zum Opfer fielen, ist in der lettischen Gesellschaft sehr präsent. Schon seit dem Beginn der Unabhängigkeitsbewegung im Jahr 1987, der so genannten dritten *Atmoda*, mobilisierten die Demonstrationen zum Gedenken an diese Ereignisse große Menschenmengen. Mit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Lettlands im Jahr 1991 sind sie zum zentralen Punkt des sozialen Gedächtnisses Lettlands geworden.¹ In einer 2012 im Rahmen des staatlichen Forschungsprogramms „Nacionālā identitāte“ der Republik Lettland entstandenen Monografie der Kommunikations- und Sozialwissenschaftler Mārtiņš Kaprāns, Olga Procevska, Laura Uzule und Andris Saulītis wird nun erstmals genauer untersucht, wie sich das Gedenken an die sowjetischen Massendeportationen in Lettland in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat und welche Rolle diese Thematik in der lettischen Öffentlichkeit spielt.

Das Buch ist in elf Kapitel gegliedert, in denen mehrere Faktoren behandelt werden, die „im Alltag zur Herausbildung von Ansichten hinsichtlich der Deportationen beitragen“ (S. 13). Wie die Autoren im ersten Kapitel erläutern, stützen sie sich bei ihrer Untersuchung

¹ Vgl. Rebekka Blume: Das lettische Okkupationsmuseum. Das Geschichtsbild des Museums im Kontext der Diskussionen über die Okkupationszeit in der lettischen Öffentlichkeit, in: Forschungsstelle Osteuropa Bremen. Arbeitspapiere und Materialien (2007), Nr. 83, S. 28 f.

in erster Linie auf die Auswertung von Zeitungsartikeln, von Interviews, die sie mit Vertretern der Opferverbände sowie mit Historikern und Künstlern geführt haben, von Reden, die lettische Politiker an Gedenktagen gehalten haben, und von lettischen Schullehrbüchern. Das zweite Kapitel ist jenen Organisationen gewidmet, die sich in Lettland mit der Bewahrung und Vermittlung der Geschichte der sowjetischen Massendeportationen beschäftigen. Hierunter verstehen die Autoren u.a. das Lettische Okkupationsmuseum sowie den „Fonds Sibīrijas bērni“ (Stiftung Kinder Sibiriens), eine Stiftung, die sich zum Ziel gesetzt hat, an das Schicksal nach Sibirien deportierter oder in der Verbannung aufgewachsener Kinder zu erinnern. Im dritten Kapitel folgt eine Analyse des Stellenwertes, den die Massendeportationen innerhalb der offiziellen Erinnerungspolitik Lettlands einnehmen. Die öffentliche Meinung Lettlands gegenüber den sowjetischen Repressionen wird im vierten Kapitel untersucht. Im Anschluss daran wird die Rolle der Massenmedien bei den Gedenktagen für die Opfer sowjetischer Repressionen näher beleuchtet. Im sechsten Kapitel wird sich der Frage gewidmet, wie die Thematik der sowjetischen Deportation in Kunst und Kultur Lettlands verarbeitet wird, wobei der Schwerpunkt auf der reichhaltigen lettischen Erinnerungsliteratur liegt.

Im siebten Kapitel wird die Rolle von Denkmälern und Gedenkstätten als „Bewahrer[n] des Gedenkens an die Opfer des kommunistischen Regimes“ zentral behandelt (S. 93). Auch nichtrealisierte Denkmäler und das geplante zentrale Denkmal für die Opfer der sowjetischen Okkupation, das auf dem Schützenplatz im Zentrum Rīgas, direkt neben dem Okkupationsmuseum, entstehen soll, werden hier in die Untersuchung einbezogen. Eng mit der Denkmalsthematik verbunden ist die Tätigkeit diverser Vereinigungen von Opfern der sowjetischen Repressionen, deren Entwicklung im achten Kapitel behandelt wird. Demnach wird die Tätigkeit jener Organisationen durch starke innere Spannungen und Konflikte zwischen den beiden größten Opferverbänden bestimmt, der „Rīgas Politiski reprēseto biedrība“ (Rigaer Gesellschaft der politisch Repressierten) und der „Latvijas Politiski reprēseto apvienība“ (Verband der politisch Repressierten Lettlands). Die Ursache dafür liegt, so die Autoren, in der starken Politisierung der Opferverbände, insbesondere der Nähe einzelner leitender Funktionäre zu nationalistischen und rechtspopulistischen Parteien. Die innerhalb der Opferverbände anzutreffenden starken nationalistischen Tendenzen führen letztlich dazu, dass Angehörige der nationalen Minderheiten Lettlands, in erster Linie Russen bzw. Russischsprachige, aus den Organisationen der Deportierten und deren Veranstaltungen verdrängt werden. Dadurch wird das Gedenken an die Opfer der sowjetischen Deportationen und Repressionen leider wieder verstärkt in den Bereich von ethnischen Spannungen innerhalb Lettlands gerückt.

Das neunte Kapitel behandelt die Rolle von Vertretern der verschiedenen christlichen Konfessionen sowie der jüdischen Gemeinschaft Lettlands bei der Bewahrung des Gedenkens an die Opfer der Massendeportationen. Anschließend gehen die Verfasser der Frage nach, wie die Geschichte der sowjetischen Massendeportationen in den Schulen Lettlands vermittelt wird.

Im abschließenden elften Kapitel geben die Autoren schließlich Anregungen dafür, wie mit konkreten Problemen der Erinnerungspolitik Lettlands – etwa der stark nachlassenden Beteiligung der Bevölkerung an Gedenktagen – umgegangen werden sollte, wobei die Verfasser eine Strategie zu entwickeln versuchen, wie auch in den folgenden zehn Jahren das Gedenken an die Opfer der sowjetischen Repressionen bewahrt werden könnte. Vor allem

plädieren sie für eine stärkere Integration der nationalen Minderheiten Lettlands und deren Organisationen in die Gedenkveranstaltungen und Bildungsprojekte. Nicht zuletzt soll in der lettischen Gesellschaft ein Bewusstsein dafür erzeugt werden, dass Angehörige aller ethnischen Gruppen Lettlands Opfer der sowjetischen Repressionen wurden.

Sämtliche Kapitel sind verhältnismäßig kurz und übersichtlich gehalten. Dies macht das Buch einerseits leicht lesbar und ermöglicht es dem Leser, schnell einen Überblick über die hier behandelte Problematik zu erhalten. Andererseits aber führt es dazu, dass viele Aspekte – z.B. das Lettische Okkupationsmuseum – nur kurz gestreift werden können. Die Autoren heben vor allem die Bedeutung und das Ansehen hervor, die das Okkupationsmuseum in Lettland habe, gehen aber kaum darauf ein, wie die Geschichte der sowjetischen Massendeportationen in der Ausstellung des Museums vermittelt wird. Eine genauere Betrachtung der Ausstellung könnte sowohl die bisherige Dauerausstellung des Okkupationsmuseums, welche noch bis Ende Oktober 2014 zu sehen war, als auch die derzeit im Aufbau befindliche neue Dauerausstellung mit einbeziehen.² Zudem wäre es hier wohl notwendig gewesen, zumindest kurz auf die vor allem in Nordamerika, Westeuropa und Australien lebenden Exillettin und deren Organisationen zu verweisen, da diese bei der Finanzierung des Museums nach wie vor eine wichtige Rolle spielen und das von ihnen vertretene Geschichtsbild sich in der Dauerausstellung des Okkupationsmuseums deutlich widerspiegelt.³

Besser gelungen sind jene Kapitel, in denen allein ein Aspekt der Untersuchung betrachtet, dieser aber dafür ausführlicher behandelt wird. So gelingt es den Autoren z.B. im dritten Kapitel, die Entwicklung der Erinnerungspolitik Lettlands seit Mitte der 1990er Jahre anschaulich zu beschreiben. Als besonders interessant erweist sich hier die Behandlung des Begriffes „Genozid“, welcher noch Ende der 1990er Jahre zum offiziellen Sprachgebrauch des lettischen Parlaments, der Saeima, in Bezug auf die sowjetischen Massendeportationen gehörte. Beispielsweise nahm die Saeima noch 1998 ohne große Debatten einen Gesetzesvorschlag an, infolge dessen der „Gedenktag für die Opfer des kommunistischen Terrors“ in „Gedenktag für die Opfer des kommunistischen Genozids“ umbenannt wurde (S. 44). In den letzten Jahren ist der Begriff „Genozid“ jedoch aus offiziellen Dokumenten und Reden verschwunden. Dies führen die Autoren sowohl auf außenpolitische Rücksichtnahmen und die Bestrebungen Lettlands, die Opfer der sowjetischen Massendeportationen in eine gesamteuropäische Erinnerung einzubinden, als auch auf neuere Forschungen und die von Experten erhobenen Einwände zurück. Dass die Autoren in diesem Kontext das Wirken der Historikerkommission Lettlands mit keinem Wort erwähnen, erstaunt allerdings,

2 Zur alten Dauerausstellung vgl. Blume, Okkupationsmuseum (wie Anm. 1), S. 5 f. u. S. 42-54. Zur neuen Dauerausstellung siehe u.a. Valters Nollendorfs: Die Zukunft der Vergangenheit. Das Okkupationsmuseum in Riga wird (endlich) umgebaut, in: *Baltische Briefe* 64 (2011), H. 10, S. 1-4; Ritvars Jansons: Jaunās ekspozīcijas aktīvie objekti būs apskatāmi jau šogad [Die aktiven Objekte der neuen Ausstellung werden bereits dieses Jahr zu besichtigen sein], in: *Okupācijas muzeja apkārtraksts* 33 (2012), S. 4 f.; ders.: Sargtorņa kājas sāksies Rīgas bruģī [Die Füße des Wachturms werden im Rigaer Pflaster beginnen], in: *Okupācijas muzeja apkārtraksts* 35 (2013), S. 8.

3 Vgl. Blume, Okkupationsmuseum (wie Anm. 1), S. 36 f., 40-44, 55 f.; Regina Fritz, Katrin Wetzel: Konkurrenz der Erinnerungen? Museale Darstellungen diktatorischer Erfahrungen in Lettland und Ungarn, in: Katrin Hammerstein u.a. (Hrsg.): *Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit*, Göttingen 2009, S. 233-247, hier S. 233-239.

wurde die Kommission doch 1998 ins Leben gerufen, um auf internationale Kritik an in Lettland vorherrschenden Geschichtsbildern zu reagieren und kritische Diskussionen im eigenen Land anzuregen. Zudem soll die Historikerkommission auch zur Schaffung neuen Lehrmaterials für die Schulen Lettlands beitragen.⁴ Ob dies schon gelungen ist, wäre eine naheliegende Frage gewesen, auf welche die Autoren jedoch auch in dem eigentlich recht gelungenen Kapitel zu den sowjetischen Massendeportationen als Unterrichtsthema in den Schulen Lettlands nicht eingehen.

Wirklich alle Faktoren der im Zusammenhang mit der vorliegenden Monografie durchgeführten Untersuchung zum Gedenken an die sowjetischen Massendeportationen zu berücksichtigen, hätte wohl den Rahmen von 191 Seiten bei Weitem gesprengt. Etwas mehr Genauigkeit wäre an einigen Stellen dennoch wünschenswert gewesen. Der Wert der Monografie von Mārtiņš Kaprāns, Olga Procevska, Laura Uzule und Andris Saulītis besteht daher vor allem darin, einen ersten Überblick über ein noch kaum untersuchtes Themenfeld und wertvolle Hinweise für dessen weitere Erforschung zu liefern.

Ron Hellfritsch, Jena

- 4 Vgl. Walter M. Iber, Peter Ruggenthaler: Drei Besetzungen unter zwei Diktaturen. Eine vorläufige Bilanz der Forschungsarbeiten der internationalen Historikerkommissionen in Lettland, Litauen und Estland, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 15 (2007), S. 276-296; Eva Claritta Onken: The Politics of Finding Historical Truth: Reviewing Baltic History Commissions and Their Work, in: Journal of Baltic Studies 38 (2007), H. 1, S. 109-116; Darstellung der Historikerkommission Lettlands auf der Seite des lettischen Staatspräsidenten: http://www.president.lv/pk/content/?cat_id=7 [letzter Zugriff: 07.07.2015].

Małgorzata Pakier: The Construction of European Holocaust Memory. German and Polish Cinema after 1989, Frankfurt a.M.: Lang 2013, 192 S.

Małgorzata Pakier's book uses the medium of contemporary film as a window onto broader debates on Holocaust memory in Poland and Germany. The book is built around three case-study chapters dedicated to Holocaust comedy, Holocaust melodrama and the portrayals of "ordinary people" in recent Polish and German cinematography. Attempting both to offer an in-depth analysis of selected post-1989 Polish and German productions devoted to the theme of the Holocaust and to paint a wider context in which these films were received, the author points towards a broader conclusion on the nature of the European memory of the Holocaust.

Opening with a chapter containing a theoretical discussion on European Holocaust memory, collective memory and the role of image in the representation of the Holocaust, the author begins the empirical part of the book with the genre of comedy, taking Agnieszka Holland's *Europa, Europa* (1990) and its reception in Poland and Germany as a case study. Pakier discusses here the implications of the use of humour in popular filmic representations of the Holocaust (referring also to the notable example of Benigni's *Life is Beautiful*), listing arguments both in favour and against it. Pointing to laughter as a self-defensive survival strategy of Holocaust victims and quoting some critics' opinion that the genre of comedy might offer audiences a way of demonstrating empathy with the victims and of manifesting shared moral values within a community, Pakier also remarks that Holocaust comedies have

met with severe criticism as escapist works, and have even been discarded as a form of Holocaust denial.

Apart from sketching a more philosophical debate on the permissibility of humour in the representations of genocide, Pakier devotes a lot of space to the discussion of the historical context portrayed in Holland's film. Her reading of the work elucidates not only crucial references to historical events within the plot, but also the role certain myths and stereotypes, such as that of Judeo-Communism, play in the national reception of the films. Quoting reviews of *Europa, Europa* in Poland and Germany, Pakier notes that while prevalently critical German audiences saw the film as unsophisticated and melodramatic, lacking the micro-scale narrative, Polish viewers enjoyed the broad brushes of Holland's "philosophical tale", judging the genre as appropriate for portraying the universal fate of man in the age of totalitarian regimes. Pakier interprets the diverging reception of *Europa, Europa* in the two countries as indicative of different mnemonic perspectives and "cultures of remembrance" in Poland and Germany.

The following chapter on melodrama concentrates on Max Faerberbox's *Aimée and Jaguar* (1999) and Jan Jakub Kolski's *Far Away from the Window* (2000), analysing both works through the lens of a common theme of everyday life and war-time drama enclosed in the private space of a home. Pakier gives an overview of film critiques in both countries and teases out aspects that require further contextualization, such as the myth of the Polish mother, or that of the German-Jewish symbiosis. In conclusion, the author states that while *Aimée and Jaguar* presents an "escape from history" and provides a symbolic closure of the past, *Far Away from the Window* pictures the "enslavement by history" and a past that continues to haunt (p. 102). Comparison of the two films, however, allows the author to introduce the recent Polish and German debates about anti-Semitism and philosemitism, identify the changing paradigms of Holocaust representation in the post-1945 cinematographic production in both countries, and reflect on the popular image of Jewish women in film.

Chapter four, entitled "Collective Portraits of Poles and Germans," is a comparative analysis of three films: Jan Łomnicki's *Just Beyond this Forest* (1991), Jan Jakub Kolski's *Burial of a Potato* (1990) and Didi Danquart's *Jewboy Levi* (1999). The works become a lens to look both at the genre of the *Heimatfilm* and at the historical discussion over the category of "ordinary" Holocaust gainers. The author situates the category of "ordinary people" within the wider historiographical shift which, originating in the 1990s with works like Daniel Goldhagen's *Hitler's Willing Executioners*, put "ordinary perpetrators" more into the focus of research. Although the Goldhagen debate resonated in Germany in a particular way, Pakier also points to similar developments in Poland, listing recent Polish research on the so-called blue police, collaboration and plunder of Jewish property. An interesting hypothesis she puts forward is that films like Łomnicki's *Just Beyond this Forest* and Kolski's *Burial of a Potato*, breaking with the rhetoric of Polish victimhood in the Second World War, should be seen as "precursory" to scholarly involvement with the topic of Polish complicity in the Holocaust, which gathered momentum in particular after the publication of Jan T. Gross' *Neighbors* in 2000 (p. 132).

In the concluding chapter of the book, Pakier seeks to map the way in which national memories of the Holocaust have been reformulated into "European" ones after 1989. But although she points to transnational developments, such as the rising popularity of oral

history, the focus on perpetrators and bystanders of the Holocaust and the growing interest in the experiences of “ordinary people,” it remains open whether a comparative analysis of the Polish and German case allows us to draw conclusions about a *European* paradigm of Holocaust memory. The German and Polish debates on the Holocaust might bear some semblance to each other and arguably have a leading role in shaping a wider, transnational culture of memory. However, any attempt to define a “European Holocaust memory” would have to factor in all the diverse historical experiences of the Second World War – both in the European countries spatially removed from the Holocaust sites, say Great Britain or Portugal, and in those Eastern European countries at the epicentre of the Holocaust, like Belarus, which still cherish the dominant narrative of the Second World War as a glorious victory and marginalize the Holocaust in the national memorial culture. Without taking into consideration these tensions, differing viewpoints and often incompatible narratives, we cannot speak of outlining any truly “European” paradigm of memory.

Another debatable issue is the question of proposing 1989 as a universal caesura for European collective memory processes. While the fall of Communism brought a shift in the memorial culture of some former Communist countries, like Poland, the year 1989 might have been less meaningful, for example, in the case of (West) Germany, where 1968 constituted a much more significant caesura for the processes of *Vergangenheitsbewältigung*; or for countries like Belarus and today’s Hungary where, even twenty-five years after the dissolution of the Soviet bloc, the significance of the Holocaust for the national memory is heavily contested.

Małgorzata Pakier’s claim that the year 1989 triggered a “democratization of the past” in Europe, turning the lens of historians on the stories of everyday life and ordinary people and overcoming “any particular national framework” (p. 153), likewise seems to be very optimistic in the face of the recent rise of nationalism and xenophobia in many European countries. Is Holocaust memory really an element of a shared European memory? And has the rise of what the author terms, leaning on Volkhard Knigge and Norbert Frei, a “negative memory”, i.e. the memory of the suffering we inflicted on the European “Others”, a truly Europe-wide phenomenon? And has this narrative of guilt really replaced the national discourses of historical innocence? Alone the turbulent and embittered discussions following the publications of Jan T. Gross’s *Neighbors* (2000), *Fear* (2006) and *Golden Harvest* (2012) in Poland suggest that the need for a positive collective identity and self-exculpating “patriotic memory” is not losing its prominence yet.

But although the conclusions of *The Construction of European Holocaust Memory* might not be equally applicable to the whole of Europe, the book offers a comprehensive and succinct comparative overview of the contemporary debates concerning Holocaust memory in Poland and Germany which, accompanied by its in-depth film case-studies, might successfully be used as a companion in academic courses on Holocaust studies. And although the analysis itself lacks a bit of the author’s own voice and her own positioning in the debates she is describing, the combination of the micro-scale analysis of selected films with the broad strokes she uses to explain the background debates on the past in Poland and Germany makes the book a valuable contribution to interdisciplinary Jewish studies.

Magdalena Waligorska, Bremen

Christoph Dieckmann: Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941–1944, 2 Bände, Göttingen: Wallstein Verlag 2011, 1652 S.

Vermutlich ist das bekannteste Dokument zur Geschichte Litauens unter deutscher Besatzung der so genannte Jäger-Bericht, der durch eine minutiöse Auflistung der bis zum 1. Dezember 1941 in Litauen getöteten Juden das Ausmaß des Massenmordes eindrücklich vor Augen führt. In Litauen lebte eine große jüdische Minderheit, mit deren Verfolgung und Vernichtung sich die historische Literatur schon häufiger befasst hat. Auch in Christoph Dieckmanns Darstellung nimmt der Holocaust ein gutes Drittel ein. Eine zusammenfassende Gesamtdarstellung der deutschen Besatzung Litauens dagegen gab es bisher in deutscher Sprache nicht. Dieckmann hat beeindruckende Quellenforschung betrieben, neben litauischen, lettischen, russischen und deutschen Archiven wurden Gerichtsakten und persönliche Zeugnisse ausgewertet.

Dieckmann stellt den Aufbau seines Buches wie folgt vor: 1. Litauen bis zum Juni 1941 und deutsche Kriegsplanung, 2. „Deutsche Herrschaft und litauische Kooperation“, 3. Wirtschafts- und Mobilisierungspolitik, 4. Siedlungspolitik, 5. Massenverbrechen, dargestellt nach den verschiedenen Opfergruppen, 6. Widerstand, 7. das Ende der deutschen Besatzung Litauens 1944 (S. 41-43). In Bezug auf die Judenverfolgung setzt er eine Zäsur Ende Juli 1941 und beschreibt die Ereignisse in zwei verschiedenen Kapiteln.

Die Vorgeschichte zum Zweiten Weltkrieg in Litauen ist in den Grundzügen bekannt: Nach dem Ersten Weltkrieg entstand eine unabhängige Republik, deren Regierung 1926 autoritäre Züge annahm. Litauen verlor seine Unabhängigkeit infolge des Hitler-Stalin-Pakts, 1940 folgten sowjetische Besetzung und Terror. Dies ist zum Verständnis der Reaktionen in Litauen nach dem deutschen Einmarsch 1941 unabdinglich, besonders hinsichtlich einer Gewaltexplosion gegen Juden, die in einigen Landesteilen schon kurz nach dem 22. Juni 1941 einsetzte. Weder die Republik noch das autoritäre Smetona-Regime waren offiziell antisemitisch, aber von starkem Nationalismus geprägt, und es bildete sich eine radikale antisemitische Rechtsbewegung, die zunehmend Kontakte nach Berlin unterhielt. Der litauische Nationalismus war für Juden nicht attraktiv, obzwar sie sich loyal zur Republik verhielten; es existierten allerdings auch linksorientierte jüdische Kreise. Nach der sowjetischen Besetzungszeit wurde Juden, dem Stereotyp des „jüdischen Bolschewismus“ folgend, Unterstützung der Sowjets und Verrat vorgeworfen. Dieckmann diskutiert dieses immer noch brisante Thema anhand der Forschungsergebnisse junger litauischer Historiker. Demzufolge gab es keine Dominanz von Juden in kommunistischen Organisationen, allerdings am Anfang eine überproportionale Beteiligung (S. 171), bis dies von Moskau korrigiert wurde. Dieckmann erklärt den Gewaltausbruch 1941 mit dem Zusammenwirken der politischen Entwicklungen in der Republikzeit und den Erfahrungen unter sowjetischer Herrschaft, ist aber der Meinung, dass es ohne deutsches Einwirken nicht zu der „extremen antisemitischen Gewalt“ hätte kommen können (S. 177).

Auch die deutsche Kriegsplanung mit den Komponenten Vernichtungskrieg, Lebensraumvision und Blitzkriegstrategie und deren Scheitern ist bekannt. Dieckmann weist mit Nachdruck darauf hin, dass die deutsche Kriegsführung die extreme Ausbeutung besetzter Gebiete (wie Litauen) im Hinblick auf Nahrungsmittel und Arbeitskräfte bedingte. Zugleich vertritt er, unter Bezug auf die Arbeiten von Christian Gerlach, die These vom „Hungerplan“, der zufolge Millionen sowjetischer Zivilisten dem Hungertod preisgegeben werden

sollten, um so die deutsche Kriegsführung zu erleichtern. Allerdings wurden diese Planungen von der Wehrmacht nicht realisiert, weshalb sie von anderen Historikern als nicht so wichtig eingestuft werden.

In der deutschsprachigen Literatur sind die litauischen nationalstaatlichen Bestrebungen weniger gut bekannt. Litauen versuchte, das Machtvakuum bei Kriegsbeginn durch die Proklamierung einer Provisorischen Regierung im Juni 1941 auszunutzen. Dies entsprach den deutschen Absichten in keiner Weise, schon im August wurde die Provisorische Regierung wieder aufgelöst und durch eine Kollaborationsregierung, bestehend aus neun Generalräten, ersetzt. Zahlreiche Schlüsselfiguren in der litauischen Verwaltung entstammten der extremen Rechtspartei, die schon früh Fühlung mit Berlin aufgenommen hatte.

In der Zivilverwaltung war auf deutscher Seite die oberste Instanz der Reichskommissar Ostland in Riga, in Litauen gab es einen Generalkommissar, dem Stadt- und Gebietskommissare unterstanden. Auf der litauischen Seite reichten die Instanzen hinunter bis auf die lokale Ebene. Es gab erheblich weniger deutsche als litauische Kräfte, das Verhältnis lag bei etwa 1:3 (S. 481). Dieckmann verwendet aber nicht den sonst häufiger benutzten Begriff „Aufsichtsverwaltung“, sondern er sieht eine „tief ineinander verwobene Mischung aus deutscher und litauischer Verwaltung“ (S. 485).

Des Weiteren wird die Struktur der deutschen und der ihr nachgeordneten litauischen Polizei beschrieben, die, wie auch sonst üblich, in Sicherheits- und Ordnungspolizei aufgliedert waren. Auf deutscher Seite kamen zur Bündelung und Koordination SS- und Polizeidienststellen hinzu. (Hier gibt es einen kleinen Fehler zu korrigieren: Die litauische Sicherheits- und Kriminalpolizei war nicht Teil der Schutzmannschaft des Einzeldienstes, S. 529.) Auch bei der Polizei gab es ein Mehrfaches an litauischen Kräften im Vergleich zu den deutschen. Aus Litauen gebildete „Schutzmannschaftsbataillone“ wurden auch außerhalb Litauens eingesetzt. Das Verhältnis zwischen Zivilverwaltung und SS/Polizei war kompliziert; Dieckmann vertritt hier entschieden die Meinung, dass nicht, wie immer wieder behauptet, die Zivilverwaltung schwach und die SS/Polizei der eigentliche Machtfaktor gewesen sei (S. 488, 1516, 1531). Wichtig sei die persönliche Zusammenarbeit und die Problemlösung durch direkte Kontakte gewesen. In der Frage nach der Motivation litauischer Polizisten dafür, einem Besatzungsregime zu dienen, argumentiert Dieckmann, dass die von anderen Forschern angeführten Gründe wie materielle Besserstellung, Gehorsam oder politische Rache nicht ausreichend seien. Allerdings konzediert er sogleich, dass sich diese Frage in Bezug auf die Mannschaften mangels Quellen kaum klären lasse. Für die höheren Chargen führt er „extremen Antisemitismus“ und „radikalnationalistische rechtsextreme Motive“ an. Die Quellenbasis dafür ist allerdings recht schmal (S. 526-529).

Das grundlegende Problem auf der Ebene der Zivilverwaltung ebenso wie bei SS und Polizei war, dass die Deutschen mangels eigener Kräfte auf die Kooperation der Litauer angewiesen waren. Sie waren jedoch aus politischen Gründen weder gewillt, den litauischen Wunsch nach Unabhängigkeit zu erfüllen, noch die sowjetischen Verstaatlichungen rückgängig zu machen und hatten deshalb Schwierigkeiten, den Litauern attraktive Angebote zu machen. Dieckmann sieht eine mögliche Kompensation in dem Zusammenhalt, der durch gemeinsame Teilnahme an Massenverbrechen geschaffen würde, und in wirtschaftlichen Vorteilen auf Kosten nicht-litauischer Gruppen (S. 510, 536 f., 1517). Während der erste Punkt zu diskutieren wäre, kann der zweite anhand der Wirtschaftspolitik und der Mobilisierung von Arbeitskräften demonstriert werden.

Es bestand ein allgemeiner Mangel an Arbeitskräften, der sich nach der Einsetzung von Fritz Sauckel als „Generalbevollmächtigtem für den Arbeitseinsatz“ im Jahr 1942 durch immer weitere Forderungen nach der Rekrutierung von Arbeitskräften für den „Reichseinsatz“ in Deutschland noch steigerte. In dieser problematischen Lage einigten sich deutsche und litauische Institutionen darauf, hauptsächlich Angehörige der polnischen und weißrussischen Minderheiten sowie russische Zwangsevakuierete heranzuziehen (S. 685, 690 f., 1520-1522). Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch der Hinweis Dieckmanns, dass die Deutschen die jüdische Ghettopolizei sowohl gegen Litauer als auch gegen Polen einsetzten (S. 712, 774). Auch bei der Verteilung von Lebensmitteln wandten die Deutschen rassistische Kriterien an: Juden, sowjetische Kriegsgefangene und russische Zwangsevakuierete standen an letzter Stelle. Nachdem die Aufstellung einer SS-Legion in Litauen im Unterschied zu Estland und Lettland gescheitert war, verschärfte sich die Gangart der Deutschen allerdings und es wurde weniger Rücksicht auf litauische Interessen genommen. Die litauische Seite, sei es die Kollaborationsregierung oder nicht-kommunistische Widerstandsgruppen, verlor nie die eigenen nationalstaatlichen Interessen aus den Augen, ebenso wenig – vor allem gegen Kriegsende –, dass sie zwei Feinden gegenüberstand. Mit dem Ende der deutschen Besatzung begann die zweite sowjetische Okkupationszeit.

Schon unmittelbar nach Kriegsbeginn setzten massive Ausschreitungen gegen Juden ein, zum Teil handelten dabei litauische Aktivisten selbstständig. Rasch trafen jedoch Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei ein, die Pogrome und Massenerschießungen organisierten und hierfür spezielle deutsche und litauische Mordeinheiten bildeten. Besonders berichtigt wurde das „Rollkommando Hamann“. Dieckmann beschreibt die Massenverbrechen im Detail, in allen Phasen und für alle Regionen Litauens, bis hinunter auf die Ebene kleiner Orte. Er zieht dabei alle verfügbaren Quellen heran, von offiziellen Dokumenten bis zu persönlichen Zeugnissen. Während das Ausmaß der Mordaktionen unterschiedlich sein konnte – in Plunge etwa war bereits Mitte Juli 1941 kein Jude mehr am Leben (S. 854) – ist insgesamt zu beobachten, dass zuerst Männer getötet wurden, dann Frauen und Kinder. Kleine Orte und das flache Land wurden von jüdischer Bevölkerung „gesäubert“ und einige größere Ghettos gebildet. Diese wurden periodisch verkleinert, die Bewohner selektiert, deportiert und ermordet. Eine solche „Große Aktion“ im Oktober 1941 in Kaunas beschreibt Dieckmann sehr eindrücklich anhand von Augenzeugenberichten (S. 951-958). Ein bemerkenswertes Detail dieser ersten Phase ist, dass deutsche Polizisten selbstständig über vereinfachte Methoden des Massenmords wie den Einsatz von Dynamit nachdachten (S. 858 f.). Bis Mitte November wurden etwa 150 000 Juden ermordet, mit Jahresende trat eine „Aussetzung der Morde“ ein (S. 1009).

Eine Beschreibung des Beginns der Massenmorde 1941 führt zu der immer noch kontrovers diskutierten Frage nach der Entschlussbildung zum Holocaust. Dieckmann vertritt die Ansicht, dass eine Ermordung aller Juden während des Krieges zunächst nicht geplant gewesen sei, sondern nur die von Männern, um durch die Ausschaltung des möglichen Widerstands und der sowjetischen Führungsschicht die Blitzkriegstrategie zu erleichtern (S. 1509 f.). Dabei weist er – für den heutigen Leser ist dies nützlich – darauf hin, dass die Sicherheitspolizei aufgrund ihres antisemitischen Wahns die sowjetischen Juden wirklich für gefährlich hielt (S. 413). Dieckmann geht von mündlichen Befehlen Heydrichs an die Sicherheitspolizei aus, eine Angabe von Zielvorstellungen die zur Selbstermächtigung geführt habe (S. 395, 1512 f.). Weiter nimmt er an, dass eine Entscheidung zum Massen-

mord spätestens im Juli gefallen sei (S. 924); die Quellen belegen, dass Mitte August alle Juden in die Mordaktionen einbezogen wurden (S. 804). Was der Grund für die Wahl des Zeitpunkts war, bleibt vage. Dieckmann sieht eine „Euphorie“ des Sieges, wie sie von einigen Historikern als Motiv angeführt wird, als nicht gegeben an (S. 924 f.). Er vertritt auch die Meinung, dass der Völkermord ohne Befehl Hitlers nicht vorstellbar sei (S. 924, 1513).

Verschiedene Dokumente weisen darauf hin, dass die Sicherheitspolizei den Massenmord beschleunigen wollte. Schon der Kommandeur der Sicherheitspolizei Jäger drückte in seinem oben erwähnten Bericht sein Bedauern darüber aus, dass er nicht alle habe „umlegen“ können (S. 1014). Eine Auseinandersetzung zwischen dem Gebietskommissar Gewecke und dem Führer der mobilen Mordeinheit Hamann zeigt, dass die Sicherheitspolizei ihre mündlichen Tötungsbefehle ausführen wollte, der Vertreter der Zivilverwaltung aber auf seiner politischen Führungsrolle und den wirtschaftlichen Interessen bestand. Der Fall wurde schließlich auf oberster Ebene, zwischen Reichskommissar Lohse und HSSPF Prützmann, erörtert und endete mit einem Rückzieher der Sicherheitspolizei (S. 837-840). Auch die Frage, wie das den Juden geraubte Eigentum verwertet werden solle, wurde zu Gunsten der Zivilverwaltung entschieden (S. 1034-1036); letztere war auch für die Organisation der Ghettos zuständig und strich den Gewinn aus jüdischer Zwangsarbeit ein. Dieckmann setzt ebenso wie andere Historiker die Bedeutung der Beteiligung von Einheimischen an der Beraubung von Juden sehr hoch an und sieht darin eine „Mitwirkung wesentlicher Teile der litauischen Gesellschaft an der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik“ (S. 1044). Hier wäre jedoch eine Differenzierung zwischen denjenigen angemessen, die gleich zu Beginn aus eigener Initiative ihre jüdischen Nachbarn ausplünderten, und anderen, die zu späterer Zeit auf öffentlichen Auktionen Gegenstände aus jüdischem Besitz kauften.

Das Leben in den Ghettos war geprägt von bedrückender Enge, Hunger und Zwangsarbeit, dazu kam die Unsicherheit, wie weit der Vernichtungswille der Deutschen ging. Dieckmann zitiert das Beispiel einer Frau, die sich aus einem Massengrab herausarbeiten konnte und ins Ghetto zurückkehrte, deren Berichten aber viele keinen Glauben schenkten (S. 979 f.). Dazu kamen Gesundheitsprobleme verschiedenster Art – das Verbot, Kinder zu gebären, stellte zum Beispiel das medizinische Personal vor schwierige ethische Fragen. Dieckmanns dichte Beschreibung enthält auch ungewöhnliche Vorkommnisse, so etwa die Rolle, die Jakob Gens spielte. Dieser war als Chef der jüdischen Polizei im Ghetto Vilnius gewillt, immer größere Teile der Ghettobevölkerung zu opfern, um einen anderen Teil zu retten. Bedenkenswert sind die divergierenden Meinungen verschiedener Chronisten des Ghettolebens hinsichtlich der Frage, ob und unter welchen Umständen musikalische Veranstaltungen im Ghetto angebracht seien (S. 1104 f.).

Im Frühjahr 1943 lebten noch 40 800 Juden in litauischen Ghettos. Dann ordnete Himmler in allen drei baltischen Generalbezirken die Umwandlung der Ghettos in Konzentrationslager an – gegen den Widerstand der Wehrmacht und der Zivilverwaltung, welche die kriegswirtschaftliche Produktion gefährdet sahen. Eine größere Anzahl von Menschen wurde in das KZ Vaivara in Estland zur Arbeit im Ölschieferabbau deportiert. Kaunas wurde das zentrale Konzentrationslager Litauens, die anderen Ghettos wurden als Nebenlager geführt. Mit dem deutschen Rückzug 1944 wurde zumindest ein Teil der jüdischen KZ-Insassen in andere Lager weiter im Westen gebracht. Dieckmann schätzt, dass von 200 000 Juden in Litauen 9 000 bis 10 000 überlebten (S. 1538).

Die zweitgrößte Opfergruppe waren sowjetische Kriegsgefangene, die in Litauen so wie andernorts unter deutscher Besatzung in Lagern verhungerten, obwohl zu dieser Zeit der Mangel an Arbeitskräften bereits deutlich wurde. Eine weitere Opfergruppe, über die relativ wenig publiziert ist, stellten russische Zwangsevakuierete dar, die im Verlauf des Rückzugs der deutschen Wehrmacht vom Landesinneren nach Westen gebracht wurden. Die Verfolgungsgeschichte von Roma in Litauen ist nur bruchstückhaft überliefert; hier war sich die deutsche Seite, ob Zivilverwaltung oder Kriminalpolizei, wie auch an anderen Orten unklar darüber, was mit „sesshaften“ oder „vagabundierenden“ Roma geschehen sollte. Dieckmann geht davon aus, dass 150 bis 200 von 1 000 Roma ermordet wurden (S. 1539). Als letzte Gruppe werden psychisch Kranke genannt; gegen Pläne zu deren Tötung bildete sich ein starker Konsens von Medizinern und Kirchenvertretern. Dieckmann sieht darin den Beweis, dass Widerspruch möglich war, und stellt die Frage, warum sich ein solcher Protest nicht auch für andere Gruppen erhob (S. 1399). Im Hinblick auf alle Opfergruppen stellt Dieckmann fest, dass Litauen in der „kurzen Zeit der deutschen Herrschaft zum Grab für über 400 000 Menschen“ wurde (S. 1541).

Dieses Buch war lange im Entstehen begriffen. Dass es schließlich erschien, wurde von der Fachwelt, die Rezensentin inbegriffen, erfreut zur Kenntnis genommen, da der Autor über großes Fachwissen sowie außergewöhnliche linguistische Kenntnisse verfügt und ein extensives Quellenstudium betrieben hat. Trotzdem sollte, gerade bei einem guten Buch, die Frage nach der erforderlichen Länge aufgeworfen werden. Die vorliegende Arbeit umfasst 1652 Seiten; Überlängen dieser Art sind gerade bei Büchern zum Thema Nationalsozialismus in den letzten Jahren immer wieder zu beobachten. Ist aber große Ausführlichkeit auch immer wissenschaftlicher Mehrwert?

Ruth Bettina Birn, Stuttgart

Björn M. Felder, Paul J. Weindling (Hrsg.): *Baltic Eugenics. Bio-Politics, Race and Nation in Interwar Estonia, Latvia and Lithuania 1918–1940*, Amsterdam u.a.: Rodopi 2013, 335 S.

Das Thema Eugenik im Baltikum vermittelt einen geeigneten Zugang zum Verständnis der Zwischenkriegszeit in den baltischen Ländern, weil sich in ihm verschiedene Bereiche überschneiden, die alle in hohem Maße für die Zeit charakteristisch und mit dem Begriff der Modernisierung verknüpft sind. Schon der Untertitel des Sammelbandes weist auf diese mehrdeutige Lesart und Interpretationsmöglichkeit hin, indem neben Eugenik auch „Rasse“ und „Nation“ als Schlüsselbegriffe der Epoche genannt werden. Darüber hinaus ist das Thema Eugenik im Baltikum nicht zuletzt auch deshalb lohnend, da sich das Baltikum an der Schnittstelle verschiedener eugenischer Lehren und Theorien befand. Während in Skandinavien und in schwächerem Maße auch in der Sowjetunion der soziale Aspekt im Vordergrund stand, bei dem vor allem das Gesundheits- und das Sozialsystem aufgegriffen wurde, waren die Einflüsse aus Deutschland sehr viel stärker rassistisch geprägt. Beide Richtungen waren im Baltikum vertreten, wie aus dem dritten Untertitel des Sammelbandes, aus dem Stichwort Biopolitik, hervorgeht. Auf Foucaults Arbeiten zurückgreifend, bezeichnet Biopolitik eine zentral gesteuerte staatliche Politik, in der eine biologisch-genetische Verbesserung der Gesamtbevölkerung angestrebt wird. Während neben anderen Rasse und Nation zentrale

Begriffe innerhalb des Diskurses über Eugenik sind, der in diesem Sammelband insbesondere mit Fokussierung auf einzelne Wissenschaftler behandelt wird, deutet der Begriff Biopolitik an, dass es nicht nur um theoretische Auseinandersetzungen geht, sondern auch um die Frage der praktischen Umsetzung. So entfaltet sich ein recht weites Themenfeld – räumlich bezogen auf die drei baltischen Staaten und ihre umliegenden Regionen: Sowjetunion, Deutschland und Schweden. Untergliedert ist der Sammelband in einen Abschnitt zu den baltischen Staaten mit zwei Aufsätzen zu Estland, drei Beiträgen zu Lettland und nur einem zu Litauen. Letzteres verweist sowohl auf die vergleichsweise geringere Bedeutung der Eugenik in Litauen als auch auf das hier noch bestehende Forschungsdesiderat. Im zweiten Abschnitt wird das Thema Eugenik im Baltikum in einem größeren geografischen Rahmen kontextualisiert.

Trotz der beträchtlichen Bedeutung des Themas für das Verständnis der Zwischenkriegszeit im Baltikum ist es verwunderlich, dass mit diesem Sammelband erstmalig Studien für diesen Zeitabschnitt gebündelt vorliegen. Die Gründe für das späte Interesse liegen zum einen darin, dass während der sowjetischen Periode eine Beschäftigung mit der Zwischenkriegszeit wenig populär war und die Eugenik insgesamt kein zentrales Thema darstellte. Zum anderen wird auch heute noch die Zwischenkriegszeit von der Geschichtswissenschaft weitestgehend vernachlässigt; wie Björn M. Felder treffend in der Einführung bemerkt, ist sie einem gewissen Schleier der Mystifizierung unterworfen. Auch werden problematische Aspekte – insbesondere der autoritären Regime – in den drei Staaten tendenziell eher verharmlost. Damit stellt die Zwischenkriegszeit einen kontrovers diskutierten Untersuchungszeitraum dar. Dies lässt sich auch in diesem Band belegen, in dem zwei Beiträge zur Eugenik in Lettland von Felder und Vladimirs Kuznecovs gegensätzliche Standpunkte aufweisen. Dass in diesem Band ein solcher Widerspruch offen dargelegt wird, ist der Publikation anzurechnen und ist als Plädoyer dafür zu deuten, dass weitere Forschungen und Diskussionen zum Thema wünschenswert wären. Darüber hinaus werden in zahlreichen Beiträgen gängige Narrative aufgehoben, u.a. dass die sowjetische Herrschaftsübernahme zu einem Ende eugenischer Konzepte und Politik geführt habe.

Hingegen fördert die thematische Offenheit gewisse Schwachpunkte des Sammelbandes zu Tage. Der Begriff Eugenik selbst wird beispielsweise erst im letzten Kapitel im Beitrag von Volker Roelcke und hier auch nur in Bezug auf seinen Aufsatz definiert. Sein Beitrag führt darüber hinaus instruktiv vor Augen, wie sehr zwar einerseits Deutschland das Zentrum eugenischen Denkens war, wie sehr aber andererseits auch über persönliche Netzwerke eugenische Ideen ihren Weg in andere Länder, etwa in die USA fanden. Eine ähnliche Funktion der Kontextualisierung erfüllt der Beitrag des Mitherausgebers Paul J. Weindling, der den weiteren geistesgeschichtlichen Rahmen der Eugenik zu ihrer spezifischen Ausformung im Baltikum in Beziehung setzt. Am weitesten vom eigentlichen Thema entfernt ist sicherlich der (gleichwohl lesenswerte) Aufsatz von Maciej Górny zu der Darstellung von nationalen Feindbildern in Ostmittel- und Mitteleuropa im und nach dem Ersten Weltkrieg. Geeigneter wäre an dieser Stelle jedoch eine Abhandlung zu Eugenik, eugenischer Praxis und ihren Verfechtern in Polen gewesen. Ähnliches ist zu dem Beitrag von Vsevolod Bashkuev zu sagen, dessen informative Darstellung über die Maßnahmen gegen Syphilis in Sibirien zwar ein geeignetes Beispiel für Modernisierungsversuche in der Sowjetunion auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik ist, doch waren diese aber eben nicht gegen soziale Unterschichten oder ethnische Minderheiten gerichtet, wie in anderen hier behandelten Bei-

spielen aufgezeigt wird, in denen einmal mehr die sowjetische Vorgehensweise im Bereich der Eugenik zur Anschauung kommt. Im Gegensatz dazu erschreckt die schwedische Politik, wo bis 1976 ein Sterilisationsgesetz Bestand hatte, und – wie Maija Runcis herausarbeitet – der überwältigende Teil der Opfer Frauen waren.

Was die Beiträge zu den baltischen Staaten selbst betrifft, so stellt die Sorge um die Vernichtung kleiner Nationen eine Art Leitmotiv innerhalb der Abhandlungen dar. Felder arbeitet überzeugend heraus, dass insbesondere der Diskurs über den „Rassewert“ der Esten, Letten und Litauer eine ebenso zentrale Rolle spielte, wenn hier der Beweis der Zugehörigkeit zur „Nordischen Rasse“ besonders angestrebt wurde. Für den baltischen Fall lässt sich das Verhältnis von sozialer und rassistischer Komponente in der Eugenik folgendermaßen generalisieren: Während die so genannte positive Eugenik vor allem das Ziel hatte, eine ethnisch reine „nordische Rasse“ von Esten, Letten oder Litauern zu erzeugen, verfolgte die so genannte negative Eugenik das Ziel, soziale Unterschichten an der Fortpflanzung zu hindern, wobei das typische Opfer von Sterilisationen sozial benachteiligt und weiblich war. Insgesamt sind für Estland in den Jahren 1937–1939 41 Fälle von Sterilisationen und für Lettland im Zeitraum 1938/39 63 Fälle belegbar. Während in Estland und Lettland also eugenische Gesetze unter den autoritären Regimen verabschiedet und Sterilisationen und Abtreibungen durchgeführt wurden, war die „eugenische Bewegung“ in Litauen deutlich schwächer. Hier bestand nur eine privat geführte Beratungsinitiative für Paare. Den Grund sehen Felder und Arūnas Germanivičius in der starken Position der Katholischen Kirche, gegen die auch ein grundsätzlich mit der Eugenik sympathisierender Antanas Smetona nicht eugenische Gesetze verabschieden können. Positiv hervorzuheben ist in diesem Abschnitt die Konzentration auf einzelne Akteure und ihre jeweiligen bildungsgeschichtlichen Hintergründe. Dabei werden vor allem die zentrale Rolle der Universität Jur'ev und (später) der einschlägigen Institutionen in München sowie des Kaiser-Wilhelm-Instituts in Berlin deutlich. Für Estland verweist Ken Kalling auf Hans Madisson, hinsichtlich Lettlands beschäftigt sich Björn M. Felder vor allem mit Jēkabs Prīmanis und für Litauen zeigen Felder und Germanivičius die Förderung eugenischen Denkens durch Juozas Blažys auf. Nur der Beitrag von Ineta Lipša zur gesellschaftlichen Akzeptanz von Verhütungsmitteln und Abtreibung in Lettland weitet den Fokus auf die moralischen Vorstellungen innerhalb der Öffentlichkeit aus. Evident wird, dass kurzzeitig erreichte Erfolge einer liberaleren Politik unter der Ulmanisherrschaft wieder rückgängig gemacht wurden.

Abschließend ist zu betonen, dass in dem Sammelband zweifelsohne ein zentrales Thema zum Verständnis der Zwischenkriegszeit aufgegriffen wurde und weiterhin kontroverse Aspekte berührt sowie Grundfakten zusammengetragen wurden. Wünschenswert wäre es aus Sicht des Rezensenten, die Zeit der deutschen Okkupation während des Zweiten Weltkrieges stärker mit einzubeziehen. Zwar wurden die Gewaltverbrechen, wie die Ermordung psychisch Kranker, von der deutschen Besatzungsverwaltung initiiert und waren daher von ebendieser zu verantworten, doch wäre es lohnenswert, mehr über die Tätigkeiten und Meinungen derjenigen baltischen Politiker zu erfahren, die sich bereits unter den autoritären Regimen für eugenische Konzepte einsetzten und unter der deutschen Besatzungsverwaltung die Möglichkeit erhielten, ihre Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Dies wird bedauerlicherweise in den Aufsätzen von Kalling und Kuznecovs ausgespart, in denen das Ende eugenischer Wissenschaft unter sowjetischer Herrschaft als eine weitere Greuelthat der Sowjets dargestellt wird. Eine solche Ausweitung des Untersuchungszeitraums wäre vor allem

im Hinblick auf den Umgang mit den slawischen Minderheiten vor dem Hintergrund der Rekrutierung von Zwangsarbeitern interessant. Auch die Suche nach lettischen und finno-ugrischen Bevölkerungsteilen im Inneren der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges und deren angestrebte Instrumentalisierung für eine großestnische oder großlettische Politik wären in diesem Zusammenhang ein wichtiges Thema, ist doch die deutsche Besatzungszeit als eine Art letztes Kapitel baltischer Eugenik zu verstehen, dessen genauere Untersuchung nachzutragen bleibt.

Tilman Plath, Greifswald

Tilman Plath: Zwischen Schonung und Menschenjagden. Arbeitseinsatzpolitik in den baltischen Generalbezirken des Reichskommissariats Ostland 1941–1944, Essen: Klartext Verlag 2012, 502 S.

Die baltischen Länder sind ein Beispiel dafür, wie unterschiedlich unfreiwillige Arbeit unter deutscher Besatzung im Osten Europas sein konnte: Die im öffentlichen Bewusstsein für Zwangsarbeit emblematisch gewordenen Deportationen von tausenden in Eisenbahnwaggons gepferchten Menschen kamen hier nur punktuell vor. Mit diesem Thema hat sich Tilman Plath im vorliegenden Buch beschäftigt und dafür die in Vilnius, Rīga und Tallinn befindlichen substantiellen Aktenbestände – besonders Hinterlassenschaften der deutschen Zivilverwaltung – ausgewertet.

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert: Zuerst werden die verschiedenen Akteure in der Arbeitseinsatzpolitik vorgestellt (S. 41-228), dann Mittel und Folgen dieser Politik mit „Perspektive auf die Betroffenen“ beschrieben (S. 229-450). Obwohl die Akteure alle dasselbe Ziel verfolgten – nämlich das Potential der besetzten Gebiete für die Interessen der deutschen Okkupation zu nutzen –, vertraten sie doch auch unterschiedliche Positionen. Am wichtigsten war die Zivilverwaltung, ihr oblag sowohl Planung als auch praktische Durchführung von Arbeit im Rahmen einer gelenkten Wirtschaft. Aber schon intern bestanden verschiedenartige Interessen: Die Wirtschaftsabteilungen wollten die Gebiete maximal ausbeuten, die Politischen Abteilungen dagegen ihre Regierbarkeit gewährleisten. Plath konstatiert einen „Gegensatz von wirtschaftlicher Ausbeutung und politischem Nutzen“ (S. 79). Mit der Einsetzung von Fritz Sauckel als „Generalbevollmächtigtem für den Arbeitseinsatz“ 1942 kam ein weiterer Problemfaktor hinzu: Sauckel wollte die größtmögliche Menge von Arbeitskräften aus den besetzten Gebieten für den „Reichseinsatz“ herausholen, die Arbeitsbehörden im „Reichskommissariat Ostland“ (RKO) waren dagegen für das Funktionieren der eigenen Wirtschaft, darunter auch kriegswichtige Betriebe, verantwortlich. Eine wieder andere Komponente deutscher Politik waren rassenideologische Zielsetzungen, die einen Teil der Planungen für eine zukünftige Gestaltung Osteuropas und den Platz der baltischen Staaten darin bildeten. Dabei wurde der „rassische Wert“ der verschiedenen Bevölkerungen unterschiedlich eingeschätzt: Die Esten standen auf dem ersten Platz, dann folgten die Letten und die Litauer. Auch dies hatte Einfluss auf die Arbeitseinsatzpolitik. Plath weist auf das Ziel hin, eine „ethnisch einheitliche Bevölkerungsstruktur“ zu schaffen (S. 98), was durch Deportation zur Zwangsarbeit gefördert werden konnte (S. 93). Zukunftsplanungen fanden auf oberster Ebene in Berlin oder Rīga statt. Plath sieht einen Gegensatz zwischen oberen und unteren Ebenen und konstatiert, dass die unteren Verwaltungsbehörden zielorientierter

und pragmatischer waren (S. 99 f., 103 f.). Diese seien auch bereit gewesen, vom „deutschen ‚Herrenmenschengestus‘ abzurücken“ (S. 101). Letzterem wird man in dieser allgemeinen Form nicht zustimmen können; hier muss berücksichtigt werden, um welche Personen es sich jeweils handelte.

Die deutsche Verwaltung in den drei baltischen Staaten war als „Aufsichtsverwaltung“ (S. 183) konzipiert, der Unterbau bestand aus landeseigenen Verwaltungen, deren Exponenten in jedem „Generalkommissariat“ andere Bezeichnungen trugen. Für die Deutschen war die Kooperation mit der landeseigenen Verwaltung schon aus Mangel an eigenem Personal unerlässlich; dies verschaffte letzterer Handlungsspielräume, insbesondere zur Verringerung des „Reichseinsatzes“ in Deutschland (S. 224-228). Plath weist darauf hin, dass einheimische Beamte auf der unteren Ebene meist noch aus der Zeit der unabhängigen Republiken stammten (S. 225) und nimmt an, dass jene deshalb zu widerständigerem Verhalten neigten.

Ein weiterer Akteur war die Wehrmacht, die sowohl Interesse an der Produktion kriegswirtschaftlich notwendiger Güter und der Gestellung von Hilfstruppen („HiWis“ und „Panjefahrer“, S. 149) hatte, als auch einen Zugriff auf Arbeitskräfte in Gestalt von Kriegsgefangenen. Diese Verfügungsgewalt war allerdings beschnitten durch die „Planungshoheit der Arbeitsämter“ (S. 142 f.).

Schließlich sind SS und Polizeidienststellen zu nennen. Ihre Aufgabe war es, als Inhaber der Exekutivgewalt Arbeitsverpflichtungen zu erzwingen und die Lager zu betreiben, in denen Arbeitsverweigerer bestraft wurden, sowie Konzentrationslager, in denen Zwangsarbeit stattfand. Auch hier bestand eine Aufsichtsverwaltung, die zahlenmäßig größere Basis wurde aus landeseigenen Kräften gebildet. In den entsprechenden Kapiteln wird deutlich, dass der Autor die korrekte Terminologie nicht immer sicher beherrscht. „Polizeiorgane“ wird zum Teil synonym mit „Sicherheitspolizei“ verwendet, sogar mit „SS“, und die jeweiligen Zuständigkeiten werden nicht richtig definiert (Beispiele auf S. 123, 404, 422, 430).

In den Kapiteln zur faktischen Umsetzung der Arbeitseinsatzpolitik arbeitet Plath mit zwei Parametern. Er unterscheidet zwischen Bevölkerungsgruppen – Mehrheitsbevölkerung, slawischen Minderheiten, Juden, Roma und Sondergruppen – und beschreibt die Folgen für die Betroffenen jeweils chronologisch. Dabei ist zunächst der zunehmende Mangel an Arbeitskräften zu beobachten. Während es 1941 teilweise noch Arbeitslosigkeit gab, verschärfte sich die Mangellage spätestens 1942 durch wachsende Anforderungen von Arbeitskräften für die Kriegs- und sonstige Produktion und von Männern für die Waffen-SS, Schutzmannschaften und andere Einheiten. Parallel zu dem Mangel steigerten sich die Zwangsmaßnahmen bis 1943 zum Versuch der „totalen Erfassung“ (S. 290). Zugleich nahmen Ineffizienz und Kontrollverlust zu (S. 291). Eine zweite Entwicklungslinie betrifft die Stimmung der einheimischen Bevölkerung. Diese war 1941 verbreitet positiv, wurde jedoch 1942 aufgrund der deutschen Zwangsmaßnahmen und der schlechten Versorgungslage zunehmend negativ. 1943/44 zeitigte die Erkenntnis, dass die Deutschen den Krieg nicht gewinnen würden, zwei gegensätzliche Reaktionen: zum Teil weitere Verweigerung und Abwarten auf das Kriegsende, in anderen Regionen – angesichts der Gefahr einer zweiten sowjetischen Besetzung – erneute Bereitschaft zur Kooperation mit den Deutschen.

Die Auswirkungen der Arbeitseinsatzpolitik auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen waren sehr unterschiedlich: Die Mehrheitsbevölkerung blieb vom „Reichseinsatz“, also der Deportation zur Zwangsarbeit in Deutschland, verschont. Dagegen wurden slawische Minderheiten in Lettgallen und im Wilna-Gebiet als Zwangsarbeiter nach Deutschland geschafft.

Dazu kamen ab 1943/44 auch Russen, die im Zuge des deutschen Rückzugs zwangsevakuert worden waren. Auf Grund unterschiedlicher Intentionen kam es zu einem Zusammenwirken von deutschen und landeseigenen Institutionen mit dem Ziel, die Forderungen Sauckels abzuwehren und keine Arbeitskräfte außer Landes zu bringen. Eine Rechtfertigung hierfür bot die Bedeutung der „Organisation Todt“ und einiger Produktionsstätten im RKO sowie die Wichtigkeit der Werbung für spätere Aushebungen von SS-Divisionen in Estland und Lettland. Dazu kam eine rassistisch grundierte negative Einstellung sowohl der deutschen als auch der landeseigenen Behörden gegenüber slawischen Gruppen. (Man kennt diese Haltung von landeseigenen Behörden auch in anderen Bereichen, wie dem Umgang mit freigelassenen ukrainischen Kriegsgefangenen.) In Litauen scheiterte die Aufstellung von Waffen-SS-Einheiten, was die Vorurteile der deutschen Seite hinsichtlich einer Minderwertigkeit der Litauer weiter nährte und zu härteren Methoden der Arbeitseinsatzpolitik führte.

Wie schon häufiger dargestellt, geht die Vernichtungspolitik gegen Juden über den Rahmen der Arbeitseinsatzpolitik hinaus, da sie zwar zeitweise den Bedürfnissen des Arbeitseinsatzes folgte, der absolute Vernichtungswille aber immer im Hintergrund stand. Nach einer ersten Welle von Massenmorden im ganzen Baltikum durch die Sicherheitspolizei und ihre Helfer folgten in Lettland und Litauen Ghettoisierungsphasen, in denen die Zivilverwaltung Arbeit organisierte. 1943 kam der Befehl Himmlers, alle Ghettos aufzulösen und die Arbeitsfähigen in Konzentrationslager zu schaffen. Kriegswirtschaftlich gesehen, war hier das KZ Vaivara wichtig, das der Ölschiefergewinnung durch die „Baltöl“ in Estland diente. (Plath weist mehrfach auf die Wichtigkeit der Baltöl hin, so auf S. 167. Es verwundert deshalb, dass er deren Aktenhinterlassenschaften in Tallinn nicht konsultiert hat.) Auch bei der Verfolgungsgeschichte der Roma ist der Arbeitseinsatz nur ein Nebenaspekt. Plaths Kapitel über die Roma befindet sich allerdings nicht ganz auf der Höhe der Forschung.

Das Buch weist gewisse Schwächen im Umgang mit strukturellen Fragen auf, wobei oft der arbeitspolitische Aspekt überbetont wird. Das zeigt sich zum Beispiel in der Annahme, dass die Sicherheitspolizei aufgrund eigener wirtschaftlicher Interessen möglichst viele Arbeitskräfte in ihren Lagern habe konzentrieren wollen (Beispiele auf S. 113, 117 f., 123). Dies war nicht der Fall; die von der Sicherheitspolizei betriebenen Lager im Baltikum dienten vornehmlich als Repressionsinstrumente und nicht der wirtschaftlichen Produktion. Die Sicherheitspolizei errichtete überall in ihrem Einflussgebiet Lager, die denselben Zielen dienten, aber die verschiedensten Bezeichnungen trugen (in Lettland zum Beispiel „Ersatzgefängnis“). Die für Estland ab 1942 verwendete Bezeichnung „Arbeitserziehungslager“ (AEL) ist irreführend, weil diese Lager nicht den AEL im Reich entsprachen und der Begriff vom zuständigen Kommandeur der Sicherheitspolizei nur gewählt wurde, um sie dem Einfluss des SS-Wirtschafters/WVHA zu entziehen. Plath weist zwar am Ende eines Abschnitts (S. 122) auf diesen Umstand hin, bezieht ihn aber nicht in seine vorangehende Analyse ein. Ebenso zielten Partisanenaktionen auf die Bekämpfung von Partisanen und die Unterdrückung von Widerstand, auch wenn im Verlauf dieser Aktionen zunehmend die Zivilbevölkerung festgenommen und zur Zwangsarbeit deportiert wurde.

Trotz dieser Mängel stellt Plaths Arbeit einen interessanten neuen Beitrag zur Forschung dar, insbesondere aufgrund der erheblichen Quellenforschung, die der Autor betrieben hat.

Ruth Bettina Birn, Stuttgart

Anna Moskal: Im Spannungsfeld von Region und Nation. Die Polonisierung der Stadt Posen nach 1918 und 1945, Wiesbaden: Harrassowitz 2013, XIV, 298 S.

Als Alfred Döblin im Spätherbst 1924 Polen bereiste, steuerte er zunächst die Hauptstadt Warschau an. Dann besuchte er wie selbstverständlich auch fast alle anderen bedeutenden städtischen Zentren des neuen Staates, von Wilno über Lublin und Krakau bis nach Łódź. Nur im ehemals preußisch-deutschen Posen – jetzt Poznań – stieg er nicht aus dem Zug. Ob der gebürtige Stettiner Döblin diese Station bewusst mied, wissen wir nicht; vielleicht verortete er die erst seit Kurzem nicht mehr zum Deutschen Reich gehörige Stadt mental noch nicht in Polen und räumte ihr deshalb keinen Platz in seinem Reisebericht ein. Dies würde zu Anna Moskals Beobachtung passen, dass Posen in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg nicht sogleich als polnische Stadt wahrgenommen worden sei (S. 81). Nicht nur im Ausland, selbst innerhalb Polens habe sie um Anerkennung kämpfen müssen, weil sie wegen ihrer früheren Zugehörigkeit zu Preußen und der „anderen“ Mentalität ihrer Bewohner mitunter misstrauisch beäugt worden sei (S. 34-37).

Als Charakteristika dieser Mentalität – der in der Zweiten Polnischen Republik populäre Essayist Stanisław Wasylewski sprach von „angeborenen Vorzügen des großpolnischen Typus, die in den Grenzen des Posener Teilgebiets hervorgetreten“ seien – galten „Disziplin, Wirtschaftlichkeit, Pünktlichkeit und die Fähigkeit, im Team zu arbeiten“. Alles Dinge, durch die sich die Bewohner Galiziens und Kongresspolens eher nicht auszeichneten.¹ Gestützt auf eine Anzahl ähnlicher, teils noch in jüngster Zeit gefallener Äußerungen, die sowohl die Fremd- als auch die Selbstwahrnehmung der Posener wiedergeben, sieht auch Moskal die Existenz einer spezifischen Posener Mentalität als erwiesen an (S. 2, 28). Nicht vollends erhellen lässt sich dabei offenbar, welche Prägekraft die mit der zweiten Teilung Polens installierte preußische Herrschaft über die Region in dieser Hinsicht entfaltete.

Diese Besonderheit Posens war für die Autorin der vorliegenden, inzwischen schon mehrfach rezensierten Studie ein Anreiz,² diachron vergleichend die Polonisierung zu betrachten, die sich in der Stadt nach 1918 und nach 1945 vollzog. Moskal versteht darunter Prozesse, die sowohl „horizontal“ im Verhältnis verschiedener Bevölkerungsgruppen zueinander und im Umgang mit dem jeweiligen Kulturerbe in der Stadt abliefen, als auch „vertikal“ zwischen der Kommune und den ihr übergeordneten Verwaltungsebenen (S. 6). Die Schlusspunkte für ihre auf das jeweils erste Jahrzehnt nach den beiden Herrschaftswechseln von 1918/19 bzw. 1944/45 fokussierten Betrachtungen setzt sie bei der Allgemeinen Landesausstellung von 1929 bzw. bei dem in Posen zuerst ausgebrochenen Aufstand von 1956 an, so dass sie die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen zwar nur summarisch, aber ihrem Ansatz angemessen erfasst.

1 Stanisław Wasylewski: *Różnice dzielnicowe i Niemcy na ziemiach naszych* [Unterschiede zwischen den Teilgebieten und die Deutschen in unserem Land], in: Ders.: *Życie polskie w XIX wieku*, hrsg. von Janusz Tazbir, Warszawa 2008, S. 303-314, hier: S. 303.

2 Vgl. Jonas Grygier: Rezension zu Anna Moskal, *Im Spannungsfeld von Region und Nation. Die Polonisierung der Stadt Posen nach 1918 und 1945*, Wiesbaden 2013, in: <https://www.pol-int.org/de/publikationen/die-polonisierung-der-stadt-poses-nach-1918-und-1945-im#r678> [letzter Zugriff: 16.7.2014]; ferner Peter Oliver Loew, in: *H-Soz-Kult*, 08.10.2014, sowie Agnieszka Zabłocka-Kos, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 64 (2015), H. 1, S. 126-129.

Die oft untersuchte politische Auseinandersetzung zwischen dem polnischen Staat und seiner nach dem Ersten Weltkrieg allmählich abwandernden bzw. am Ende des Zweiten Weltkriegs die Flucht ergreifenden deutschen Minderheit lässt Moskal dabei in den Hintergrund treten. Vor diesem Hintergrund entwickelt sie indes ihre Überlegungen zu der – nur in zweiter Linie materiell zu verstehenden – Aneignung deutschen Kulturerbes durch die Verwaltung und Bevölkerung der Stadt Posen. Diese Aneignung vollzog sich nach beiden Kriegen stets auch in Auseinandersetzung mit der jeweiligen polnischen Staatsgewalt in Warschau. Auf diesem Weg will die Autorin zeigen, dass es eben nicht nur – und vielleicht nicht einmal in erster Linie – die deutsch-polnischen Beziehungen waren, welche die Polonisierungsprozesse entscheidend bestimmten, sondern auch innerpolnische Gegebenheiten, Konflikte und Rivalitäten. Ihre Akteure sind neben der Posener Stadtregierung und -verwaltung die Lokalpresse, aber auch staatliche Behörden wie etwa das Ministerium für das ehemalige preußische Teilungsgebiet.

Die im Rahmen eines internationalen Forschungsprojekts entstandene Arbeit ist interdisziplinär angelegt und soll – dies liest sich etwas atemberaubend – neben kultur-, rechts-, kunst- und architekturhistorischen Aspekten auch soziologische Gesichtspunkte berücksichtigen, um so ein Gesamtbild der Stadt, ihrer Identität und ihres Erscheinungsbildes vor dem Hintergrund geografischer und politischer Zusammenhänge aufzuzeigen (S. 16). Konkret untersucht Moskal ausgewählte „Institutionen“, die im urbanen Raum Posen prominent sichtbar waren und Funktionen erfüllten, denen sowohl die deutsche als auch die polnische Seite eine zentrale Bedeutung bei der Durchsetzung und Außendarstellung ihrer jeweiligen nationalen Interessen beimaßen (S. 8). An ihnen illustriert die Verfasserin, wie die zweimalige Übernahme von vormals deutschen Trägern auch personell vonstattenging und welche neuen Inhalte die polnische Seite diesen Institutionen zuwies. Gänzlich neue bauliche Formen gaben die Posener Polen vormals preußisch-deutschen Objekten nur selten, etwa wenn sie starke Kriegszerstörungen aufwiesen. In voll funktionstüchtigen, technisch auf dem neuesten Stand befindlichen Gebäuden wurde meist nur solche Ausstattung ausgewechselt, die eindeutig mit Fremdherrschaft assoziiert wurde.

Als Untersuchungsobjekte hat Moskal sich die Posener Messe ausgesucht, wodurch sie bei all den schon genannten Aspekten ihrer Studie noch einen ökonomischen Akzent setzt, ferner aus dem kulturellen Bereich das aus dem Opernhaus hervorgegangene „Große Theater“ und schließlich die konfessionellen Friedhöfe der Stadt. Die Grabstätten, die im Zuge von Modernisierungsplanungen allmählich in städtische Grünflächen umgewandelt wurden, scheinen auf Anhieb nur bedingt zu den beiden erstgenannten zu passen, doch lassen auch sie sich wohl als ein Gesamtkomplex ansehen, der nicht nur Stadtverwaltung und Bevölkerung, sondern auch die jeweiligen Kirchengemeinden zu entsprechenden Debatten über Ziel und Mittel der Polonisierungsbemühungen veranlasste. Wie schon andernorts bemerkt wurde, bietet Moskal in diesen drei Hauptteilen ihrer Arbeit solide Darstellungen von Teilaspekten der Posener Stadtgeschichte, aber auch eine luzide Analyse der facettenreichen Polonisierung Posens. Sie kann insbesondere zeigen, dass der Abwurf preußisch-deutschen „Ballasts“ kein alles entscheidendes Motiv der Posener Stadtregierung und auch nicht in der öffentlichen Debatte war; bemerkenswert sind vielmehr die von ihr nachgewiesenen stadtplanerischen Kontinuitäten. Es ging in hohem Maße um die Behauptung einer politisch, wirtschaftlich und kulturell möglichst selbstständigen Position innerhalb des polnischen Staates – sowohl der Zweiten als auch der Volksrepublik – sowie um die Außendar-

stellung Posens als einer zivilisatorisch auf „europäischem“ Niveau stehenden Stadt. Wenn die Übernahme des preußisch-deutschen Erbes dabei helfen konnte, erfolgte sie auch weitgehend mühelos. „Nationale“ Argumentationsmuster wurden dabei, so scheint es, oft eher instrumentalisiert als um ihrer selbst willen vorgetragen.

Gewiss hat diese insgesamt gut lesbare Arbeit auch ihre kleinen Schwächen; dem Rezensenten sind hie und da vor allem formale Optimierungsmöglichkeiten aufgefallen, die den Gesamteindruck indes nicht nachhaltig trüben. In anderen Besprechungen vorgetragene Einwände, dass das theoretische Gerüst der Arbeit nicht alle gewählten Beispiele immer gleichermaßen gut trage oder dass es vielleicht noch zentralere Orte in der Stadt gebe, die Moskal hätte berücksichtigen können, um zu einem vollständigen Bild zu gelangen, sind in der Sache wohl berechtigt. Sie zeigen aber letztlich nur, dass mit einer Dissertation eher selten schon das allerletzte Wort zu einem Thema gesprochen ist. Für alle diejenigen, die zu Posen/Poznań forschen, ist das keine schlechte Nachricht, und Anna Moskals Buch allemal ein hilfreiches.

Pascal Trees, München

Ulrich Schmid (Hrsg.): Schwert, Kreuz und Adler. Die Ästhetik des nationalistischen Diskurses in Polen (1926–1939). Unter Mitwirkung von Isabelle Vonlanthen und Sabina Schaffner, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 2014. 584 S., Abb.

Zum polnischen Nationalismus in der Zwischenkriegszeit sind in den vergangenen Jahren einige bemerkenswerte deutschsprachige Publikationen erschienen. Hervorzuheben ist Stephanie Zlochs unter Betreuung von Heinrich August Winkler entstandene, 2010 veröffentlichte Dissertation, deren Ausgriff auf „Politik und Gesellschaft zwischen den beiden Weltkriegen“ (so der Untertitel der Arbeit) anerkennend, aber auch kritisch kommentiert wurde. So bemerkte Peter Oliver Loew in seiner Rezension (sehepunkte 12/2012, 11) neben der zentralistischen, auf Warschau als Austragungsort nationalistischer Debatten bezogenen Perspektive der Arbeit die geringe Berücksichtigung der „Imagination oder Legitimierung von Nation in Literatur, Kunst oder Musik“. Genau dieser Thematik widmete sich Isabelle Vonlanthen in ihrer zwei Jahre später veröffentlichten, unter Betreuung von Rolf Fieguth angefertigten Dissertation „Dichten für das Vaterland“ über „national engagierte Lyrik und Publizistik in Polen 1926–1939“. Vonlanthen hat wesentlichen Anteil an der hier zu besprechenden, parallel in polnischer Sprache in Warschau unter dem Titel „Estetyka dyskursu nacjonalistycznego w Polsce 1926–1939“ erschienenen Publikation. Sie ist nicht nur an sämtlichen unter Abteilung III „Nationalismus und literarische Ästhetik“ versammelten Beiträgen als Koautorin beteiligt, sondern hat auch umfassend an der Übersetzung polnischer Texte, darunter sowohl die Aufsätze der polnischen Autoren als auch die Biogramme aus Abteilung VI „Anhang“, ins Deutsche mitgewirkt. Leitlinien und theoretisch-methodologische Prämissen des Buches stammen freilich von Ulrich Schmid selbst, der sich seit vielen Jahren mit dem Phänomen des Nationalismus im Osten Europas befasst und mit vorliegendem Buch in die einschlägige Lücke zwischen Geschichts- und Literaturwissenschaft zielt, fehlt doch, wie im Vorwort konstatiert, „eine umfassende kulturwissenschaftliche Darstellung der Zweiten Republik in den 1930er Jahren“ (S. 9) – eine Einschätzung, die man freilich nicht nur auf dieses Jahrzehnt beziehen möchte.

Anders als im Klappentext mitgeteilt, bietet das Buch keine „Studie zum Faschismus in Polen“. Zwar waren über die Rezeption etwa des italienischen Faschismus hinaus gerade auch nach 1926 in Polen grundlegende Fragen des nationalen Selbstverständnisses diskursleitend; mehrheitlich waren sie jedoch nicht mit der Empfehlung verbunden, faschistische Konzeptionen zu übernehmen. Dagegen sprachen schon die teils unübersichtlichen Lagerbildungen auf beiden Seiten des politischen Spielfeldes, auf dem die Anhänger Piłsudskis und Dmowskis um die Gestaltungshoheit in der fragilen Zweiten Republik rangen. Insofern trägt Schmid's Skizzierung faschistischer Ästhetik in Italien und Deutschland weniger zur Klärung des polnischen Falles bei, wo sich allenfalls „isolierte faschistoide Elemente“ (S. 26) zeigten, als das sich daran anschließende methodische Hauptgerüst des Buches: Im Kapitel „Nation als Diskurskategorie: Narrative Organisation von Zeit, Raum, Körper und Gesellschaft“ (S. 29-63) verankert Schmid die vier Kategorien von Zeit (als „Großnarrativ von Ursprung und Bestimmung“, S. 30), Raum (als im nationalistischen Sinn stets „knapp bemessenes Gut“, S. 36), Körper (als „metaphorische Darstellung eines kollektiven nationalen Leibes“, S. 50) und Gesellschaft (als „soziale Bindekraft der Nation“, S. 57) zur Analyse der ästhetischen Dimensionen des polnischen Nationalismus. Leider folgt der Aufbau des Buches diesem stringenten und sachkundig präsentierten Konzept nur begrenzt: Auf Abschnitt I zu „Methode und Begriffsklärung“ folgen zunächst in Abschnitt II „Der nationalistische Diskurs – Institutionen und ideologische Positionen“ ausführliche Erläuterungen zu Nationskonzepten in der Zweiten Republik allgemein (Schmid), zur Rezeption von Faschismus und Nationalsozialismus (Pascal Trees), zu katholischer Kirche und „jüdischer Frage“ (Monika Bednarczuk) sowie zu Geschlechts- und Identitätsfragen (Sabina Schaffner). Dem Leser wird hier so manches (bekannte) Grundlegende etwa über den mehrfach unterbrochenen und wieder aufgenommenen Flirt zwischen Kirchenführern und Nationalisten, über die „Matka Polka“ oder das Pressewesen vorgestellt; die strikt durchgehaltene Struktur des Sammelbandes mit Einzelaufsätzen mindert dabei ein wenig jenen Kohärenzeffekt, den die vier eingangs gebotenen Leitkategorien erhoffen ließen. Redundanzen und, man möchte sagen, unerwartete Resonanzen sind insofern fast zwangsläufig festzustellen, wenn etwa der sehr aufschlussreiche „Fall“ Kazimiera Hłakowiczówna in Schaffners Beitrag aus Abschnitt II nur angerissen, in Abschnitt III über „Nationalismus und literarische Ästhetik“ dann ausführlich mit detaillierten Textanalysen aufbereitet wird. Der Herausgeber hätte insofern zum bereits erworbenen Lorbeer des gediegenen Stilisten noch jenen des systematisch Sammelnden und Ordnenen erwerben können, zumal er ja auch im genannten Abschnitt III bei sämtlichen Aufsätzen als Mitautor firmiert. Die unter diesem Abschnitt gebrachten Beiträge zeichnen sich durch eine Fülle aufschlussreicher Beispiele und Modellanalysen aus. Zur literarischen Mythisierung der Zeit in nationalistischen Texten, etwa in Jerzy Piłkiewicz' Poem „Wyzwolone mity“ von 1937, ist allerdings in Vonlanthens Dissertation, in der auch über Konstanty Dobrzyński gehandelt wird, auf den Seiten 252-272 Ähnliches zu lesen gewesen, wiewohl nun die raumzeitlichen Äußerungsformen deutlich konsequenter als Orientierungspunkte der Textanalyse und -interpretation wahrgenommen werden.

Wie stark die territorial-regionale Differenzierung bei der „literarischen Aneignung des polnischen Raums“ in der Zwischenkriegszeit ausgefallen ist, zeigen Vonlanthen und Schmid an den Fallbeispielen der Kresy, Masurens (vgl. S. 249), Schlesiens und nicht zuletzt auch am Paradigma des bekannten sarmatischen Antiurbanismus. Ergänzt durch Schaffner, prä-

sentieren sie sodann exemplarische Ausprägungen der symbolischen Verkörperung der Nation, deren wirkungsvollste wohl im Körper des Marschalls selbst bestand. Vonlanthen, Schmid und Stefan Guth schließlich unternehmen es, in der Untersuchung nationalistischer Autorkonzeptionen vor dem Hintergrund der „Volksgemeinschaft“ mit ihren klar definierten Feindbildern den Schriftsteller als engagierten „Volkserzieher“ zu identifizieren.

Eine gelungene und bereichernde weitere Perspektive auf die nationalistische Ästhetik der Zwischenkriegszeit bieten die in Abschnitt IV über „Kunst als nationales Projekt“ versammelten Beiträge. Skulptur, Architektur und Malerei werden in den Aufsätzen von Joanna M. Sosnowska, Marek Czapelski und Iwona Luba auf ihre nationalistische Dienstbarmachung befragt; exemplarisch können hierfür sicher die gestalterischen Auftragsarbeiten der Lukasbruderschaft unter Tadeusz Pruszkowski in den polnischen Transatlantikschißen „Piłsudski“ und „Batory“ sowie bei den polnischen Ausstellungspavillons 1937 und 1939 stehen. „Nationalkunst“ in einer weitaus exzentrischeren Form projektierte Stanisław Szukalski: Lechosław Lameński behandelt an diesem Einzelgänger, dessen Karriere hauptsächlich in den USA verlief, ein besonders markantes Beispiel für die ästhetische Überhöhung nationalistischer Vorstellungen jenseits gesellschaftlicher oder politischer Umsetzbarkeit. Kaum einem nationalistischen Schriftsteller dürfte ein so hohes Provokationspotential zu Gebote gestanden haben wie Stach z Warty Szukalski und seinem „Szczep Rogate Serce“ – es wäre sehr interessant, über wechselseitige Reaktionen etwa auch zwischen schreibenden und bildenden Künstlern in der erhitzten Atmosphäre gerade der 1930er Jahre mehr zu erfahren.

Abschnitt V als „Zusammenfassung“ besteht aus vier je wenige Seiten umfassenden Texten von Schmid, der damit auf acht Einzelbeiträge sowie vier Sammelbeiträge in dem von ihm herausgegebenen Buch kommt. „Schwert, Kreuz und Adler“ – eine konkrete Erläuterung des Obertitels ist nicht zu finden – könnte man insofern auch als erweiterte Monografie auffassen; dagegen sprechen freilich die zahlreichen Beiträge insbesondere aus Polen sowie der beachtliche Anhang mit einer Zusammenstellung und Kurzbeschreibung wichtiger Zeitungen und Zeitschriften sowie einer Vielzahl von Biogrammen. Hierbei überrascht die Positionierung der „Wiadomości Literackie“ gleich an erster Stelle (S. 447), waren doch ausgerechnet die Skamandriten und ihr Hausblatt sicherlich am wenigsten nationalistischen Denkens verdächtig. Hingegen fehlt in dieser Auflistung ausgerechnet mit dem „Polski Merkuryusz Ordynaryjny“ jenes Blatt, dessen Titelseite gleich sechsmal zu – sehr treffenden – Illustrationszwecken genutzt wird. Unter den ca. 60 Biogrammen finden sich sowohl solche von bekannten Figuren wie der wohl weniger nationalistisch gesinnten Zofia Nałkowska als auch solche von weniger bedeutenden aus dem nationalistischen Lager, die geradezu exemplarische Lebensläufe aufweisen. Jędrzej Giertych ist vertreten, Roman Dmowski hingegen nicht, was trotz des Verzichts der Verantwortlichen auf repräsentative Geltung der Zusammenstellung verwundert. Bei den Übersetzungen insbesondere der Biogramme ist das eine oder andere vermeidbare Missgeschick unterlaufen – so wurde Józef Aleksander Gałuszka bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs wohl eher nicht in die „australische Armee“ eingezogen (S. 483), dürfte Alfred Łaszowski kein „Roman-Dyptichon“ verfasst haben (S. 499), hatte vermutlich weder der RNR „Schlagtruppen“ (S. 512) noch die KN „Kader-Schlagbataillons“ (S. 513), war Maria Rodziewiczówna nicht verantwortlich für die „missionarische Tätigkeit“ von Ordensschwestern (S. 527), ist Rostworowskis Text „Zmartwychwstanie“ hinreichend als „Auferstehung“ und nicht wortwörtlich als „Auferstehung von den Toten“ zu

übersetzen (S. 529), ist die „prasa gadzinowa“ gewiss nicht angemessen mit „Otterngezücht-Zeitungen“ wiederzugeben (S. 532), sind die „obwiepolacy“ keine „Quasipolen“ (S. 533), ist ein „szczep“ kaum ein „Wappen“ (S. 536), sind „Hetmani“ keine „Hetmänner“ (S. 549) und ist die PAU nur mit ähnlicher sprachlicher Verrenkung eine „Polnische Akademie des Könnens“ (S. 552).

Besonders an Bolesław Piaseckis Biogramm wird deutlich, dass die politikgeschichtlich stabil legitimierte Konzentration auf die Jahre 1926–1939 bei der Erschließung und Rekonstruktion des polnischen Nationalismus in dessen ideologischer, aber auch ästhetischer Dimension zu Verkürzungen führen muss. So wie Piasecki eine muntere Karriere in der PRL gemacht hat, so vertreten auch ein Gałczyński, selbst ein Miłosz – die in dieser Darstellung zumindest phasenweise in nationalistischen Denkhorizonten der Erwähnung wert gewesen sind – nach 1939 und natürlich besonders nach 1945 die ästhetisch-literarische Entwicklung Polens aus der Zwischen- in die Nachkriegszeit hinein. Wie relevant diese Kontinuitätslinien sind, bemerkt Schmid selbst anlässlich seines Verweises auf den romantisch-nationalistischen *backlash* infolge der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (S. 10). Das Buch ist gerade unter diesem Blickpunkt als wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer tatsächlich kulturwissenschaftlich-integrativen Erforschung und Darstellung polnischer Geistesgeschichte zu betrachten. Der gleichsam modulartige Aufbau des Sammelwerkes (dem auch ein Personen- und Ortsregister spendiert wurden) ermöglicht nicht zuletzt eine gewiss sehr fruchtbare Verwendung in der akademischen Lehre; bei aller vorgebrachten Kritik vermögen Ulrich Schmid und seine Mitautoren in diesem doch sehr reichhaltigen und anspruchsvollen Problemaufriss wertvolle Impulse zu geben. Es wäre ein Glücksfall, würde sich einer der sicherlich zahlreichen Leser des Buches, davon zugleich inspiriert und herausgefordert, dereinst als Verfasser jenes kulturwissenschaftlichen Standardwerks zur polnischen Zwischenkriegszeit erweisen, dessen nicht nur die Fachwissenschaft dringend bedarf.

Christian Prunitsch, Dresden

Per Andres Rudling: The Rise and Fall of Belarusian Nationalism 1906–1931, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press 2015, 436 S.

Noch in den 1990er Jahren haben renommierte westliche Historiker und Politikwissenschaftler die Existenz einer weißrussischen Nation in Zweifel gezogen bzw. diese als ein künstliches Konstrukt angesehen, das seine Entstehung nur der sowjetischen bürokratischen Planung verdankte. Heute ist Weißrussland, oftmals als letzte Diktatur Europas tituliert, das einzige Land in Europa, das eine Exilregierung hat.

Warum unterscheidet sich die politische Landschaft Weißrusslands so sehr von der seiner Nachbarn? Wie lassen sich der vergleichsweise schwach ausgeprägte Nationalismus und das geteilte historische Gedächtnis erklären? Warum gibt es heute ein unabhängiges Weißrussland und wie ist dieser Staat entstanden? Das ist ein Teil jener Fragen, auf die Per Andres Rudling in seiner Monografie Antworten zu geben versucht.

Die Herausbildung des modernen weißrussischen Nationalismus fand unter äußerst schwierigen Bedingungen statt (sieben Jahre Krieg und Besatzung, Massenumsiedlungen der Bevölkerung, Teilung der weißrussischen Gebiete) und war durch die politische Kon-

kurrenz zwischen Polen, Litauen und der Sowjetunion geprägt, von deren Unterstützung sie abhing. Die weißrussischen Nationalisten hatten nicht nur mit der Zensur, den Behörden und konkurrierenden nationalen Bewegungen zu kämpfen, sondern wurden zunächst auch von breiten Massen des eigenen Volkes ignoriert (S. 63). Vor diesem Hintergrund konnte das nationale Projekt nur unter günstigen Rahmenbedingungen und mit Unterstützung von außen gelingen.

In den Jahren 1915–1918 entwickelten sich der östliche und der westliche Teil Weißrusslands mit unterschiedlichen Voraussetzungen: In seinem westlichen Teil stellten die deutschen Behörden die weißrussische Sprache rechtlich dem Polnischen und Litauischen gleich, um das Russische aus dem alltäglichen Sprachgebrauch zu verdrängen. Die national orientierte Elite nutzte diese vergleichsweise günstigen Bedingungen, um weißrussische Schulen einzurichten. Im Gegensatz dazu war die Bevölkerung der unter russischer Kontrolle stehenden weißrussischen Gebiete intensiver Propaganda ausgesetzt, die die Weißrussen zu einem Teil der russischen Nation erklärte.

Die Idee, einen unabhängigen weißrussischen Staat zu gründen, entstand als Reaktion auf das Handeln der Nachbarn. Die Entscheidung des Litauischen Staatsrats (Taryba), die litauische Staatlichkeit auf die ethnisch litauischen Gebiete zu begrenzen, durchkreuzte die Pläne der weißrussischen Politiker für eine (Wieder-)Errichtung des Litauisch-Weißrussischen Staates und beschleunigte ebenso wie die Unabhängigkeitserklärungen der Ukraine, Lettlands und Litauens die Ausrufung der Weißrussischen Volksrepublik (BNR) (wenn auch zunächst in Föderation mit Russland).

Durch den Friedensvertrag von Brest-Litovsk kam 1918 ganz Weißrussland unter deutsche Kontrolle. Die deutsche Heeresleitung erlaubte zwar weißrussische nationalistische Aktivitäten, zog aber zu keinem Zeitpunkt ernsthaft die Anerkennung eines unabhängigen Staates in Erwägung.

Nicht einmal ein Jahr nach Ausrufung der Weißrussischen Volksrepublik proklamierten die Bolschewiki am 1. Januar 1919 auf etwa dem gleichen Territorium die Sozialistische Sowjetrepublik Weißrussland (SSRB), die wenige Wochen später mit der Litauischen Sowjetrepublik zusammengelegt wurde, bevor schließlich 1920 erneut eine eigene Sozialistische Sowjetrepublik Weißrussland errichtet wurde. Durch den Friedensvertrag von Riga (März 1921) wurden die weißrussischen Gebiete offiziell zwischen Polen und der Sowjetunion geteilt. Auf beiden Seiten der Grenze beteiligten sich jetzt weißrussische Aktivisten am Prozess der Schaffung von Nationalmythen und der nationalen Mobilisierung.

In der WSSR sorgte die sowjetische Nationalitätenpolitik fast im gesamten Verlauf der 1920er Jahre für eine vergleichsweise günstige Ausgangslage. Mit der Gründung weißrussischer Institutionen wie der Nationalen Akademie der Wissenschaften Weißrusslands oder der Weißrussischen Staatlichen Universität, in denen Weißrussisch die offizielle Arbeitssprache war, konnten einige Kernziele der Nationalisten realisiert werden. So entstand entsprechend der Leninschen Formel „National in der Form. Sozialistisch im Inhalt“ ein weißrussischer National-Kommunismus.

Bildungs- und Verlagswesen wurden ebenso wie die lokale Verwaltung recht schnell von der russischen auf die weißrussische, jiddische und polnische Sprache umgestellt. Aber dieser linguistische Nationalismus blieb für die Massen, die größtenteils an ihren vormodernen lokalen und religiösen Identitäten festhielten und sich selber als „Hiesige“, Orthodoxe, Katholiken oder Polen bezeichneten, eine abstrakte Neuerung. Die aufgezwungene moderne

„nationale“ Identität bedeutete für die Bewohner der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik einen abrupten Bruch mit ihrer vormodernen Vergangenheit. *De facto* versuchten die weißrussischen nationalen Aktivisten und die Bolschewiki, diese neue ethnolinguistische Identität der im Grenzgebiet vorherrschenden prämodernen religiösen Identität überzustülpen.

Durch die Zusammenlegung des Territoriums der WSSR mit zuvor westrussischen Gebieten in den Jahren 1924 und 1926 wuchs deren Bevölkerung auf das Dreifache. Diese Politik war für die national eingestellte Intelligenz im Ausland allerdings attraktiver als für die Bevölkerung der aus dem Bestand der RSFSR herausgelösten Gebiete, deren Wünsche in keiner Weise berücksichtigt wurden. Zahlreiche russischsprachige Stadtbewohner wurden offiziell zu Weißrussen erklärt und den gleichen Formen der Weißrussifizierung unterzogen wie die weißrussischsprachige Bevölkerung in der Gegend um Minsk (S. 162). Die Opposition gegen die Weißrussifizierung richtete sich vor allem gegen die angeblich künstliche Natur der weißrussischen Sprache, während die russische Sprache von vielen mit Modernisierung, Fortschritt und sozialer Mobilität assoziiert wurde.

Während die Sowjetregierung Millionen Menschen zu Weißrussen machte, schlug die polnische Regierung einen großen Teil derer, die sich bei der Volkszählung mit isolierten, lokalen Gesellschaften, ihrer Religion, Dialekten und lokalen Traditionen identifizierten, den Polen zu, um so die weißrussische Komponente im polnischen Staat bewusst zu senken. Dies galt umso mehr, als die Polen die Polonisierung als zivilisatorische Mission und dementsprechend völlig natürlichen und geradezu zwangsläufigen Prozess ansahen.

Die Verschlechterung der Wirtschaftslage ließ im östlichen Grenzgebiet Polens die Sympathien für die UdSSR, für die Kommunistische Partei Westweißrusslands und die mit dieser verbundenen Gruppen und Parteien wachsen. Die in der WSSR betriebene Weißrussifizierungspolitik stärkte auch unter den westlichen Weißrussen das nationale und politische Selbstbewusstseins und bot einen starken Anreiz für nationale Aktivitäten. Seinen Höhepunkt erreichte der weißrussische politische Aktivismus in Polen 1926, als die so genannte Weißrussische Arbeiter- und Bauernvereinigung (Belaruskaja sjaljanska-rabotnickaja-gramada / BSRG) sich zu einer Massenbewegung mit 160 000 Mitgliedern entwickelte, nach den Zahlen der polnischen Volkszählung entsprach dies etwa 15% der weißrussischen Bevölkerung Polens. Damit erreichte die nationale Mobilisierung das dritte Stadium der Entwicklung einer nationalen Bewegung (Stadium C nach Miroslav Hroch), während derer die nationale Bewegung von weiten Teilen der Bevölkerung getragen wird und die nationale Agenda politische Früchte trägt.

Die Weißrussische Arbeiter- und Bauernvereinigung war eine Bewegung des linksgerichteten Nationalismus, deren Führer Mitglieder der illegalen Kommunistischen Partei Westweißrusslands (Kommunističeskaja partija Zapadnoj Belorussii) waren und für die Vereinigung Weißrusslands auch durch Anschluss an die WSSR kämpften. Auch wenn sie von Seiten der UdSSR materielle und ideologische Unterstützung erhielten, folgten die Führer der Weißrussischen Arbeiter- und Bauernvereinigung nicht blind den Vorgaben aus Minsk und Moskau sondern hatten ihre eigene Agenda und eigene Ambitionen, die nur zu Teilen mit denen von Minsk oder Moskau zusammenfielen (S. 199).

Auch im östlichen Weißrussland erreichte die nationale Mobilisierung nach Einschätzung Rudlings im Jahr 1927 das dritte Stadium der Entwicklung hin zu einer nationalen Bewegung.

Die autoritären Putsch in Polen und Litauen im Jahr 1926 und der Machtzuwachs Stalins im Folgejahr änderten die regionale Dynamik und ließen ein durchaus begründetes gegenseitiges Misstrauen entstehen. Von Anfang 1927 an gingen die polnischen Behörden aktiv gegen die Weißrussische Arbeiter- und Bauernvereinigung vor, verurteilten deren Führer zu langjährigen Haftstrafen und ergriffen auch sonst effektive Maßnahmen, um die Mobilisierung der weißrussischen Nationalbewegung zu stoppen. Nach 1930 gab es in Polen keine nennenswerten weißrussischen nationalistischen Organisationen mehr, die die Politik der Warschauer Regierung hätten herausfordern können. Eine Reihe weißrussischer nationaler Politiker verließ Warschau in Richtung Minsk.

In der Sowjetunion führten die mit der Machtkonsolidierung Stalins einhergehenden gesellschaftlichen Umwälzungen zur Zerschlagung des weißrussischen National-Kommunismus. In den Jahren 1930/31, 1933 und 1937/38 rollten drei Terrorwellen über das Land, die sich vor allem gegen die politischen und intellektuellen Führer der 1920er Jahre richteten, darunter auch jene, die aus dem westlichen Weißrussland gekommen oder aus der Emigration zurückgekehrt waren. Die weißrussische nationale Mobilisierung fand ein jähes Ende bzw. wurde – wie es der Autor ausdrückt – zu einer in russischer Sprache erfolgenden Modernisierung sowjetischen Typs reorganisiert.

Per Andres Rudling stützt sich in seiner Studie auf die Theorien der Konstruktivistinnen und dabei vor allem auf Hrochs Modell der Nationenbildung. Es bleibt allerdings unklar, warum er das Jahr 1906 als Ausgangspunkt für das Anfangsstadium der Nationenbildung wählt, obwohl die just in diesem Jahr erfolgte Gründung der weißrussischsprachigen Zeitung „Naša niva“ faktisch den Beginn der Massenpropaganda und Mobilisierung markierte – mithin Stadium B nach Hroch.

Ein weiterer strittiger Punkt besteht darin, dass die Weißrussen – und zwar nicht nur die breiten Volksmassen, sondern auch die weißrussischen nationalen Aktivisten – fast durchgängig als Spielfiguren in einem fremden Spiel gezeichnet werden. So betont der Autor gleich mehrmals, dass erst die Weißrussifizierungs- und Einwurzelungspolitik die nationalen Kommunisten dazu ermunterte, eine immer unabhängigere Position gegenüber Moskau einzunehmen. Fakten, die diese These stützen könnten, bleibt der Autor allerdings schuldig.

Auch war es wohl weniger die Kriegsgefahr, die 1927 „die Sowjetbürger zwang, sich als Anhänger oder Gegner des Regimes zu positionieren“ (S. 287), sondern vielmehr das Regime, das sich vor dem Hintergrund dieser Kriegsgefahr dafür interessierte, die öffentliche Meinung zu ermitteln, und dadurch den Historikern eine erhebliche Menge Dokumente hinterließ, die die Stimmungen der Bevölkerung im Zusammenhang mit der erörterten Kriegsgefahr charakterisieren.

Nicht ganz überzeugend wirkt auch die Tendenz, die gesamte Politik der Weißrussifizierung auf eine reine Effekthascherei zu reduzieren. So schreibt Rudling:

„Die Weißrussifizierung wurde zur bürokratischen Kategorie der Klassifizierung, die mehr durch außenpolitische Interessen als durch die aktuellen Interessen der einfachen Bürger motiviert war. Infolge der Zerschlagung des organisierten weißrussischen Nationalismus im westlichen Weißrussland durch die Rückkehr Pilsudskis an die Macht, verlor der „Weißrussische Piemont“ seinen Nutzen. Im Gegenteil machte die Rückkehr zum Prometheismus die weißrussischen National-Kommunisten in den Augen der Sowjetregierung verdächtig“ (S. 242).

Es ist doch anzunehmen, dass die Abkehr von der Weißrussifizierungspolitik in erheblichem Maße durch innenpolitische Gründe und die allgemeine Entwicklung des Regimes der Bolschewiki in den 1930er Jahren motiviert war.

Das Buch enthält überdies einzelne Fehler. So wurde etwa 1840 die Bezeichnung „Weißrussland“ nicht gänzlich verboten wie Rudling behauptet (S. 34), lediglich aus dem offiziellen Namen dieser Länder entfernt, um deren Zugehörigkeit zu Russland zu unterstreichen. Außerhalb offizieller Dokumente waren die Begriffe „Weißrussen“ oder „weißrussische Rede“ auch weiterhin gebräuchlich. Auch nennt Rudling unter den in den 1920er Jahren nach Weißrussland zurückgekehrten Remigranten zu Unrecht die bekannten weißrussischen Schriftsteller Janka Kupalu und Jakub Kolas (S. 200).

Des Weiteren betont Rudling, dass Aufstieg und Fall der weißrussischen Nationalbewegung maßgeblich von nicht-weißrussischen Akteuren bestimmt wurden, denen Weißrussland nur als Grenz- und Pufferzone zwischen mächtigen Konkurrenten diene. Der Nationalismus trat spät in Erscheinung, blieb auf eine relativ kleine Elite beschränkt und wurde in seinen frühen Stadien niedergehalten. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass es just die in dieser Zeit gelegten Fundamente waren, die Weißrussland 1991 erlaubten, ein selbstständiger Staat zu werden. Und auch der Autor selbst merkt an, dass sich die aktuellen Machthaber in der Nachfolge der WSSR sehen, während die Weißrussische Volksrepublik eine zentrale Rolle im historischen Gedächtnis der weißrussischen Diaspora und eines erheblichen Teils der Opposition spielt.

Selten stellt die Geschichte Weißrussland ein Forschungsthema westlicher Historiker dar.¹ Allein schon aus diesem Grund weckt die vorzustellende Arbeit Rudlings größtes Interesse. Zugleich handelt es sich bei diesem Buch weitgehend um eine Synthese der zum heutigen Tag vorliegenden Arbeiten weißrussischer Historiker. Zu einem gewissen Grad ist es die Übertragung und Integration der weißrussischen Historiografie in einen größeren Zusammenhang. Nichtsdestotrotz schmälert die Tatsache, dass bereits zahlreiche Publikationen zu diesem Thema vorliegen, in keiner Weise die Bedeutung von Rudlings Buch, da in diesen Arbeiten die Aufmerksamkeit auf enger gefasste Fragen des Werdens und der Entwicklung des weißrussischen Nationalismus gelegt und engere Zeiträume beleuchtet werden. Dies erlaubt zweifellos eine tiefere Analyse, engt jedoch die Perspektive ein. Rudling

1 Zu erwähnen sind vor allem die folgenden Bücher: Nicholas P. Vakar: *Belorussia: the Making of a Nation*, Cambridge, MA 1956; Ivan S. Lubachko: *Belorussia under Soviet Rule, 1917–1957*, Lexington, KY 1972; Jan Zaprudnik: *Belarus: At A Crossroads in History*, Colorado 1987; David Marples: *Belarus From Soviet Rule to Nuclear Catastrophe*, London 1996; David Marples: *Belarus: A Denationalized Nation*, Amsterdam 1999; Grigory Ioffe: *Understanding Belarus and How Western Foreign Policy Misses the Mark*, Lanham, MD u.a. 2008; Nelly Bekus: *Struggle Over Identity: The Official and the Alternative „Belarusianness“*, Budapest 2010; Andrew Wilson: *Belarus: The Last European Dictatorship*, New Haven, CT u.a. 2011; Brian Bennett: *Belarus: The Last Dictatorship in Europe*, London 2011; David Marples: *Our Glorious Past: Lukashenka's Belarus and the Great Patriotic War*, Stuttgart 2014; Grigory Ioffe's: *Reassessing Lukashenka: Belarus in Cultural and Geopolitical Context*, Basingstoke u.a. 2014; Andrew Savchenko: *Belarus – a Perpetual Borderland*, Leiden u.a. 2009.

Viel Beachtung fand auch die Arbeit der polnischen Historikerin Dorota Michaluk über die Weißrussische Volksrepublik. Dorota Michaluk: *Białoruska Republika Ludowa 1918–1920. U podstaw białoruskiej państwowości [Weißrussische Volksrepublik 1918–1920. Grundlagen der weißrussischen Staatlichkeit]*, Toruń 2010.

hingegen betrachtet den weißrussischen Nationalismus im regionalen Kontext und zeichnet die Entwicklung der Bewegung unter unterschiedlichen Bedingungen nach. Gezeigt wird die Interaktion und gegenseitige Abhängigkeit der Aktivitäten der weißrussischen Nationalisten auf beiden Seiten der Grenze nicht nur in Bezug zueinander, sondern auch gegenüber Dritten. Ohne Zweifel wird die Arbeit für alle, die die Geschichte Weißrusslands und des weißrussischen Nationalismus erforschen, sehr nützlich sein.

Irina Romanova, Vilnius

Ulrike Huhn: Glaube und Eigensinn – Volksfrömmigkeit zwischen orthodoxer Kirche und sowjetischem Staat, 1941 bis 1960, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2014, 363 S.

Ulrike Huhn versucht in ihrer Dissertation, dem komplexen Verhältnis zwischen dem sowjetischen Staat und der offiziellen Russischen Orthodoxen Kirche in der frühen Nachkriegszeit gerecht zu werden. Anders als die traditionelle Kirchengeschichte stellt sie dabei das Verhältnis zwischen Staat und Kirche auf oberster Ebene nicht in den Mittelpunkt, sondern fragt nach den Auswirkungen und Wahrnehmungen dieses Verhältnisses im lokalen Kontext. Sie bezieht sich auf die gläubige Landbevölkerung, die trotz Zwangskollektivierung und intensiver anti-religiöser Propaganda dem althergebrachten Glauben weiterhin eine Rolle zusprach. Allerdings stehen ihr keine Ego-Dokumente zur Verfügung, die über diese Thematik Auskunft geben können. Stattdessen extrahiert Huhn relevante Informationen aus Archivquellen, allen voran aus den zunächst noch vierteljährlich verfassten Berichten der regionalen Bevollmächtigten des 1943 eingerichteten Rats für Kirchenangelegenheiten. Obwohl diese Berichte von religiös unterschiedlich gesinnten Funktionären und teilweise im sowjetischen Duktus verfasst wurden, erschafft Huhn daraus ein zusammenhängendes Bild ländlich gelebter Religiosität in der Sowjetunion der Nachkriegszeit. Dieses Bild wird sehr plastisch dargestellt durch die Kontextualisierung mit verschiedenen Detailstudien und durch weitläufige intertextuelle Bezugnahmen. Das Gesamtbild, das die Verfasserin dabei entwickelt, ist ein überaus komplexes Verflechtungsgefüge voller Fallstricke und (explizit gewünschten) Unklarheiten. Ihr Fazit ist dann auch, dass „einfache, aber häufig anzutreffende Deutungsschablonen von Frömmigkeit und Renitenz auf der einen und staatliche Repressionen gegen die Kirche auf der anderen Seite zu kurz greifen und der Komplexität von Motiven und Verhaltensweisen nicht gerecht werden.“ (S. 325)

Das Buch ist in acht Kapitel mit jeweils unterschiedlichen Fokussierungen weitgehend chronologisch unterteilt. Im einleitenden Kapitel (S. 9-34) wird ein Forschungsüberblick geboten, die Quellenlage erörtert und Kritik am Konzept der Volksfrömmigkeit geübt. Diese sei in der bisherigen Theoriebildung oft als Gegenstück zur institutionalisierten und „offiziellen“ Religion konzipiert, was Huhn zufolge zu kurz greift, insbesondere in dem von ihr untersuchten Kontext. Alf Lüdtkes Konzept vom „Eigen-Sinn“ wird von ihr als besser geeignetes Instrument eingeführt, um zu verdeutlichen, dass es sich nicht um einen kollektiv wahrgenommenen Widerstand handelt, sondern um Aushandlungsprozesse zwischen Herrschenden und Beherrschten, in denen versucht wurde, Grenzen und Deutungen neu festzulegen.¹

1 Vgl. Alf Lüdtke: *Eigen-Sinn: Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik bis in den Faschismus*, Hamburg 1993.

Im zweiten Kapitel (S. 35-102) wird die religiöse Dimension der Deutung des Zweiten Weltkrieges unter der ländlichen Bevölkerung herausgearbeitet. Dabei kommt natürlich dem Umschwung im Jahre 1943, als Stalin eine religiöse Duldungspolitik in der Sowjetunion einleitete, eine große Bedeutung zu. Thematisch spielen in diesem Kapitel Gerüchte eine wichtige Rolle, denn „da die Staatsführung einerseits die Russisch-Orthodoxe Kirche für ihre eigenen Ziele zu instrumentalisieren versuchte, andererseits aber kaum geregelt war, wie und in welcher Form religiöses Leben stattfinden durfte, waren mündlichen Ausdeutungen und Gerüchte über Rahmen, Dauer und Gründe der neuen Kirchenpolitik Tür und Tor geöffnet.“ (S. 102) Ebenso wie das vorhergehende Kapitel ist dieses Kapitel fesselnd geschrieben und mit einer Fülle von relevanten Quellenbefunden unterfüttert. Diese werden oft durch weiterführende Informationen in den Fußnoten ergänzt.

Im dritten Kapitel (S. 103-144) wird der Wiederaufbau kirchlicher Administrationen in den 1940er Jahren thematisiert. Huhn untersucht das Beispiel der Eparchie Tambov, in der 1941 keine einzige Kirche mehr offiziell geöffnet war. Es handelt sich hier um eine Region, die in das Kriegsgeschehen nicht direkt eingebunden war. Schon während des Krieges kehrten haftentlassene Priester hierher zurück, die einen radikalen Neuaufbau der kirchlichen Strukturen zu verantworten hatten. Dabei steht das Verhältnis zwischen dem neu eingesetzten Bischof, Luka Vojno-Jaseneckij, und seinem Sekretär, Priester Ivan Leoferov, im Mittelpunkt. Beide vertraten radikal unterschiedliche Haltungen gegenüber dem Sowjetstaat. Während Bischof Luka Grenzen austestete und unter der Hand staatlich nicht anerkannte Priester unterstützte, war Leoferov stets bemüht, seine Loyalität zur Sowjetmacht offen zu legen und nicht aufzufallen. An diesem Verhältnis, das Huhn anhand von Briefen, Berichten und Polizeiakten nachzeichnen kann, lassen sich die komplexen und undurchsichtigen Schwierigkeiten der wieder erstarkenden Kirche auf lokaler Ebene gut nachvollziehen.

Im Kapitel vier (S. 145-213) geht es um den so genannten Untergrund, der sich auch als unklares Phänomen darstellt. Es gab einerseits den orthodoxen Untergrund aus staatlicher Sicht, bei dem es sich um Geistliche handelte, die sich mit religiösen Argumenten gegen staatliche Auflagen wehrten. Andererseits gab es den Untergrund im kirchlichen Sinne, d.h. Geistliche, die das wieder errichtete Patriarchat von Moskau nicht anerkannten oder ohne rechtmäßige Weihe orthodoxe Rituale durchführten. Die Kirche hatte kein direktes Interesse, die erstgenannte Gruppe aufzudecken, während der Staat an der letztgenannten Gruppe kaum Interesse zeigte. Das sich dabei herausstellende Dilemma war, dass weder der Rat für Kirchenangelegenheiten noch die Russische Orthodoxe Kirche über die nötigen Ressourcen und Berechtigungen verfügten, um diesen Untergrund auch nur ansatzweise zu maßregeln. Am Ende eines langwierigen, von Huhn ausführlich geschilderten Lernprozesses waren sich beide Institutionen einig, dass eine Politik der Kirchenöffnungen dem Untergrund den Nährboden entziehen würde. Allerdings blieben alle Gesuche diesbezüglich beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei erfolglos.

Es folgen zwei Kapitel, bei denen konkrete religiöse Praktiken im Mittelpunkt stehen. Einerseits die eindeutig religiös konnotierten Wallfahrten zu einem ehemaligen Klostergelände im Gebiet Kursk (S. 214-248) und andererseits die staatlichen Versuche, aus einem ehemals religiösen Dorffest eine sozialistische Feierlichkeit zu machen (S. 249-282). Beide Fallbeispiele zeigen deutlich, welche Gratwanderung den staatlichen Beamten abverlangt wurde. Zum einen sollte die Religion als rückständig und überwunden dargestellt werden, gleich-

zeitig aber waren religiöse Feste tief in der Dorfkultur verwurzelt und erfüllten wichtige soziale Funktionen, so dass sie nicht leicht diskreditiert werden konnten, ohne Gegenwehr auszulösen. Erst mit den massiven anti-religiösen Kampagnen in der Chrusčev-Ära nach 1958 fand die Sowjet-Führung einen Weg, religiöse Praktiken zu verdrängen, ohne dabei die politische Ideologie des Kommunismus als Gegenleistung zu verlangen.

Im vorletzten Kapitel (S. 283-323) geht Huhn auf das allgemeine Thema der religiösen Narrative im sowjetischen Dorf der Nachkriegszeit ein, wobei sie auch hier anhand von Beispielen vorgeht. Es geht um Gerüchte mit religiösen Hintergedanken oder um solche, die sich in einem religiösen Rahmen deuten lassen. Derartige Gerüchte seien laut Huhn in der durch Hunger und Armut geprägten Nachkriegszeit als Mittel genutzt worden, um dem Elend einen Sinn zu geben und Kriegserlebnisse zu verarbeiten. Dass an der Spitze des Staates der bisherige Antagonismus zwischen Staat und Kirche aufgelockert worden war, drang auch bis in die Provinz durch. Gerüchte hatten sich als das schnellste und sicherste Kommunikationsmedium innerhalb der ländlichen Bevölkerung erwiesen, obwohl die Staatsmacht mit allen Mitteln versuchte, die Urheber und Mittler der Gerüchte unter Strafe zu stellen. Es ist selbstverständlich, dass es dabei natürlich auch zu zweifelhaften Gerüchten kam, aber die Hartnäckigkeit, mit der sich manche dieser Gerüchte bis in die 1990er Jahre hielten, bleibt erklärungsbedürftig. Die Verfasserin hebt hervor, „sie sind somit nicht mehr einfach als Ausdruck für eine ‚bäuerliche Gegenkultur‘ zu sehen, sondern bildeten eine spezifische, eigensinnige Ausdeutung sowjetischer Realitäten durch ein orthodoxen Deutungstraditionen und -praktiken verhaftetes Umfeld.“ (S. 323)

Auch im abschließenden Kapitel (S. 324-335) wird noch einmal hervorgehoben, dass die religionspolitische Wende von 1943 auf allen Ebenen große Handlungslücken offenließ. Am Beispiel eines Sowjetbeamten, dem vorgeworfen wurde, er habe, ohne die Mütze abzusetzen, die Kirche betreten, zeichnet Huhn nach, dass die unklare Linie der zentralen Machthaber in Bezug auf Religion auf dem Lande völlig neue Spielräume ermöglichte. Dabei betont sie noch einmal, dass es „für orthodoxe Gläubige keine anderen Medien als den Austausch im Modus des Hörensagens [gab], um sich über diese und andere Fragen zu verständigen.“ (S. 327) Dass das Verhältnis zwischen Kirche und Staat grundlegend verändert worden war, bleibt unumstritten. Deutlich werden jedoch die vielen Aushandlungsprozesse, die einerseits einen *modus vivendi* zwischen den beiden Institutionen in der Sowjetunion auf lokaler Ebene geschaffen haben, andererseits aber auch ein neues Spielfeld für religiös konnotierte Praktiken in der Bevölkerung eröffneten.

Der Band ist sehr flüssig geschrieben und liest sich fast wie ein Roman. Die vielfältigen und aufschlussreichen Beispiele werden trotz der schlechten Quellenlage lebendig und einfühlsam erzählt. Durch die gekonnt eingesetzten biografischen Kontextualisierungen, die teilweise in den Fußnoten fortgesetzt werden, hat der Leser ein komplexes Bild, in dem die Problematik der Akteure mit eingefangen wird, vor Augen.

Ein negativ anzumerkender Punkt sind die Zwischenfazits am Ende der jeweiligen Kapitel, die teilweise ganze Sätze aus dem gerade gelesenen Kapitel beinhalten. Sie können allerdings aus Sicht des eiligen Lesers als positiv gewertet werden, ermöglichen diese Zwischenfazits es dem punktuell Lesenden doch, auf wenige Seiten das Argument des Kapitels ohne ausführliche Beispiele und detaillierte Quellenverweise nachzuvollziehen.

Huhn hat als Historikerin mit einem religionsgeschichtlichen Thema zu Russland keinen einfachen Weg gewählt, denn dieser Schwerpunkt birgt viele Schwierigkeiten, besonders in

Bezug auf die Auswertung der Quellen. Indem sie jedoch weder das religiöse Element überbewertet noch ausblendet, umgeht sie diese Unwägbarkeiten bravourös. Ihre Kenntnisse zu den Wirren der zwischenkriegszeitlichen Russischen Orthodoxen Kirche werden mit einer treffenden Analyse der Ambivalenz in der gegenwärtigen Bewertung der stalinistischen Kirchenpolitik gekoppelt und bilden die Grundlage einer gelungenen Darstellung der religiösen Verhältnisse der Nachkriegszeit. Obwohl Huhn aufgrund der Quellenlage nur selten detailliert beschreiben kann, entsteht aus den von ihr zusammengetragenen vielfältigen Einzeldarstellungen ein Gesamtbild, das kohärent und deutlich ist. Alles in allem gibt der Band also einen sehr lohnenswerten Blick auf die „gelebte Religion“ in der Sowjetunion der Nachkriegszeit.

Sebastian Rimestad, Erfurt

Lilita Zalkalns: Back to the Motherland. Repatriation and Latvian Émigrés 1955–1958. Doctoral Thesis in Baltic Languages at Stockholm: Stockholm University 2014, 262 S.

2014 wurde an der Universität Stockholm ein Buch von Lilita Zalkalns, einer 1955 in Australien geborenen lettischen Sprachwissenschaftlerin, unter dem Titel „Back to the Motherland. Repatriation and Latvian Émigrés 1955–1958“ veröffentlicht. Es handelt sich um eine an der Universität Stockholm erarbeitete Dissertation, die als achter Band in der Reihe „Stockholm Studies in Baltic Languages“ erschienen ist. Die Autorin leitet die Sektion der baltischen Sprachen an der Universität Stockholm. Sie ist dort als Dozentin für lettische Sprache sowie baltische Geschichte und Literatur tätig. Neben der lettischen Sprache beherrscht sie auch Schwedisch, Englisch und Deutsch. International ist Zalkalns zum Beispiel im Bereich der Soziolinguistik und des Multilingualismus aktiv, sie pflegt Kontakte zur Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz und zur Vytautas-Magnus-Universität in Kaunas.

Als Forscherin zur sowjetischen Propaganda hat Zalkalns schon seit dem Jahr 2000 mehrere Veröffentlichungen vorgelegt, die der Repatriierungsfrage der lettischen Nachkriegs-Exilanten gewidmet waren. Weil die bisherigen Publikationen von Zalkalns in Lettland und in lettischer Sprache veröffentlicht wurden, sind sie außerhalb lettischsprachiger Kreise bisher kaum bekannt. Mit dem vorzustellenden Buch ändert sich erstmals die Leserschaft: Die publizierte Dissertation ist als Ergebnis mehrjähriger Arbeit einem breiteren Publikum auf Englisch zugänglich und bietet Einsichten in die Geschichte des besetzten Lettlands und der zwischen Sowjetlettland und dem Westen zerrissenen lettischen Nation.

Zalkalns arbeitet interdisziplinär: Neben der historischen Methode der Quellenforschung werden Methoden der Sprach- und Literaturwissenschaft, der Journalistik und der Politikwissenschaft herangezogen. Dies verwundert kaum, da in Zalkalns' Forschungen seit jeher sprachliche, wissenschaftliche und journalistische mit historischen Dimensionen kombiniert werden. Erwähnenswert ist, dass Zalkalns auch für eine längere Zeit als Journalistin für die lettische Sektion des Senders „Radio Free Europe“ gearbeitet hat.

Das im Buch beschriebene Problem der Exilletten entstand, als am Ende des Zweiten Weltkrieges ungefähr 125 000 Letten ihren von der Sowjetunion besetzten und annektierten Staat verließen und nach Westeuropa, Nordamerika und Australien flüchteten. Die Mehrheit

der lettischen Flüchtlinge waren politische Exilanten. Sie flohen aus Angst vor der zweiten sowjetischen Besatzung und den darauf folgenden Repressionen, die sie in ähnlicher Weise schon während des ersten sowjetischen Besatzungsjahres (1940/41) erlebt hatten. Ein großer Teil der lettischen Exilanten waren diejenigen, die während des Zweiten Weltkrieges mit der deutschen Besatzungsmacht kollaboriert hatten.

In der Monografie liegt der Fokus auf der sowjetischen Repatriierungskampagne 1955–1958, mittels welcher die Sowjetunion die Emigranten zur Rückkehr zu bewegen versuchte. Besondere Aufmerksamkeit widmet die Autorin dem Ziel, der Strategie, den Methoden und der Taktik der sowjetischen Kampagne sowie den Reaktionen auf die Kampagne in der lettischen Exilgesellschaft. Die führende Kraft in der Kampagne war der sowjetische Geheimdienst – der KGB und dessen lettländische Unterabteilung, das „Sowjetische Komitee für die Rückkehr ins Vaterland“ („Padomju komiteja par atgriešanas dzimtenē“).

Die Autorin, die selbst aus einer Familie des lettischen Exils stammt, beschreibt das Thema in sechs Kapiteln. Dem ersten, theoretischen Kapitel folgt im zweiten Kapitel die lettische Emigration und das Repatriierungsproblem. Im dritten Kapitel wird die Tätigkeit des „Sowjetischen Komitees für die Rückkehr ins Vaterland“, im vierten die Ziele und Aufgaben der Repatriierungskampagne und im fünften die Strategien der sowjetischen Kampagne in den Blick genommen, im sechsten Kapitel werden schließlich die Reaktionen auf die sowjetische Kampagne unter den Exilanten untersucht.

Die wichtigste Quellengruppe sind hierfür die 218 Ausgaben der lettischen Repatriierungszeitung „Par atgriešanas dzimtenē“ („Für die Rückkehr ins Vaterland“), die unter der Kontrolle des KGB produziert und im Westen verbreitet wurde. Mehr als 300 verschiedene Artikel der Zeitung werden im Buch erörtert. Vor einigen Jahren wurden diese und alle anderen lettischsprachigen und in Lettland gedruckten Presseausgaben digitalisiert und der Forschung auf einer Internetseite der Lettischen Nationalbibliothek zugänglich gemacht (www.periodika.lv). Vermutlich hat auch Zalkalns diese Recherche genutzt.

Bisher konzentrierte sich die Erforschung der Sowjetpropaganda vor allem auf zentrale russischsprachige Medien der Sowjetzeit. Die sowjetische Propaganda in den „nichtrussischen“ Medien ist dagegen nur ungenügend erforscht worden. In diesem Sinne ist Zalkalns' Ansatz innovativ, weil sie die sowjetische Auslandspropaganda in lettischer Sprache betrachtet.

Die Autorin kommt zu dem Schluss, dass die sowjetische Politik nicht nur lettische Emigranten ansprechen wollte, sondern die gesamte Emigrantengesellschaft und deren Organisationen zu zerstören versuchte. Dieses Ziel wurde jedoch nicht erreicht und die Kampagne scheiterte, weil nur ein sehr kleiner Teil der lettischen Exilanten (ungefähr 100 Personen, darunter nur zwei Vertreter der Exilanten-Elite) den Versprechungen des KGB glaubten und wieder in die Heimat zurückkehrten. So blieb auch die vom KGB genutzte spezifische Methode der Legendenbildung (*legendirovanie*) ohne Erfolg. In diesem Zusammenhang ist besonders die theoretische Grundlage der Arbeit von Zalkalns hervorzuheben: Die Verfasserin ist die erste Forscherin, die sowjetische Agitations- und Propagandatheorien im Zusammenhang mit dem Repatriierungsproblem näher untersucht. Am Beispiel der lettischen Emigranten erörtert die Autorin erstmals aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive die Strategie der Legendenbildung, mit der sich der KGB an die lettische Diaspora wandte. Diese Methode des KGB schuf glaubwürdig wirkende Legenden und assoziierte diese mit einem realen Ereignis oder einer realen Person.

Insgesamt ist das Buch in einer gut lesbaren englischen Sprache geschrieben. Eine interessante Lektüre stellt es nicht nur für Historiker dar, sondern auch für Politik-, Medien- und Sprachwissenschaftler sowie für alle, die an der Geschichte des Kalten Krieges interessiert sind. Allerdings hat die Arbeit auch einige Schwächen, welche die wissenschaftliche Bedeutung der Forschung freilich keinesfalls reduzieren. Die Struktur etwa könnte verständlicher sein, die Autorin wiederholt mehrmals schon bereits erwähnte Geschehnisse. Zum Teil fehlt es an einer Stringenz der Gedankenführung. Für Historiker klingt auch die häufige Benutzung der ersten Person ein wenig befremdlich, die der wissenschaftlichen Distanz zum Thema zuwiderläuft.

Der Zeitabschnitt, den die Autorin betrachtet, ist nur kurz, so dass eine ausführlichere Behandlung internationaler Prozesse von größter Bedeutung gewesen wäre. Die Autorin hätte zudem auch einen Einblick in den allgemeineren historischen Hintergrund des Themas geben können. Die 1950er Jahre als der von Zalkalns betrachtete Zeitabschnitt waren eine Epoche der Eskalation des Kalten Krieges – man denke an den ungarischen Volksaufstand, die Suezkrise, die kubanische Revolution sowie die Anfänge der europäischen Einigung und der NATO-Bildung; zu dieser Zeit zeigten sich die Auswirkungen der sowjetischen Propaganda am deutlichsten. Des Weiteren wäre eine genauere und umfangreiche Darstellung der sozioökonomischen und politischen Situation in Sowjetlettland wünschenswert gewesen, etwa hinsichtlich der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, aber auch des Beginns der Entstalinisierung und des kulturellen „Taufwitters“ nach dem 20. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956.

Diese fehlenden Kontextualisierungen könnten der ausgewählten Quellengrundlage geschuldet sein. Die Konzentration auf die Pressematerialien von „Par atgriešanos dzimtenē“ macht die Arbeit doch ein wenig einseitig, wenn man bedenkt, dass diese Zeitschrift nicht die einzige Pressequelle für die ausländische Sowjetpropaganda darstellt. Mit der Zustimmung des KGB wurde die Zeitung 1958 in „Dzimtenes Balss“ („Die Heimatstimme“) umbenannt. „Dzimtenes Balss“ war wohl das bekannteste Kommunikationsmedium, das unter der Aufsicht des KGB auf Lettisch gedruckt und lange sogar von Sowjetletten geheim gehalten wurde, weil sie offene Propaganda beinhaltete, die nicht mit den realen Verhältnissen in Lettland in Einklang stand.

In dieser Zeit wurden darüber hinaus noch weitere Propagandazeitschriften im Ausland vom KGB finanziert, darunter mit „Daugava“ („Düna“) und „Draugs“ („Freund“) zwei sowjetlettische Zeitungen in der Bundesrepublik Deutschland; die „Viesis“ („Gast“) wurde in Australien veröffentlicht. Über Agenten des KGB wurde „Amerikas Latvietis“ („Der amerikanische Lette“) – eine lettische Zeitung der so genannten Altkommunisten, die schon vor dem Ersten Weltkrieg von Russland in die USA geflüchtet waren – finanziert. Die meisten Materialien für diese Ausgaben wurden in der Redaktion der „Dzimtenes Balss“ in Riga unter der strikten Aufsicht des KGB vorbereitet. So bleibt festzuhalten, dass neben der Zeitung „Par atgriešanos dzimtenē“, die von Zalkalns sehr sorgfältig ausgewertet wurde, in den 1950er Jahren noch weitere propagandistisch ausgerichtete Zeitungen existierten. Alle diese Zeitungen und Magazine dienten dazu, die Exilgesellschaft der Letten im Westen zu demoralisieren und zu zerstören.

Zudem wäre es ratsam gewesen, die benutzten Presseartikel mit anderen Quellen, zum Beispiel Archivquellen im Staatsarchiv Lettlands (Latvijas Valsts Arhīvs) zu vergleichen und zu ergänzen. Von größter Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Archivquellen der

gemeinsamen Redaktion der Zeitungen „Par atgriešanos dzimtenē“ und „Dzimtenes Balss“ sowie die Archivquellen der KP Lettlands. Sowohl Archivquellen als auch Forschungen der lettischen Kollegen über die Sowjetzeit im besetzten Lettland sind im Buch von Zalkalns nur in sehr begrenztem Maße vertreten; möglicherweise hat die Autorin vor, in ihren weiteren Forschungen hieran anzuknüpfen.

Raimonds Ceruzis, Rīga

Klaus Garber: Das alte Breslau. Kulturgeschichte einer geistigen Metropole, Köln u.a.: Böhlau Verlag 2014, 597 S.

„Unser weit=berühmtes Schlesien ist ein Auge/ Du aber dessen Aug=Apfel. Schlesien ist ein grüner Lust=Wald/ Du aber dessen Lorbeer=Baum. Schlesien ist ein schöner Himmel/ Du aber dessen hellstrahlende Sonne [...]“ – mit den Worten von Johann Andreas Mauersberger (1649–1693) wird in dem neuen Werk von Klaus Garber das Titelobjekt, die an der Oder liegende Hauptstadt Schlesiens, eingeführt. Der viel versprechende Titel „Das alte Breslau“ mit dem Untertitel „Kulturgeschichte einer geistigen Metropole“ und der Name des Autors selbst ziehen an; der feste Einband mit einem eleganten Bild des Breslauer Rathauses macht einen guten Eindruck. Und wer nach dem Buch greift, wird nicht enttäuscht, denn auf mehreren hundert Seiten werden ausgewählte Elemente der Kulturgeschichte Breslaus sowie Schlesiens thematisiert. Mehr noch – die dargestellten Phänomene aus der Vergangenheit sind nicht nur stark im einstigen, sondern auch im gegenwärtigen und zukunftsorientierten europäischen Kontext verankert.

Das voluminöse Buch besteht aus zehn Kapiteln (mit Unterkapiteln), wobei die ersten drei als Einführung(en) betrachtet werden können. Dann folgen der Reihe nach ein kurzer Epilog, ein Hauptteil mit 38 Abbildungen, knapp 100 (!) Seiten Anmerkungen, ausgewählte Literaturhinweise, ein Nachwort, ein Personenregister und schließlich die Abbildungsnachweise.

Im ersten, einführenden Kapitel wird, ausgehend von den oben zitierten Versen, der Glanz der Stadt hervorgehoben. Daneben skizziert der Autor des Buches einige geografische, historische und soziokulturelle Zusammenhänge, die zu einer solch hervorragenden Entwicklung Breslaus beitrugen: „Die Stadt überragte, als die Humanisten im späten Mittelalter zu schreiben anfangen, alle anderen Städte des Ostens an Größe, Einwohnerzahl und wirtschaftlicher Bedeutung“ (S.7). Worte, die nicht nur für das Spätmittelalter Gültigkeit besitzen. Garber deutet an dieser Stelle bereits die Phänomene an, die in den folgenden Teilen des Buches genauer beschrieben werden.

Das zweite Kapitel „Historische Vergegenwärtigungen. Schlesien aus der Vogelschau“ enthält weitere – diesmal chronologisch und thematisch geordnete – Grundinformationen zur nicht leicht zu greifenden Geschichte Schlesiens. Es ist keine leichte Aufgabe, die Vergangenheit der Region kompakt darzustellen, denn „es gibt kein zweites Territorium im alten deutschen Sprachraum, das so eigenwillige, besondere und verwickelte geschichtliche Konturen aufweist wie eben Schlesien“ (S.20). Garber markiert in diesem Kapitel den zeitlichen Untersuchungsrahmen: Die Darstellung beginnt mit dem ausgehenden, teils noch piastischen Mittelalter (u.a. mit den verfassungsrechtlichen Strukturen und der herrschaftlichen Topografie der Region), kulminiert in der Habsburger Zeit der Reformation

und der Gegenreformation und schließt mit den Anfängen der Hohenzollernschen Ära, als „der schlesische Ständestaat alteuropäischer Prägung konsequent in eine Provinz des straff absolutistisch regierten Königreichs Preußen umgewandelt wurde“ (S. 34).

Im dritten Kapitel wird der Fokus auf die Hauptstadt der Region gerichtet. Beschrieben werden deren Lage an der Kreuzung der Hohen Straße, das städtische Handwerk, die architektonischen Entwicklungstendenzen Breslaus seit dem Beginn des 11. Jahrhunderts, die Zerstörungen durch den Mongoleneinfall 1241 und die daraus folgende Neugründung in der heute bekannten Form mit dem zentral gelegenen Rathaus am Ring. Ein besonders interessantes Unterkapitel ist dem Rat und den ratsfähigen Familiengeschlechtern gewidmet, deren Spezifik nicht ohne Einfluss auf die Sonderentwicklung Breslaus in der kulturellen und der politisch-gesellschaftlichen Hinsicht blieb: „Die vielfältigen Rücksichtnahmen, die Breslau im schwierigen schlesisch-böhmisch-habsburgischen Herrschaftsgefüge zu beobachten hatte, bewirkten stärker als anderwärts den Versuch, die gesamte Bürgergemeinde in alle wichtigen Entscheidungen einzubinden und auf einen breiten Konsens hinzuarbeiten [...]. Auch war das Ratsamt in Breslau viel weniger als im Südwesten das Privileg einiger, teilweise über Jahrhunderte regierender Familien“ (S. 45). Die gegenwärtig zu verzeichnende Anerkennung der historischen Familien Breslaus beruht „in der Regel nicht nur aufgrund der Ratszugehörigkeit alleine, sondern im Bunde mit anderen, zumeist mätzenatischen und kulturellen Verdiensten“ (S. 45). Eine ähnliche Problematik wird in den nachfolgenden Passagen „Handwerk und ständisch-soziale Konflikte“ sowie „Demographie und Stratifikation“ geschildert, wobei der Autor auf die mangelnden Quellenarbeiten in diesem Bereich hinweist. Hervorzuheben ist die Tatsache, dass Garber – trotz seiner durchaus positiven Darstellung des Forschungsgegenstands – auch die „dunklen“ Kapitel der Stadtgeschichte wie z.B. die Armut der breiten Massen der Einwohner oder die Judenpogrome mit ihrem Höhepunkt infolge der Hasspredigten des Franziskaners Johannes de Capistrano in der Mitte des 15. Jahrhunderts einbezieht. Die Narration des dritten Kapitels führt über die Perioden der Reformation, der Gegenreformation und der frühen Aufklärung bis in die preußische Ära.

Das vierte Kapitel – „Wiege des Glaubens“ – fängt auf der Dominsel und in ihrer Umgebung an, die selbst im architektonischen Sinne beeindruckend sind und „eine Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart stiften“ (S. 68). Dargestellt wird die Entwicklungsgeschichte des Doms von seinen Anfängen im 10. Jahrhundert über die Katastrophe am Ostermontag 1945 bis zur „vorbildlichen“ Wiedererrichtung nach dem Kriegsende. Diese städtebauliche Dimension kann vor allem als eine Bühne für eine andere, viel wichtigere Dimension des geistlichen Lebens verstanden werden. Es geht hier um die jahrhundertelange Entwicklung des Christentums, wobei zum Schwerpunkt der Darstellung Reformation und Konfessionalismus werden. Figuren wie den Breslauer Bischöfen Johannes IV. Roth, Johannes V. Thurso, Jakob von Salza, Balthasar von Promnitz, Kaspar von Logau und Martin von Gerstmann werden separate Unterkapitel gewidmet. Mit dem Letztgenannten endet „der Blick in das katholische Breslau“ und schwenkt in das evangelische Breslau, zu dessen Ausgangspunkten die Hauptkirche St. Elisabeth, ihre „Schwesterkirche“ St. Maria Magdalena sowie St. Bernhardin gehören. In diesem Teil – *per analogiam* zur Darstellung der katholischen Prominenz – werden führende Köpfe des Breslauer und des schlesischen Protestantismus, u.a. Johann Heß, Ambrosius Moibanus und Zacharias Hermann, sowie wichtige Entwicklungsschritte präsentiert.

Im fünften Kapitel – „Hochburg des Wissens“ – werden Breslau und Schlesien als Phänomene „einer Gelehrtenrepublik“ (S. 121) in der Frühen Neuzeit geschildert, trotz des Fehlens einer Universität, die von Krakau als potentielle Konkurrenz gesehen und „blockiert“ wurde. Diese Rolle sollten hervorragende Gymnasien wie das Elisabethaneum und das Magdaleneum in Breslau, die Trozendorfsche Schöpfung in Goldberg, das Brieger Gymnasium und das Schönaichianum in Beuthen a.d. Oder (das u.a. Martin Opitz besuchte) übernehmen. In weiteren Unterkapiteln werden prominente Figuren des Breslauer und des schlesischen Schulwesens wie Petrus Vincentius, Martin Helwig, Kaspar Pridmann, Johannes von Hoeckelshoven, Petrus Kirstenius, Thomas Sagittarius und Elias Major dargestellt. Hervorzuheben ist die Sonderlage der Region und ihrer Hauptstadt, in der sich wissenschaftliche Strömungen und Einflüsse aus den Gebieten des heutigen Deutschlands, Polens, Österreichs und Tschechiens mit einer einheimischen Komponente und der lateinisch-griechisch-hebräischen Klassik mischten. Als Schlusspunkt des „alten“ Schulwesens wird der Übergang in die preußische Zeit präsentiert, die eine gewisse Modernisierung und Zentralisierung mit sich brachte.

Im sechsten Kapitel – „Zentrum des verschriftlichten Wortes“ – steht das Druck-, das Bibliotheks- und das Archivwesen im Zentrum. Hervorgehoben wird das „trotz aller Katastrophen vergleichsweise günstige Geschick“ (S. 179) der schlesischen Bestände, woraus eine relativ hohe Anzahl erhaltener Quellen resultiert. So stellt Garber fest: „Es gibt unseres Wissens – Nürnberg womöglich ausgenommen – keine städtische Bibliothek im alten deutschen Sprachraum, die auch heute noch über einen derart staunenswerten Reichtum an lokalen Quellen zu Stadt und Region verfügt wie die in erster Linie aus der alten Breslauer Stadtbibliothek hervorgegangene jetzige Breslauer Universitätsbibliothek“ (S. 183). Die Tradition der Breslauer und der schlesischen Bibliotheken verweist auf das Mittelalter und auf die reichen Bestände der zahlreichen Kirchen- und Klosterbibliotheken, die in der ganzen Region verstreut waren. Zu den wichtigsten späteren Entwicklungsetappen des Breslauer Bibliothekswesens werden u.a. die Tätigkeit der Familie Rhediger und die Entwicklung der Sammlung bei St. Maria Magdalena gezählt. In einem weiteren Kapitel wird die preußische Zeit angesprochen: Zentralisierung und Säkularisation sind Stichwörter, unter die sich der Wandel des Breslauer und des schlesischen Bibliothekswesens fassen lässt. Das Projekt einer „Zentralbibliothek“, das von einem „jugendlichen Genie“ (S. 230), Johann Gustav Gottlieb Büsching, angefangen wurde, umfasste u.a. drei Breslauer Stammbibliotheken und die Bestände von „91 Klöstern und Stiften“ (S. 230).

Mit den reichen Bibliotheksbeständen ist natürlich ein gut entwickeltes Druckwesen verbunden, das in Breslau um 1475 mit Kaspar Elyan anfängt. Die Blütezeit des Buchdruckes kam aber erst im 16.–17. Jahrhundert und ist mit Namen wie Dyon, Winkler, Scharffenberg, Baumann und Fellgiebel verbunden.

Im siebten Kapitel – „Kulmination des Humanismus auf schlesischem Boden“ – wird die Verbreitung des Humanismus dargestellt, die schließlich Breslau zum „Hauptquartier der späthumanistischen Bewegung im europäischen Kontext“ (S. 268) machten. Hingewiesen wird dabei auf ein günstiges Zusammenspiel der in den früheren Kapiteln beschriebenen Faktoren (Schulwesen, verhältnismäßig friedliche Koexistenz von mehreren intellektuellen und konfessionellen Positionen), die die Entwicklung des Humanismus begünstigten. Erwähnt wird in diesem Kontext eine spezifische, fruchtbare kulturelle Interaktion zwischen Adel und Gelehrtenschaft (S. 278). Im Zuge des Humanismus prägten sich auch Elemente

einer regionalen Identität, ein „Kult der Heimat“ (S.255) aus. Dabei erwähnt der Autor eine in Deutschland wenig verbreitete etymologische Erklärung, der Name Schlesien stamme von „Slenz“ – „dem alten Namen des Vaters Zobten“ und nicht von den Silingern. Als führende Gestalten des schlesischen Humanismus finden u.a. Caspar Ursinus Velius, Georg von Logau, der schon früher erwähnte Martin Helwig (dem die erste Landkarte Schlesiens aus dem Jahre 1561 zu verdanken ist) und schließlich Crato von Crafftheim Erwähnung.

Das achte Kapitel ist dem literarischen Schaffen der Region und der Stadt gewidmet. Schon sein Titel – „Führende literarische Landschaft des 17. Jahrhunderts“ mit dem Untertitel „Deutsche Dichtung zwischen Opitz und Lohenstein“ – zeigt deutlich, dass die deutschsprachige Dichtung von Schlesien aus einen „einschneidenden, um nicht zu sagen revolutionären Paradigmenwechsel“ erlebt habe (S.281), mit dem „Deutschland Anschluß findet an die weiter fortgeschrittene Entwicklung im Osten und Westen Europas, Polens und Ungarns dort, der romanischen Länder, Englands und der Niederlande her“ (S.282). Die Impulse für eine solche Entwicklung verortet Garber an den reformierten Höfen der schlesischen Piasten.

Eine prägende Person auf dem Feld der Literaturtheorie bleibt dabei der gebürtige Bunzlauer Martin Opitz, jedoch findet sich im achten Kapitel auch einiges (u.a. zahlreiche Zitate) von anderen schlesischen Autoren wie Christoph Köler/Colerus, Andreas Tscherning, Christian Hoffmann von Hoffmannswaldau oder Daniel Caspar von Lohenstein (eine lange Analyse des Dramas „Epicharis“). Überraschenderweise werden in diesem Teil Autoren wie Angelus Silesius, Andreas Gryphius, Jakob Böhme oder Daniel Czepko nur knapp erwähnt. Diese Unterlassung erklärt der Autor am Anfang des neunten Kapitels: „wir haben so gut wie kein Wort verloren über die schlesische Mystik, die auch in Breslau eine Heimstatt besaß [...] wir müssen uns bescheiden, schreiben keine Literaturgeschichte Breslaus“ (S.339). Der Verzicht auf diese Personen kommt in der Gesamtschau des Buches unerwartet, denn separate Unterkapitel wurden verdienten, aber weniger bekannten Breslauern und Schlesiern gewidmet. Das neunte Kapitel selbst trägt den Titel „Aufklärung als Bewahrung einer großen Tradition“. Hier werden „große Namen und Projekte aus Breslaus aufgeklärtem Jahrhundert erinnernd vergegenwärtigt“ (S.340); dazu gehören Nicolaus Henel von Hennenfeld, Martin Hanke, Gottlob Krantz, Christian Ezechiel, Christian Friedrich Paritus und Samuel Benjamin Klose.

Im abschließenden zehnten Kapitel – „Alteuropäisches Erbe und Wege in die Moderne“ – wird gezeigt, inwieweit das Erbe der früheren Epochen, insbesondere der Frühen Neuzeit, grundlegend für die kulturelle Entwicklung Breslaus wurde. Thematisiert werden z.B. gelehrte Zusammenschlüsse und Vereine, Museen oder Akademien. In der Menge der hier beschriebenen exponierten Personen und Institutionen des Kulturlebens seien beispielsweise die Zeitschrift „Schlesische Provinzialblätter“, die „Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur“, der „Verein für Geschichte und Alterthum Schlesiens“, Gustav Adolf Harald Stenzel, Hermann Palm, Julius Krebs und Hermann Luchs herausgehoben. Zum Schluss wird die besondere Rolle Breslaus für das deutsche Universitätswesen erörtert. „Wieder ist von der Gestalt Büschings auszugehen. Und wiederum ist Breslau der intellektuelle Umschlagplatz“ (S.417). Hier nämlich hat Büsching mit seinem Kommilitonen Friedrich Heinrich von der Hagen altgermanische und altdeutsche Texte erarbeitet, was 1817 (bei Garber 1815) zum ersten Ordinariat für germanische Philologie an einer deutschen Universität (der kurz zuvor, im Jahre 1811, gegründeten Breslauer Universität) für von der Hagen führte.

Der „Epilog“ trägt zum Teil einen persönlichen Charakter und ist mit dem „Nachwort“, gute hundert Seiten später, in Verbindung zu setzen. Neben den für solche Buchbestandteile typischen Rückblicken auf den Inhalt sind hier Erfahrungen des Autors zu finden, etwa von dessen erster Breslau-Reise im Jahre 1979. Bemerkenswert sind die Überlegungen Garbers zu Schlesien und zur deutsch-polnischen Nachbarschaft, die heutzutage immer stärker im Geiste einer objektiven Wertschätzung für die Vergangenheit und das gemeinsame Kulturerbe betrieben werden. Die Wahl Breslaus zur Kulturhauptstadt Europas 2016 wird vom Autor als Krönung der langjährigen, manchmal unterschätzten Kulturgeschichte der Odermetropole angesehen.

Zwischen dem Epilog und dem Nachwort sind zwei Teile zu finden („Abbildungen“ und „Anmerkungen“), zu denen an dieser Stelle einige Vorbehalte eingeräumt werden müssen: Als erstes fällt hier eine gewisse Inkonsequenz in den Bildbeschriftungen auf. Bei einigen Bildern, insbesondere bei den Gebäuden (Abbildungen 6, 7, 10, 12, 17 oder 21) fehlt jedwede Datierung. So kann ein Ortsunkundiger verzweifelt nach charakteristischen Turmhelmen, den Häusern zwischen der Markthalle und dem Oderufer oder einem Reiterdenkmal vor dem Vinzenzstift suchen, die heutzutage nicht mehr existieren. Die Abbildungsnachweise an das Ende des Buches zu setzen, erschwert die Nutzung. Andererseits sind die Beschreibungen auf anderen Seiten, z.B. unter den Stadtplänen oder unter der letzten Abbildung Nr. 38, informativ und vollständig.

Eine zweite kritische Bemerkung bezieht sich auf die Platzierung der Anmerkungen. Diese auf den letzten Seiten des Buches als Endnoten zu drucken, behindert den Lesefluss. Möglicherweise ist dieses Vorgehen jedoch dem großen Umfang der zitierten Quellen zuzuschreiben.

Das Verzeichnis „Ausgewählte Literatur“ umfasst sowohl die älteren Werke aus dem 18. Jahrhundert als auch die neuesten Veröffentlichungen der letzten fünf Jahre. Unter den aufgelisteten Werken sind sowohl deutsche und polnische als auch andere (z.B. von Norman Davies und Roger Moorhouse) zu finden.

Hinsichtlich der inhaltlichen Dimension hat der Rezensent drei Anmerkungen. Die erste bezieht sich auf das Nichtvorhandensein von einigen Bereichen der Breslauer Kulturgeschichte. Einige Aspekte erläutert der Autor selbst, etwa: „Von der Musik, dem Lied und dem Gesang, dem Konzert und der Oper, dem Ballett und dem Theater war so wenig die Rede wie von anderweitigen Formen des geistigen Ausdrucks und Austausches“. Dies erfährt der Leser aber erst im Epilog, auf Seite 445. Hinzuzufügen wäre ansonsten die ganz spärliche Erwähnung der „Leopoldina“. Andere Bereiche der Kulturgeschichte (Reformation, Schul-, Bibliotheks- und Archivwesen) werden dagegen sehr detailliert beschrieben – vielleicht wäre also eine andere Formulierung des Untertitels „Kulturgeschichte einer geistigen Metropole“ günstiger gewesen.

Über den ersten, eigentlichen Titel des Werkes „Das alte Breslau“ könnte man ebenfalls länger diskutieren. Es fehlt – vielleicht irgendwie am Anfang des Buches – ein klares Kriterium für die Konstruktion „Das alte Breslau“. Mit der Phrase kann man z.B. nur das mittelalterliche Breslau, Breslau vom Mittelalter bis zur Annexion durch Preußen bzw. zu den Napoleonischen Kriegen, zur Vereinigung Deutschlands 1871 oder sogar zum Ende des Zweiten Weltkrieges assoziieren. Zwar war die „Konzentration auf die Frühe Neuzeit von Anfang an erklärtes Ziel“ (S. 39), doch gibt es davon einige Ausnahmen, denn die Geschichte des Archiv- und Bibliothekswesens (im sechsten Kapitel) wird beispielsweise

bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts fortgeführt. Im zehnten Kapitel haben wir es mit einer ähnlichen Situation zu tun, dort aber kann es als eine im Sinne des Kapitels legitime inhaltliche Erweiterung gesehen werden.

Resümierend ist festzustellen, dass der Titel etwas zu allgemein formuliert ist und manchmal irreführend sein kann.

Die zweite Bemerkung des Rezensenten bezieht sich auf die ebenfalls nicht ganz konsequente geografisch-politische Zuordnung Breslaus und Schlesiens. Im Buch wird die Lage Breslaus mit Formeln wie „im alten deutschen Sprachraum“ (S. 179), „im weiten deutschen Sprachraum“ (S. 323), „im weiten alten deutschen Sprachraum“ (S. 281), „im alten Deutschland“ (S. 44, 183), „auf deutschem Boden“ (S. 189) oder „im alten Reich“ (S. 15) verwendet. Es geht dabei auf keinen Fall um den Vorwurf irgendeines großdeutschen Revisionismus oder Chauvinismus,¹ sondern um innere Konsequenz und Klarheit der Begriffe (Sprachraum, alt, weit). Außerdem hebt der Autor selbst zu Recht hervor, dass „eine Reihe von Optionen sich für Schlesien im späten Mittelalter abzeichneten, bevor im Jahre 1526 die für mehr als zwei Jahrhunderte entscheidende Weichenstellung [die Habsburger; M. M.] erfolgte. Lange Zeit hatten die polnischen Piasten² und die böhmischen, bzw. mährischen Premysliden um die Vorherrschaft auf schlesischem Boden gerungen“ (S. 20). Ähnlich unscharf sind die Bezeichnungen mit dem Begriff „das (alte) Reich“: „als Ludwig der Bayer seinen böhmischen Vasallen dann mit allen bis dato erworbenen schlesischen Besitzungen belehnte, war Schlesien mit Ausnahme des selbständig gebliebenen Herzogtums Schweidnitz-Jauer und des Bistums Breslau für einen Moment lang unmittelbarer Teil des Reichs geworden. Karl IV. beseitigte diesen Zustand alsbald wieder, indem er als König von Böhmen die schlesischen Herzogtümer der Krone Böhmens integrierte und damit die Reichsmittelbarkeit festschrieb, die für den Großteil Schlesiens als Nebenland Böhmens bis zur Annexion durch Preußen verbindlich blieb [...] Schlesien war mittelbares Reichslehen und verfügte als solches weder über Sitz noch Stimme auf dem Reichstag“ (S. 21 f.). Hinzufügen ist die Tatsache, dass mehrere im Buch zitierten Autoren sich auf keinen Fall mit Deutschland, Polen oder Böhmen identifizieren, sondern mit dem „Vaterland Schlesien“ (S. 166, 405).

Die dritte Bemerkung betrifft einige Sachfehler und Verallgemeinerungen des historischen Hintergrunds von Schlesien bzw. Breslau. Auf Seite 29 wird z.B. die Zerstörung der Glogauer Friedenskirche mit dem Zweiten Weltkrieg in Zusammenhang gebracht – in der Tat verbrannte dieses Gotteshaus schon im 18. Jahrhundert. Auf der gleichen Seite liest man Folgendes: „Den drei ‚Gnadenkirchen‘ standen schließlich 656 eingezogene evangelische Kirchen gegenüber“. Gemeint sind hier sicherlich die drei Friedenskirchen, da es sich in diesem Teil des Werkes um die Zeit direkt nach 1648 handelt. Eine eventuelle metaphorische Verwendung des Begriffes „Gnadenkirche“ wäre an dieser Stelle irreführend, weil die Gnadenkirchen³ erst kraft der Altranstädter Konvention 1707 errichtet werden durften. Auf S. 68 wird die Gründung des Bistums Breslau auf das Ende des 11. Jahrhunderts terminiert. Tatsächlich entstand das Breslauer Bistum bereits im Jahre 1000 (gemeinsam

- 1 Diese Zeiten sind Gott sei Dank längst vorbei und der Autor spricht über Polen in vielen Passagen des Buches mit einer großen Sympathie.
- 2 Es ist übrigens fraglich, ob alle Piasten als „polnisch“ beschrieben werden können und ob für diese Zeit eine solche Zuordnung überhaupt möglich ist.
- 3 Mehr als drei, und zwar in Hirschberg, Landeshut, Teschen, Militsch, Freystadt und Sagan.

mit dem Erzbistum Gnesen und den Bistümern Krakau und Kolberg, infolge des „Gipfeltreffens“ des römischen Kaisers Otto III. mit dem Fürsten Boleslaus dem Tapferen, dem späteren ersten König von Polen). In Bezug auf diese Bistumsgründung scheinen außerdem einige verallgemeinernde Urteile über „kaum kultivierte Gegenden“ in Schlesien vor der großen Ansiedlungswelle im 13. Jahrhundert (S. 8) oder über das „Ende der Vorgeschichte der Stadt“ und die „Überwindung des slawischen Heidentums“ in der gleichen Periode (S. 9) fraglich zu sein.

Die genannten kleinen Mängel beeinträchtigen in sehr geringem Maße den unbedingt guten Eindruck, den „Das alte Breslau“ macht. Es ist ein akribisches Werk mit einer überdurchschnittlich reichen Faktografie, insbesondere zur Periode der Frühen Neuzeit.

Hervorzuheben ist die klassische, elegante Sprache des Autors. In Garbers Werk findet man kaum „moderne“ Anglizismen, sondern klassische Formulierungen wie „bis dato“, „Dezennien“ oder „gen“. Aber sogar solche Konstrukte wie „schwerlich wird man behaupten wollen“, „jedwede“, „wir aber betreten diese Insel mit den Zeugnissen einer perennierenden klerikal-urbanen Kultur nicht, um uns an ihrer Splendiddität zu ergötzen“ untergraben nicht den ehrlichen und persönlichen Stil der Narration. Ganz im Gegenteil – sie bilden sogar manchmal eine Sagen-Stimmung, die zur analysierten Thematik sehr gut passt.

Obwohl Breslau Hauptgegenstand der Überlegungen ist, lässt sich von einem universellen Wert des Buches sprechen. Deswegen ist das Werk Garbers nicht nur eine spannende Lektüre für die Breslau- und Schlesiensforscher, sondern für alle, die sich auch im fernerem Sinne mit der europäischen und der globalen Kulturgeschichte befassen.

Marcin Miodek, Wrocław

Matthias Weber (Hrsg.): Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 20 (2012). München: Oldenbourg Verlag 2012, 696 S., Abb.

Musik im östlichen Europa ist ein Thema, zu dem es im deutschsprachigen Kulturraum vergleichsweise wenig einschlägige Literatur gibt: Musikwissenschaftliche Untersuchungen entstehen häufig aus einer euro- oder sogar germanozentrischen Perspektive heraus und beschäftigen sich folglich im Wesentlichen mit anderen Forschungsgebieten. Umso bemerkenswerter ist es, dass sich das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte im östlichen Europa (BKGE) mit seinem Jahrbuch 2012 genau diesem Themengebiet widmet: In 23 abwechslungsreichen Aufsätzen geht es in dem Buch um das Thema Musik. In den Aufsätzen werden insbesondere interkulturelle, interethnische und sozialgeschichtliche Aspekte von Musik im östlichen Europa beleuchtet. Hierbei wurde kein durchgehend musikwissenschaftlicher, sondern ein interdisziplinärer Ansatz gewählt. Darüber hinaus gewährt der Band Einblicke in die Forschungsprojekte der aktuellen Immanuel-Kant-Stipendiatinnen und -Stipendiaten des BKGE sowie die durch den Immanuel-Kant-Forschungspreis prämierten Forschungsprojekte.

Mit dem Schwerpunkt „Musik“ erscheint die seit 1993 herausgegebenen Jahrbuchreihe des BKGE erstmalig in einem neuen Format und mit einem Themenschwerpunkt. Das Thema Musik stellt hierbei eine gelungene Wahl dar; durch die Bandbreite der möglichen Forschungsthemen bestand die Möglichkeit, zahlreiche Einzelthemen herauszuarbeiten und

miteinander zu verbinden. Untergliedert wurden die Einzelthemen in die vier Themenblöcke „West-östliche Musikbeziehungen“, „Interpretation und Rezeption“, „Geistliche Musik“ und „Historische Gesangskultur“.

Unter dem Titel „West-östliche Musikbeziehungen“ werden zunächst exemplarisch die Konzertreisen einiger MusikerInnen untersucht (Klaus-Peter Koch) und Richard Wagners Berührungspunkte mit dem östlichen Europa am Beispiel seiner Reaktion auf den Novemberaufstand und seines Aufenthalts in Königsberg herausgearbeitet (Lech Kalego). Zudem wird die künstlerische Arbeit des Pianisten und Dirigenten Johannes Ruckgaber in Galizien einer Betrachtung unterzogen (Luba Kyanovs'ka und Ol'ga Osadcja), ebenso wie der Kapellmeister Fëdor Bogdanovič Gaaze und sein Beitrag zur Entwicklung russischer Militärmusik (Andrej Michajlov). Der Pavlovsker musikalische Bahnhof wird in seiner Funktion als deutsch-russischer Begegnungsort dargestellt (Rüdiger Ritter).

In dem Kapitel „Interpretation und Rezeption“ werden die Archivierungsmodalitäten und die Archivalien vorgestellt. Auf diese Weise wird im weiteren Sinn die Rezeption des kompositorischen Werks der beiden Brüder Joseph und Michael Haydn in böhmischen Musikarchiven aufgezeigt (Michaela Freemanová). Die Funktion von Musik in schlesischen Bade- und Kurorten und die aufführungspraktische Bedingungen für Musikerinnen und Musiker dieser Musik werden umfassend dargestellt (Lucian Schiwietz). Es wird die Rolle des Komponisten Carl Loewe im Salon der Geheimrätin Sophie Auguste Tilebeins in Stettin aufgezeigt und auf diese Weise ein Teil des zeitgenössischen Musiklebens dargestellt (Dominika Wyrzykiewicz). Die Einflüsse der französischen *Opéra lyrique* auf Josef Bohuslav Foersters Oper „Eva“ sowie einige Entstehungs- und Aufführungsbedingungen der Oper werden ebenso behandelt (Jiří Kopecký) wie die Rezeption von Paul Hindemiths künstlerischer Arbeit im Allgemeinen und seiner kompositorischen Arbeit im Besonderen in tschechischen Musikzeitschriften von 1922 bis in die Gegenwart (Lenka Přibylová). Die Rezeption von Musik im weiteren Sinn wird in der Untersuchung von Arnold Zweigs Umgang mit Musik in mehreren ausgewählten Novellen beleuchtet (Gabriella Rácz). Die künstlerische Tätigkeit des Pianisten Svjatoslav Richter im Spannungsfeld der restriktiven sowjetischen Politik wird ausführlich wiedergegeben (Natalia Donig). Als letzter Beitrag dieses Themenblocks werden vierzehn Briefe des israelischen Komponisten Abel Ehrlich an den Geiger Kolja Lessing mit Kommentaren versehen und zum ersten Mal veröffentlicht (Kolja Lessing).

Unter der Überschrift „Geistliche Musik“ findet als erstes die Untersuchung des schlesischen Gesangbuches „Geistliche Kirchen- und Hauß=Music“ Platz (Anna Mańko-Matyasiak). Hierbei werden Entstehung und Inhalt des Gesangbuches dokumentiert und die identitätsstiftende Funktion des Buches erläutert. Im Anschluss daran wird die Zusammenarbeit des evangelischen Predigers und Dichters Michael Albinus und des Kantors und Organisten Christoph Werner herausgearbeitet (Piotr Kociumbas) sowie in einem weiteren Beitrag die Arbeitsverhältnisse von Domkapellmeistern, Instrumentalisten und Choristen exemplarisch durch die Darstellung einzelner Biografien an bedeutenden Domkirchen Südosteuropas beleuchtet (Franz Metz). Darüber hinaus werden die Erscheinungsformen und Protagonisten von nicht-katholischer Kirchenmusik in Polen am Beispiel der evangelisch-augsburgischen Trinitatiskirche in Warschau aufgezeigt (Michael F. Runowski) und das Repertoire des Organisten und Kirchenmusikers Johannes Sermuksl und seine Zusammenarbeit mit anderen Musikerinnen und Musikern untersucht (Helmut Loos). Im letzten Beitrag dieses Kapitels

wird das Kirchenliedrepertoire heimatvertriebener Menschen in westdeutschen Diözesen unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet (Ansgar Franz, Christiane Schäfer).

Unter der Überschrift „Historische Gesangskultur“ geht es in einem ersten Beitrag anhand ausgewählter Aspekte um die Geschichte der deutschen Gesangsvereine in Sankt Petersburg (Jeanna Kniazeva). Außerdem wird das deutsche Männerchorwesen in Ostmitteleuropa untersucht (Harald Lönnecker) und am Beispiel der Gesangspädagogin Monika Hunnius das Spannungsfeld von Weiblichkeit und Berufstätigkeit beleuchtet (Anja Wilhelmi). Zuletzt wird Musik im Allgemeinen und Liedgut im Besonderen als immaterielles Kulturerbe in der Kaschubei untersucht (Cezary Obracht-Prondzyński, Józef Borzyszkowski).

Es wurde bereits eingangs erwähnt und durch diese kurze Zusammenfassung der Beiträge bestätigt: Die Aufsätze bieten eine enormes Themenspektrum und erschließen auf diese Weise das Thema Musik aus vielen Perspektiven. Es wird Musik an verschiedenen Orten, Regionen und in unterschiedlichen Zeiträumen untersucht, es werden sozialgeschichtliche Aspekte analysiert und unterschiedliche Erscheinungsformen von Musik beleuchtet. Musikkulturelles Handeln wird umfänglich dargestellt und Musikerinnen und Musiker in den Mittelpunkt der Forschungen gerückt, die häufig marginalisiert oder sogar ignoriert werden. Viele der Aufsätze befassen sich folglich mit ausgesprochenen Forschungsdesiderata und erläutern aus diesem Grund die Themen nicht erschöpfend, sondern überblicksartig. Der Behandlung dieses breiten Themenspektrums ist vermutlich der beachtliche Umfang des Bandes von knapp 700 Seiten geschuldet.

Die Bandbreite der Themen spiegelt sich auch in der Bandbreite der vertretenen Fachrichtungen wider, beziehungsweise wird durch diese bedingt: Es kommen HistorikerInnen, MusikerInnen, MusikwissenschaftlerInnen und andere aus verschiedenen Ländern zu Wort. Es sind folglich diverse Zugangsweisen und Methoden vertreten, die das Buch lebendig und abwechslungsreich machen. An diesem Aspekt zeigt sich allerdings auch eine Schwäche des Buches: Teilweise wirkt die Zusammenstellung etwas willkürlich, zentrale musikwissenschaftliche Literatur wird teils nicht in die Untersuchungen einbezogen und Sachverhalte in Einzelfällen unvollständig wiedergegeben.

Die Schwächen des Bandes sind jedoch gleichzeitig auch seine Stärken: Thematische Vielfalt wird in diesem Buch einem traditionellen Meisterwerkgedanken entgegengesetzt, Abwechslungsreichtum einem Kanondenken, Methodenreichtum einem eingefahrenen, werkzentrierten Zugang. Durch den interdisziplinären Zugang eröffnet das Buch spannende Perspektiven auf Musik im weiteren Sinne. Es lädt ein, über den Tellerrand der eigenen wissenschaftlichen Disziplin hinauszublicken und zeigt auf, wie gewinnbringend wissenschaftliche Interdisziplinarität sein kann.

Leider kommt der Band nicht ganz lesefreundlich daher. Der Einband informiert beispielsweise erst auf der Rückseite über den Schwerpunkt Musik. Was genau wie und von wem unter dem Begriff Musik zu verstehen ist, wird außerdem an keiner Stelle differenziert dargestellt. Dasselbe gilt für die vier großen Themenblöcke: Die etwas willkürlich wirkenden Überschriften werden weder reflektiert noch vorgestellt. Darüber hinaus sind sie lediglich im Inhaltsverzeichnis abgedruckt und bieten aus diesem Grund beim Lesen selbst keine Orientierungshilfe. Der Versuch, die Aufsätze zu strukturieren und die Orientierung im Buch zu erleichtern ist somit nicht vollständig geglückt. Ebenfalls wenig lesefreundlich sind die Titel der einzelnen Aufsätze: Die wenig griffig daher kommenden Titel laden nicht un-

bedingt zum Lesen ein. Grund hierfür ist vermutlich die fehlende Differenzierung in Haupt- und Untertitel beim Druck. Glücklicherweise sind jedoch die Zwischenüberschriften in den einzelnen Aufsätzen, welche die Texte sinnvoll strukturieren und eine Orientierung bieten. Eine erfreuliche Abwechslung im Fließtext stellen darüber hinaus die teilweise farbigen Abbildungen dar; sie sind gut zu erkennen und ergänzen die Texte in hilfreicher Weise.

Raika Simone Maier, Hamburg

Karsten Brüggemann, Mati Laur u.a. (Hrsg.): Die baltischen Kapitulationen von 1710. Kontext – Wirkungen – Interpretationen, Köln u.a.: Böhlau Verlag 2014, 217 S.

Der vorliegende Aufsatzband geht auf eine Jubiläumstagung zurück, die 2010 in Tartu abgehalten wurde. In der Einleitung der Herausgeber wird zunächst an die Umstände erinnert, unter denen es in der Zeit des Großen Nordischen Krieges (1700–1721) zur russischen Inbesitznahme der Provinzen Estland und Livland kam, die bis dahin zum Schwedischen Reich gehört hatten. Die Befehlshaber der erfolgreichen russischen Truppen schlossen 1710 mit den Ritterschaften, den großen Städten und den schwedischen Garnisonen in Estland und Livland „Kapitulationen“ ab, die den dortigen deutschen Ständen den Erhalt ihrer Privilegien zusicherten und die Autonomie der Provinzen garantierten. Beansprucht und bewilligt wurden u.a. der lutherische Glaube, die deutsche Amtssprache und Rechtsordnung sowie Besitzrechte und Verwaltungsbefugnisse des Adels. Zar Peter (der künftige „Große“) bestätigte die Vereinbarungen, und 1721 wurden ihre wesentlichen Punkte durch den Frieden von Nystad international anerkannt.

In geraffter Form gehen die Herausgeber sodann auf die Motive und Folgen der Baltikumspolitik Peters ein. Dem Zaren kam es darauf an, Helfer und ein Modell für die Modernisierung Russlands zu gewinnen. Die Privilegierung der Deutschbalten führte dazu, dass sie treue Anhänger der Romanov-Dynastie blieben. Außerdem geht es in der Einleitung um die Bewertung der Kapitulationen im historischen Schrifttum und um ihre Rolle bei den deutschbaltisch-russischen Auseinandersetzungen in der Zeit der „Russifizierung“. Die dann folgende Kurzvorstellung der Beiträge des Bandes endet sinnvollerweise mit einem Blick auf weitere Forschungsaufgaben.

Grundsätzlichen Charakter besitzt der erste, von Jürgen von Ungern-Sternberg verfasste Beitrag über „Europäische Kapitulationsurkunden: Genese und Rechtsinhalt“. Hier wird zunächst vermerkt, dass der Ausdruck „Kapitulation“ in älterer Zeit ganz allgemein einen Vertrag meinte. Was die baltischen Kapitulationen von 1710 betrifft, hebt der Autor hervor, dass dort an keiner Stelle die bestehenden Rechtsverhältnisse im Interesse des Siegers verändert wurden. Um diesen Befund zu erklären, wendet sich der Verfasser gleichartigen Kapitulationen, die europäische Städte und Provinzen mit Gegnern abgeschlossen hatten, sowie der historischen Genese dieser Vertragsform zu, wobei er bis in die Antike zurückgeht. Besonders beachtenswert ist, dass auch die russischen Regierungen schon seit dem 16. Jahrhundert den Vertragstyp der Kapitulation kannten, bei dem die deklarierten Rechtsansprüche der Unterworfenen prinzipiell akzeptiert wurden. Das Zustandekommen der frühneuzeitlichen baltischen Unterwerfungsverträge mit Schweden, Polen-Litauen und Russland lässt sich mit diesem Usus einfacher und eindeutiger erklären als bisher. Beachtung verdienen auch die gebotenen Hinweise darauf, wie die einzelnen Staaten später mit den baltischen

Kapitulationen umgingen. Ungern-Sternberg hat seine sehr belangvollen Erkenntnisse jüngst auch andernorts dargelegt, an dieser passenden Stelle geschieht dies historisch vertieft.

Anschließend behandelt Ralph Tuchtenhagen „Die Kapitulationen von 1710 im Kontext der schwedischen Reichspolitik Ende des 17. Jahrhunderts“. Der Autor richtet seinen Blick auf das schwedische Gesamtreich, das nach verlustreichen Kriegen Ende der 1670er Jahre vor dem Bankrott stand. Daraufhin beschloss der Reichstag im Jahre 1680 die „Reduktion“ der als Dienstlehen vergebenen Adelsgüter zu Gunsten der Krone. In den Ostseeprovinzen regte sich Widerstand, nachdem dort über die Donationen der schwedischen Könige hinaus mit der Einziehung von Gütern begonnen wurde, die bereits vor der Schwedenzeit im Besitz des Provinzadels gewesen waren. Als schonungslos kennzeichnet der Autor u.a. auch die Unifizierung der Verwaltung der Ostseeprovinzen im späten 17. Jahrhundert und die Schwedisierung der Universität Dorpat. Für ihn bildete diese Politik den entscheidenden Grund dafür, dass Schweden die Provinzen Estland und Livland an das Zarenreich verlor.

Unter dem Titel „The Capitulations of 1710 in the Context of Peter the Great’s Foreign Propaganda“ spürt Pärtel Piirimäe dem ideologischen Wandel bei der Rechtfertigung der russischen Baltikumspolitik nach. Ein wesentliches Anliegen Peters bestand darin, ein positives Bild von Russland zu vermitteln und selbst als christlicher und gerechter Herrscher zu erscheinen. Für den Eroberungskrieg im Baltikum ergaben sich dabei Schwierigkeiten, weil Estland und Livland gemäß einer ursprünglichen Koalitionsvereinbarung an August den Starken (als König von Polen) fallen sollten und die russische Kriegsführung barbarische Züge trug. Umso mehr kam es der russischen Seite darauf an, das rechtswidrige Verhalten der Schweden im Baltikum anzuklagen und den Krieg gegen sie als *bellum iustum* darzustellen. Um möglichen Ansprüchen Schwedens und Polens vorzubeugen, wurde schließlich auf angebliche historische Rechte Russlands auf das Baltikum abgehoben. Piirimäe fragt auch danach, ob die Ideologie Einfluss auf die politische Praxis ausgeübt habe. Dies kommt für die Kapitulationszusagen infrage, die der Autor als ungewöhnlich vorteilhaft für die baltischen Stände einschätzt. Leider blieb ihm der Betrachtungsansatz von Ungern-Sternberg unbekannt, sodass er den im Prinzip üblichen Charakter der Vereinbarungen nicht berücksichtigt. Dies beeinträchtigt seine kluge Darstellung ansonsten aber keineswegs. Zu ihr gehört auch eine Analyse von Peters Gebrauch des Imperator- bzw. Kaisertitels. Dieser wird in den Kapitulationstexten demonstrativ benutzt; seine Verwendung begann aber schon vor der Gewinnung Est- und Livlands, wie der Autor belegt.

Über die estländische Kirchenleitung nach 1710 legt Andres Andresen eine gründliche Studie vor. In der Schwedenzeit wurde die Kirche der Provinz Estland durch einen Bischof und ein geistliches Konsistorium geleitet. Gemäß den Kapitulationen von 1710 hätte es unter der russischen Herrschaft so bleiben sollen. In diese Richtung gingen auch die Bestrebungen der lutherischen Geistlichkeit. Dagegen war die Estländische Ritterschaft bemüht, die Kirche ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Im Jahre 1715 hatte sie damit Erfolg: Ein der Ritterschaft angehöriger Landrat wurde Konsistoriumspräsident, und in das Konsistorium wurden auch Nicht-Geistliche aufgenommen. Einen Bischof gab es nicht mehr. Andresen ist überzeugt, dass die deutschbaltische Geschichtsschreibung diesen schwerwiegenden Bruch der Bestimmungen von 1710 seitens der Ritterschaft nicht beachtet hatte, weil er die Programmatik der Deutschbalten beim Kampf gegen die „Russifizierung“ unterhöhlt hätte, stellte dabei doch gerade die Unverletzlichkeit der Privilegien die Grundforderung gegenüber Russland dar.

Zum Thema „Katharina II. und die Kapitulationen von 1710“ steuert Mati Laur einen Aufsatz bei. Darin weist der Autor einen Wandel im Verhältnis der Kaiserin zu den Ostseeprovinzen nach: Als Katharina 1762 die baltischen Privilegien bestätigte, sah sie darin offenbar eine Routineangelegenheit. Bald musste sie jedoch feststellen, dass die im Baltikum geltende Ordnung für ihre an den Interessen des Reiches als Ganzem orientierte Politik hinderlich war. Ihr Streben nach einer Integration der Ostseeprovinzen in das Imperium führte 1783 zur Übertragung der im inneren Russland geltenden Statthalterschaftsverfassung auf Est- und Livland. Dies bedeutete aber keine radikale Aufhebung der baltischen Autonomie. Nach dem Tode Katharinas (†1796) stellte Kaiser Paul die vor 1783 existierende Ordnung weitestgehend wieder her.

Gert von Pistohlkors wendet sich dem politischen Meinungskampf der Deutschbalten zwischen 1841 und 1885 zu, in einer Zeit also, die vor dem massiven Einwirken der russischen Staatsmacht auf die baltischen Verhältnisse liegt, in der die auf den Privilegien von 1710 beruhende Eigenständigkeit der Ostseeprovinzen aber bereits problematisch geworden war. In das Blickfeld geraten konservative (zugleich reichstreue) und liberale (für die Gestaltung eines Regionalismus engagierte) Positionen, die bei ihrer Argumentation nicht selten die Kapitulationen von 1710 in Anspruch nahmen. Besonders ausführlich geht der Autor auf Julius Eckardt und seine Auseinandersetzung mit dem Gegner der baltischen Autonomie Jurij Samarin ein, ferner auf Jegör von Sivers, einen bisher zu wenig beachteten Vertreter fortschrittlicher Auffassungen.

„Die baltischen Kapitulationen von 1710 und die Gesetzbücher des 19. Jahrhunderts“ werden von der Rechtshistorikerin Marju Luts-Sootak genau in den Blick genommen. Was die Vereinbarungen von 1710 betrifft, wurden in der Literatur immer wieder dieselben großen Zugeständnisse wie die lutherische Glaubensform, die deutsche Amtssprache, die Güterrestitution usw. beachtet. Luts-Sootak weist nun darauf hin, dass die Kapitulationen insgesamt 266 Punkte enthalten, von denen sie dauerhaft relevante Punkte aus den Kapitulationen der Ritterschaften genauer vorstellt. Eine Dauerlösung von Problemen wurde von einer umfassenden Kodifikation erwartet. Einen großen Schritt in dieser Richtung bildete 1845 das Erscheinen von zwei Bänden, in denen wesentliche Teile des Provinzialrechts in umgearbeiteter Form enthalten sind. Diese offizielle Publikation besaß einen konservativen Charakter: Sie bestätigte nicht nur die bisherigen Privilegien der baltischen Stände, sondern erweiterte noch einmal die Rechte des immatrikulierten Adels, wie Luts-Sootak herausarbeitet. Dies betraf die Besetzung von Justizstellen und den Erwerb von Rittergütern. Wenig später begann jedoch der Abbau der Adelsprivilegien.

Nach einem kurzen russisch-schwedischen Krieg war 1809 auch Finnland ein Teil des Zarenreiches geworden. Ein Vergleich der dortigen Verhältnisse mit denen in den baltischen Provinzen und die Frage nach einer eventuellen Vorbildwirkung der letzteren verdienen zweifellos Interesse. Der vorliegende Band enthält dazu zwei Beiträge: Lars Björne liefert einen Überblick über die Rechtsentwicklung in Finnland, der auch Vergleiche bietet und Beziehungen nachweist, während Robert Schweitzer die Frage nach der Bedeutung der Kapitulationen und der Autonomie der baltischen Provinzen für Finnland in den Vordergrund stellt. Unbezweifelbar ist, dass Finnland bei der Behauptung seiner Selbstständigkeit erfolgreicher war als die Ostseeprovinzen. Björne sieht den wichtigsten Grund dafür im hartnäckigen Bestreben der führenden finnischen Beamten, die oft den Widerstand russischer Behörden überwand. Für den Aufbau der eigenständigen finnischen Verwaltung bildete

Schweden ein wichtiges Vorbild. Einen Vorteil stellte es dar, dass die höchste regionale Rechtsinstanz in Finnland selbst lag, während sich diejenige für die baltischen Provinzen in St. Petersburg befand. Robert Schweitzer zeigt, dass die Finnen insofern eine konkrete Erfahrung mit der baltischen Autonomie besaßen, als das bereits 1710 von Russland eroberte östliche „Alte Finnland“ (mit Wiborg) in beträchtlichem Umfang Strukturen einer baltischen Provinz aufwies. In begrenztem Maße konnte die baltische Autonomie von den Finnen auch als Modell wahrgenommen werden, doch wirkte die Leibeigenschaft in den Ostseeprovinzen abschreckend, und sehr viel deutlicher tritt hervor, dass umgekehrt Finnland aus baltischer Sicht zum Vorbild wurde.

Der Band enthält fast nur Beiträge estnischer und deutscher Autoren, zwischen denen die Kooperation ja allgemein besonders eng ist. Der souveräne Aufsatz von Lars Björne aus Finnland bestätigt aber, dass es sich lohnt, nach Forschern aus der weiteren Nachbarschaft Ausschau zu halten. Im Übrigen handelt es sich bei allen Aufsätzen um anspruchsvolle Beiträge ausgewiesener Kenner, und am Förderlichen dieser Publikation besteht kein Zweifel.

Norbert Angermann, Buchholz i.d. Nordheide

Tobias Grill: Der Westen im Osten. Deutsches Judentum und jüdische Bildungsreform in Osteuropa (1783–1939), Göttingen: V&R 2013, 389 S.

Das spannungsreiche Verhältnis von west- und osteuropäischen Juden im 19. und 20. Jahrhundert ist bereits mehrfach und aus unterschiedlichen Perspektiven beschrieben worden, wobei überwiegend das Leben und die Wahrnehmung von Ostjuden in Westeuropa im Mittelpunkt standen.¹ Seltener sind Studien, in welchen die Aktivitäten von Westjuden in Osteuropa nachverfolgt werden, nimmt man die inzwischen zahlreich vorliegenden Arbeiten zum Ersten Weltkrieg aus.² Tobias Grill untersucht in seiner Münchener Dissertation die Bildungsinitiativen deutsch-jüdischer Rabbiner und Pädagogen in Osteuropa vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Grill versteht seine Akteure als Kulturvermittler und damit als Protagonisten eines Kulturtransfers zwischen West und Ost.

Mit dem Bildungswesen rückt Grill ein gesellschaftliches Handlungsfeld in den Mittelpunkt, das von wesentlicher Bedeutung für die traditionelle jüdische Lebenswelt war und zum Kernbereich jüdischer Autonomie zählte. Zugleich wurde das jüdische Bildungswesen zu einem Schlüsselaspekt der Transformation des west- und mitteleuropäischen Judentums seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts und erfuhr einen umfassenden Wandel. Dieser beruhte auf mehrere Faktoren: erstens auf einer grundlegenden Kritik innerhalb der jüdischen Gemeinschaft an den Strukturen, Methoden und Inhalten traditioneller jüdischer

1 Immer noch grundlegend: Steven Aschheim: *Brothers and Strangers. The East European Jew in German and German Jewish Consciousness, 1800–1923*, Madison, WI 1982. Darüber hinaus Verena Dohrn, Gertrud Pickhan (Hrsg.): *Transit und Transformation. Osteuropäisch-jüdische Migranten in Berlin 1918–1939*, Göttingen 2010, sowie Anne-Christin Saß: *Berliner Luftmenschen. Osteuropäisch-jüdische Migranten in der Weimarer Republik*, Göttingen 2012.

2 Ein Beispiel bietet Björn Siegel: *Österreichisches Judentum zwischen Ost und West. Die Israelitische Allianz zu Wien 1873–1938*, Frankfurt a.M. 2010. Zum Ersten Weltkrieg sei beispielhaft verwiesen auf Sarah Panter: *Jüdische Erfahrungen und Loyalitätskonflikte im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 2014.

Bildung und Erziehung; zweitens auf dem Einfluss der zeitgenössischen pädagogischen Debatten auf die maßgeblichen jüdischen Akteure, seien es die Maskilim, die jüdischen Aufklärer, oder Pädagogen und Rabbiner; drittens darauf, dass der Staat zunehmend auf das jüdische Bildungswesen einwirkte und die Organisation von Schulen, die Qualifikation von Lehrpersonal sowie die vermittelten Inhalte regulierte. Aufseiten deutsch-jüdischer Pädagogen und Rabbiner ging damit ein affirmatives Fortschrittsdenken einher, in dem moderner Bildung ein hoher Stellenwert zugemessen, traditionelle jüdische Bildung hingegen kritisch betrachtet und mindestens im Hinblick auf die Unterrichtsmethoden im Cheder und die vorrangig religiösen Bildungsinhalte als zu einseitig bewertet wurde. Im Bildungswesen replizierte sich ein bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sich manifestierender Überlegenheitsanspruch der westeuropäischen, respektive deutschen Juden gegenüber den vermeintlich rückständigen, weil weitgehend der traditionellen Lebensweise verhafteten Ostjuden.

Grills Studie ist in fünf chronologisch geordnete Kapitel gegliedert, die unterschiedliche Regionen Osteuropas untersuchen, wobei für diesen langen Untersuchungszeitraum die Änderung von Grenzverläufen und die Schaffung neuer politischer Ordnungen in Osteuropa berücksichtigt werden müssen. Die Ausführungen zum späten 18. und zum 19. Jahrhundert behandeln vorrangig das habsburgische Galizien und das Zarenreich; die Darlegungen zum 20. Jahrhundert schließen zudem Polen und Litauen ein. Nach einer knappen Einleitung folgt ein einführendes Kapitel (I), das zunächst die Ausgangslage des osteuropäischen Judentums beschreibt. Hier betont Grill insbesondere die Rolle des Chassidismus und darüber hinaus die Bedeutung der Haskalah, der jüdischen Aufklärung, die letztlich gleichermaßen von Ost- und Westjuden getragen wurde und in der im Besonderen Bildungsfragen thematisiert wurden. Ausgehend hiervon verfolgt ein kurzes Kapitel (II) frühe Bildungsprojekte galizischer Maskilim. Dazu zählen Herz Hombergs auf staatliche Anordnung errichtete deutsche Schulen in Galizien sowie Joseph Perls reformierte Schule in Tarnopol, die wesentlich von der Jüdischen Freischule in Berlin beeinflusst war und eine wichtige Vorbildfunktion einnahm, so auch für eine frühe Schulgründung in Odessa. Hieran schließt sich das umfangreichste Kapitel der Studie an (III), das fast die Hälfte des gesamten Buches einnimmt und in dem die Bildungsinitiativen zweier deutsch-jüdischer Pädagogen im Zarenreich ausführlich beschrieben werden, um dann noch einmal auf Galizien einzugehen. Ebenfalls recht ausführlich widmet sich Grill den Bildungsinitiativen orthodoxer deutscher Juden in Polen und Litauen und hier vor allem der Bewegung Beis Yaakov, welche die Etablierung orthodoxer jüdischer Mädchenschulen in Zwischenkriegszeit vorantrieb (IV). In den Kapiteln zwei bis vier beschreibt Grill Bestrebungen, das traditionelle jüdische Bildungswesen in Osteuropa zu reformieren bzw. im Hinblick auf die Mädchenbildung überhaupt erst Bildungsstrukturen zu etablieren und dabei moderne pädagogische Ideen einzuführen. Im fünften Kapitel wird die Umkehrung des Blickwinkels infolge einer bereits vor dem Ersten Weltkrieg einsetzenden Moderne-Kritik in West- und Mitteleuropa behandelt, die durch die existentiellen Erfahrungen des Krieges an Einfluss gewann. Westeuropäische Juden betrachteten nun die jüdische Tradition in Osteuropa und jüdische traditionelle Bildung in einem anderen Licht – nicht mehr als rückständig, sondern als authentisch und damit lebendiger als die verbürgerlichte Kultur des mitteleuropäischen akkulturierten Judentums.

Der Verfasser hat sich die ambitionierte Aufgabe gestellt, kulturelle Transfers zwischen westeuropäischen, vornehmlich deutschen und osteuropäischen Juden im Bereich des Bil-

dungswesens in der *longue durée* nachzuvollziehen. Dabei beschreibt er über weite Strecken eine Geschichte des Scheiterns. Vor allem die Aktivitäten Max Lilienthals und Abraham Neumanns im Zarenreich, denen Grill recht viel Platz einräumt, lassen sich dergestalt verstehen. So sah sich insbesondere Lilienthal mit der Ablehnung seiner Reformideen innerhalb der jüdischen Gemeinden konfrontiert, die wesentlich auf einer negativen Bewertung der Entwicklung im deutschen Judentum gründete. Zugleich blieb die Haltung des russischen Staates und der zuständigen Behörden ambivalent bis inkonsequent. Auch wenn die Reformbestrebungen Lilienthals durchaus Unterstützung fanden – zwischenzeitlich nahm er eine offizielle Funktion als Berater ein – reichte diese weder in finanzieller noch in ideeller Hinsicht aus. Der Staat strebte eine Annäherung der Lebensweise der jüdischen Bevölkerung an die christliche an, die perspektivisch eine vollkommene Aufgabe der jüdischen Lebensweise zum Ziel hatte. Dies widersprach selbst den Intentionen Lilienthals.

Am Beispiel Lilienthals zeigt sich, dass zweierlei für die erfolgreiche Umsetzung der Bildungsreformen hinderlich war: zunächst eine Grundhaltung, die dem traditionellen Leben des osteuropäischen Judentums sowie seinen Bildungsstrukturen und -inhalten eher kritisch gegenüberstand, verbunden mit einer höheren Wertschätzung westlicher Bildung und dem Versuch, Ideen des reformorientierten deutschen Judentums einzuführen. Diese Haltung bestimmte lange das Vorgehen der hier vorgestellten Akteure. In traditionellen Kreisen stieß sie jedoch auf Ablehnung, womit den Reformern die notwendige Unterstützung innerhalb der Gemeinden ebenso fehlte wie das Vertrauen der Eltern potentieller Schüler. Darüber hinaus versuchte insbesondere Lilienthal mit Unterstützung staatlicher Stellen, sein Bildungsprogramm durchzusetzen und unterschätzte, dass ihm dies noch mehr Ablehnung einbringen würde. Die russischen Juden erlebten den zaristischen Staat weitgehend als ein oppressives Regime und sahen in Lilienthal dessen Vertreter.

Es ist kaum möglich, die zahlreichen Schulprojekte und Bildungsinitiativen, die Grill in seiner Studie beschreibt, an dieser Stelle zu benennen. Ein besonders interessantes Thema ist jedoch die Mädchenbildung. Auch wenn die Frage der religiösen Erziehung für Mädchen umstritten blieb, so scheint es hier deutlich einfacher gewesen zu sein, entsprechende Bildungsstrukturen aufzubauen und moderne Bildungsinhalte zu etablieren. Dies lag zum einen daran, dass es kein konkurrierendes traditionelles Bildungssystem gab, wie Cheder und Jeshiva. Zum anderen versuchten Bildungsreformer gezielt, über die Etablierung einer modernen Mädchenbildung Akzeptanz für neue pädagogische Ansätze und Bildungsinhalte zu schaffen. Die Frage der Mädchen- und Frauenbildung und hierbei insbesondere die Vermittlung religiösen Wissens gehörte zu den zentralen Themen der Debatte um jüdische Erziehung und Bildung seit Beginn des 19. Jahrhunderts, in West- und Osteuropa ebenso wie in Nordamerika. Auch die deutsche Neo-Orthodoxie nahm sich dieses Themas an und bildet den ideologischen Hintergrund der Bewegung Beis Yaakov und damit der Bildungsinitiative Sarah Schenirers, die gegen Ende des Ersten Weltkrieges in Polen und Litauen durchaus erfolgreich jüdisch-orthodoxe Mädchenschulen etablieren konnte.

Ungeachtet des hohen Erkenntniswertes dieser Einzelaspekte hat Grill ein schwieriges, mithin schwer lesbares Buch vorgelegt. Dies liegt an der Strukturierung der Arbeit, der es an Kohärenz fehlt, sowie daran, dass Grill bei der Darstellung seiner Ergebnisse zuweilen zu sehr ins Detail geht, dabei immer wieder die analytische Ebene aus dem Blick verliert und somit nur unzureichend die Frage beantwortet, ob und wenn ja, inwieweit die hier vorgestellten Akteure zu Mittlern eines kulturellen Transfers zwischen West und Ost werden konnten.

So reizvoll es ist, einen zeitlich wie räumlich breiten Untersuchungsrahmen heranzuziehen, erfordert ein solches Vorgehen zugleich doch Beschränkungen und Fokussierungen. In Hinblick auf die thematische Breite hätte eine Konzentration auf die Kapitel III und IV einen solchen Fokus geboten. Die oft detaillierte bis detailversessene Darstellung der einzelnen Reform- und Schulprojekte erschwert es dem Leser, einen roten Faden zu erkennen und führt aufgrund der chronologischen Ordnung zu unnötigen Redundanzen. Mit Blick auf die Frage nach kulturellen Transfers hätte es der Arbeit zudem gut getan, einzelne Aspekte der hier beschriebenen Bildungsinitiativen in den Mittelpunkt zu rücken, seien es Bildungskonzepte und -ideale, die Frage der Mädchenbildung oder Curricula und spezifische Lehr- und Lernmittel, also konkrete Inhalte und Wissensbestände, die vermittelt werden sollten und an denen sich Wandlungsprozesse besonders gut aufzeigen lassen. Des Weiteren thematisiert Grill immer wieder organisatorische Aspekte des jüdischen Schulwesens, etwa Finanzierung und Ausstattung sowie Fragen der Aufsicht und der politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen. Ein stärker aspektorientiertes Vorgehen hätte es dem Verfasser – und damit auch dem Leser – erleichtert, Transferprozesse zu identifizieren und auf ihre Wirksamkeit hin zu betrachten.

Schwerer wiegt jedoch, dass Grill seine Analyse kultureller Transfers nur unzureichend fundiert. Um Transferprozesse herauszuarbeiten, ist nicht nur ein Grundverständnis dessen notwendig, das potentiell transferiert wurde, sondern auch der jeweiligen Kontexte; in diesem Fall der Bildungsstrukturen der West- und Ostjuden und deren Entwicklung im Untersuchungszeitraum. Grill leistet dies nur unzureichend und vermittelt letztlich ein recht statisches Bild des deutsch-jüdischen Bildungswesens und seiner Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Transferforschung erfordert jedoch zwingend die Einbeziehung vergleichender Perspektiven.³

Jenseits dieser teils gravierenden Mängel bietet Grills Studie wichtige Informationen zur jüdischen Bildungsgeschichte Osteuropas, zu Akteuren und Institutionen, verschiedenlichen Reformvorhaben und der Bedeutung staatlicher Interventionen, die – so ist zu hoffen – Anregung für weitere Forschungen bieten.

Kerstin von der Krone (Berlin/Braunschweig)

3 Siehe hierzu Johannes Paulmann: Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts, in: *Historische Zeitschrift* 267 (1998), S. 649-685, hier S. 681; sowie Hartmut Kaelble: Die Debatte über Vergleich und Transfer und was jetzt?, in: *H-Soz-Kult*, 8.2.2005, <http://www.hsozkult.de/article/id/artikel-574> [letzter Zugriff: 7.6.2015].